



Bericht

der Landesregierung

Statistischer Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1997

Federführend ist die Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Drucksache 14/1524

**Institut für Regionalforschung
der Universität Kiel**

**Statistischer Arbeitsmarktbericht
für Schleswig-Holstein 1997**

**Bericht im Auftrag des
Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Schleswig-Holstein**

**Leitung:
Prof. Dr. Karin Peschel**

**Bearbeitung:
Dr. Hayo Herrmann, Stefan Callsen, Markus Hirschfeld**

Kiel, April 1998

Inhalt

	Seite
Vorbemerkungen	1
1. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit im Überblick	3
2. Die Arbeitsplatzentwicklung bis Ende 1997	7
3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz 1994-1997	16
4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz	20
5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit	24
6. Aktive Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein	33
 Tabellen und Abbildungen	

Vorbemerkungen

Die ersten fünf Abschnitte des statistischen Arbeitsmarktberichts für das Jahr 1997 entstanden im Auftrag der Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales am Institut für Regionalforschung der Universität Kiel unter der Leitung von Karim Peschel. Die Bearbeitung für die Landtagsdrucksache erfolgte nach dem Datenstand März 1998 (in Einzelfällen April 1998). Dadurch war es möglich, die empirischen Befunde der Bundesanstalt für Arbeit weitgehend als Jahresdurchschnittswerte anzugeben. Gleichwohl mußte die Beschreibung der Arbeitsplatz- und Beschäftigungssituation, des Arbeitskräfteangebots und der Arbeitsmarktbilanz für 1997 vielfach noch auf der Basis vorläufiger bzw. geschätzter Zahlen erfolgen, und für einige Bereiche (z.B. Personal im öffentlichen Dienst) fehlten noch präzise Informationen für 1997.

Der vom Institut für Regionalforschung vorgelegte Teil des Arbeitsmarktberichtes verzichtet weitgehend auf eine arbeitsmarktpolitische Stellungnahme. Er konzentriert sich vielmehr in Absprache mit der Auftraggeberin auf eine thematisch eng begrenzte empirische Bestandsaufnahme für das Jahr 1997 im Vergleich mit den Vorjahren bzw. auf Perspektiven für 1998. Dabei stehen die Arbeitsplatzentwicklung, die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, die Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und der Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Der Darstellung des Landes im Vergleich mit dem Bundesgebiet West bzw. mit anderen Bundesländern werden regionale Befunde auf Kreisebene bzw. für die Planungsräume des Landes zur Seite gestellt. In dieser Hinsicht bildet der Bericht eine Ergänzung zur umfangreichen Arbeitsmarktberichterstattung des Landesarbeitsamtes Nord, bei der eher die Bezirke der Arbeitsverwaltung im Blickpunkt stehen. Auf eine detaillierte Strukturanalyse zur Arbeitslosigkeit, die das Landesarbeitsamt Nord für den September eines jeden Jahres erstellt, mußte hier verzichtet werden, da der Bericht für September 1997 noch nicht vorlag. Weitere Felder der Arbeitsmarktberichterstattung, z.B. zur Qualifikation der Arbeitskräfte oder zur beruflichen Erstausbildung oder Weiterbildung, erfordern weitaus umfassendere und ressortübergreifende Analysen, was im Rahmen dieses Kurzberichtes nicht zufriedenstellend möglich gewesen wäre.¹

Die traditionellen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit und ihre Intensität 1997 im Vergleich zum Vorjahr sowie die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung sind nicht Element der Berichterstattung durch das Institut für Regionalforschung. Dieser Teil des Arbeitsmarktberichts wird vielmehr im Abschnitt 6 vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales dokumentiert.

¹ Bei der statistischen Arbeitsmarktberichterstattung wurde das Institut für Regionalforschung vom Referat Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und von der Statistischen Abteilung des Landesarbeitsamtes Nord mit Sachverstand und Engagement unterstützt. Wir bedanken uns insbesondere bei Herrn Mehnert. Außerdem danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Landesplanung der Landesregierung Schleswig-Holstein und des Statistischen Landesamtes für ihre Hilfestellung.

Elemente des statistischen Arbeitsmarktberichts

Der statistische Arbeitsmarktbericht für das Jahr 1997 gliedert sich entsprechend den vorangegangenen Kurzberichten der Jahre ab 1993: Ausgehend von einer Beschreibung der aktuellen Arbeitsmarktsituation zum Jahreswechsel 1997/98 und einem Überblick über die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit seit 1992 (Abschnitt 1) wird im Abschnitt 2 die Struktur der Arbeitsplätze und ihre Entwicklung bis Ende 1997 dargestellt. Die Zahl der Arbeitsplätze wird dabei anhand der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) vollständig erfaßt. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind im Rahmen der amtlichen Statistik sowohl zeitlich und regional als auch strukturell tiefer gegliedert, sie repräsentieren allerdings nur etwa 75 - 80 % der Gesamtbeschäftigung. Die Darstellung der Arbeitsplatzentwicklung bedient sich beider Beschäftigungsgrößen und befaßt sich mit folgenden Elementen:

- Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet West bzw. im Bundesländervergleich
- Kreise und Regionen Schleswig-Holsteins im Vergleich
- Teilzeitbeschäftigung und beschäftigte Frauen in Schleswig-Holstein
- Beschäftigte nach Berufsgruppen in Schleswig-Holstein
- Soldaten, Beamtinnen und Beamte in Schleswig-Holstein.

Das Arbeitskräfteangebot wird gemessen durch die Zahl der Erwerbspersonen. Seine Entwicklung bis 1997 bzw. die Einschätzung der weiteren Entwicklung bis 1999 ist Gegenstand des Abschnitts 3. Die Arbeitsplätze und die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein werden in einer Bilanz gegenübergestellt und mit der Arbeitslosigkeit und Befunden zur Pendlerverflechtung konfrontiert.

Während Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein insgesamt dargestellt werden, liefern eine Prognose der Entwicklung der Arbeitsplätze 1997/98 sowie erste Trendaussagen für 1999 eine Einschätzung für das Land und für seine Planungsräume (Abschnitt 4). Ihre Gegenüberstellung mit der künftigen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots erlaubt Aussagen zur Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und der Arbeitslosigkeit in den nächsten 15 Monaten.

Die Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein und den Regionen des Landes ist Gegenstand des Abschnitts 5. Die Befunde konzentrieren sich auf den Zeitraum 1994-1997, dabei werden vorwiegend Jahresdurchschnittswerte verwendet. Ein besonderer Schwerpunkt ist hier die Darstellung der Arbeitsmarktdynamik aus Zugängen zur Arbeitslosigkeit und den Abgängen.

1. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit im Überblick

Zur aktuellen Arbeitsmarktsituation (Tabelle 1)

Im Februar 1998 erreichte die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in Schleswig-Holstein mit 144 Tsd. Personen einen neuen Höchststand seit dem Winter 1955. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf die Summe aus Arbeitnehmern und Arbeitslosen², stieg auf 12,7 % (Vorjahr: 12,3 %), sie lag damit um einen Prozentpunkt über der westdeutschen Quote. Die aus den Wirtschafts- und Arbeitsmarktprognozen zur Jahreswende 1996/97 abgeleitete Perspektive einer leichten Entspannung der Arbeitsmarktsituation in Westdeutschland und in Schleswig-Holstein hat sich im abgelaufenen Jahr leider nicht eingestellt. Stattdessen sind die Arbeitslosenzahlen nochmals kräftig angestiegen. Sie lagen 1997 im Jahresdurchschnitt um ca. 12 % (Schleswig-Holstein) bzw. um 8 % (Bundesgebiet West) über den Zahlen von 1996. In den beiden Wintermonaten Januar und Februar 1998 deutete der nur noch leichte Anstieg in Schleswig-Holstein bzw. die geringfügige Abnahme im Bundesgebiet West zwar auf eine Trendwende am Arbeitsmarkt hin, ein sicheres Anzeichen hierfür können allerdings erst die von Witterungs- und anderen Saisoneinflüssen weniger geprägten Monate ab April liefern, deren Befunde für diesen Bericht noch nicht verfügbar waren.

Im Grunde kann für die Entwicklung bis zum Jahresanfang 1998 die Aussage aus dem Arbeitsmarktbericht 1996 nahezu gleichlautend wiederholt werden: Die konjunkturelle Gesamtlage bewirkt immer noch keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt, das weiterhin nur moderate Produktionswachstum von etwa 2 % pro Jahr erzeugt keinen positiven Saldo aus Neueinstellungen und Entlassungen. Darüber hinaus belastete 1997 eine erneute Reduzierung der traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (berufliche Weiterbildung, Beschäftigungsschaffende Maßnahmen) zusätzlich die Arbeitsmarktbilanz: Während in Schleswig-Holstein im Februar 1997 noch 13 Tsd. Personen mit Hilfe dieser Maßnahmen qualifiziert und beschäftigt wurden, waren es im Februar 1998 nur noch 9,6 Tsd. Frauen und Männer.³

Zusätzlich ist der schleswig-holsteinische Arbeitsmarkt von der weiterhin schlechten Baukonjunktur, dem Personalabbau im Gesundheitssektor und dem 1997 wie schon 1996 vorherrschenden Muster einer exportorientierten Konjunktur bei stagnierender Konsumnachfrage betroffen. Dieses Konjunkturbild in Kombination mit den besonderen Schwerpunkten der Wirt-

² Bezieht man die Arbeitslosen auf die Summe aus allen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, liegt die Quote in Schleswig-Holstein im Februar 1998 bei 11,3 % (und in Westdeutschland bei 10,4 %).

³ Presseinformation des Landesarbeitsamtes Nord, Der Arbeitsmarkt im Norden, Februar 1998.

schaftsstruktur des Landes führte dazu, daß die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein ungünstiger verlief als in vielen anderen Regionen Westdeutschlands: Seit Anfang 1996 sind die Arbeitslosenzahlen hier stärker angestiegen als im Bundesgebiet West, und seit April 1997 sind auch die Arbeitsplatzverluste, gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, stärker als im Bund.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung seit 1994 (Abbildungen 1 und 2; Tabelle 2, Übersicht 1)

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigung im Verlauf der Jahre 1994 bis 1997 wird in der Abbildung 1 für Schleswig-Holstein und Westdeutschland dargestellt. Die Abbildung macht die enge inverse Verknüpfung zwischen der Arbeitsplatzentwicklung und der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen deutlich. Vergleicht man die Entwicklung über das Jahr 1997 mit der des Vorjahres, muß zwischen dem ersten Halbjahr und der Situation am Jahresende unterschieden werden. Im ersten Halbjahr 1997 setzte sich der negative Trend von 1996 bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ungebremsst fort: Einer Zunahme der Arbeitslosenzahlen im Bundesgebiet West gegenüber dem ersten Halbjahr 1996 um etwa 250 Tsd. standen Arbeitsplatzverluste in Höhe von über 300 Tsd. bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. um 400 Tsd. bei allen Erwerbstätigen gegenüber. Zum Jahresende 1997 gingen die Arbeitsplatzverluste gegenüber dem Vorjahr auf Werte um 100 Tsd. zurück, entsprechend stiegen auch die Arbeitslosenzahlen nur noch um ca. 100 Tsd. an. Die entsprechenden Befunde für Schleswig-Holstein sind im Grundsatz ähnlich, sie unterscheiden sich aber in zweierlei Hinsicht: Erstens war hier - gemessen am Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten - der Anstieg der Arbeitslosenzahlen höher: Offenbar war der Arbeitsmarkt des Landes stärker als in Westdeutschland Arbeitsplatzverlusten außerhalb des Sozialversicherungsbereichs, einer weiteren Zunahme des Arbeitskräfteangebots, möglicherweise auch zunehmenden Einpendlerzahlen aus Hamburg ausgesetzt. Zweitens blieb das Ausmaß, in dem sich die Arbeitsplatzverluste und die Erhöhung der Arbeitslosenzahlen 1996/97 in der zweiten Jahreshälfte 1997 verringerten, in Schleswig-Holstein deutlich hinter dem entsprechenden Befund für Westdeutschland zurück. Diese zur Zeit - und im Gegensatz zum Zeitraum 1989 bis 1995 - ungünstige relative Position Schleswig-Holsteins wird zu einem erheblichen Teil durch die spezifische konjunkturelle Situation der beiden letzten Jahre hervorgerufen, die die Wirtschaft des Landes aufgrund ihrer besonderen Struktur benachteiligt.

Tatsächlich haben sich die Grundzüge des konjunkturellen Musters in Westdeutschland 1997 gegenüber 1996 nur unwesentlich geändert:⁴ Die Konjunktur steht noch immer nicht auf einem breiten, stabilen Fundament, auch wenn sich die Auftriebskräfte, gemessen am Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes, gegenüber 1995/96 etwas verstärkt haben (BIP-Zuwachs in Westdeutschland 1996/97 plus 2,2 % gegenüber plus 1,3 % in 1995/96). Motor des Produktionswachstums war, stärker noch als im Vorjahr, die Auslandsnachfrage, die 1997 um mehr als 10 % angestiegen ist. Dagegen nahm die Binnennachfrage nur verhalten zu, getragen allein von den Ausrüstungsinvestitionen, die sich im Verlauf des Jahres zunehmend zu einer zweiten Stütze der Konjunktur herausgebildet haben. Ihr Zuwachs war 1996/97 aber längst noch nicht so kräftig wie in früheren Aufschwungsphasen.

Zu dem aus früheren Konjunkturzyklen bekannten Wechsel der Auftriebskräfte - vom Export zu mehr Investitionen und zu erhöhtem privaten Verbrauch - ist es hingegen bislang nicht gekommen. Der private Konsum, mit einem Anteil von knapp 60 % die wichtigste Verwendungsart des Inlandsproduktes, stagnierte bei sinkenden Realeinkommen aus abhängiger Beschäftigung weiterhin, ebenso der staatliche Verbrauch, der von den Restriktionen der öffentlichen Haushalte geprägt ist. Die Bauinvestitionen haben sogar, wie schon 1995/96, deutlich abgenommen, insbesondere aufgrund der Einbußen beim Wirtschaftsbau und bei den staatlichen Bauvorhaben.⁵ Die privaten Anlageinvestitionen blieben zumindest in den von der Binnenkonjunktur abhängigen Bereichen äußerst verhalten, und sie waren vornehmlich auf Modernisierung und Rationalisierung und nicht auf Erweiterung ausgelegt. Von einem konjunkturellen Aufschwung auf breiter Front kann in Westdeutschland ebenso wie in Schleswig-Holstein jedenfalls nicht die Rede sein. Das Wirtschaftswachstum war also auch 1996/97 noch nicht kräftig genug, um die in den letzten Jahren angewachsene Beschäftigungsschwelle zu überspringen, die sich durch den Produktivitätsfortschritt aufgrund intensiver Rationalisierungs-

⁴ Vgl. im folgenden: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1997/98, Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion - Orientierungen für die Zukunft. Stuttgart 1997.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW, Wochenbericht Nr. 1-2/1998, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung, Berlin, Januar 1998. Ders., Wochenbericht Nr. 8/1998, Konjunkturelle Entwicklung ohne Schwung, Berlin, Februar 1998.

Institut für Wirtschaftsforschung, Halle IWH, Arbeitskreis Konjunktur, Jahresausblick Deutschland 1998: Aufschwung gefestigt. In: Wirtschaft im Wandel, Heft 2/1998.

Jahreswirtschaftsbericht 1998 der Bundesregierung: „Den Aufschwung voranbringen - Arbeitsplätze schaffen“. Internet-Homepage der Bundesregierung, März 1998.

Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Thesen zum Kieler Konjunkturgespräch. 57. Kieler Konjunkturgespräch vom 23./24. März 1998.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 6 (März 1998), Autorengemeinschaft, „Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt 1998 - Alternativrechnungen des IAB für West- und Ostdeutschland“.

⁵ „Bereits seit 1993 gehen von den öffentlichen Haushalten überwiegend restriktive Nachfrageimpulse auf die Gesamtwirtschaft aus.“ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW, Wochenbericht Nr. 1-2/1998, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung, Berlin, Januar 1998, S. 27.

rungsanstrengungen und durch die zunehmende Flexibilität der Arbeitszeit und der Produktionsabläufe aufgebaut hat.⁶ In Westdeutschland verringerte sich 1996/97 das gesamte Arbeitsvolumen (Arbeitsstunden pro Jahr) um ca. 1,0 %, als Folge eines Produktionswachstums von 2,2 % und einer starken Zunahme der Arbeitsproduktivität (etwa plus 3,3 %). Da keine Arbeitszeitverkürzung erreicht wurde (unveränderte durchschnittliche jährliche Arbeitszeit pro Arbeitsplatz), schlug sich die Verringerung des Arbeitsvolumens vollständig in Arbeitsplatzverlusten (minus 1,0 % Erwerbstätige) nieder.⁷

Eine Zunahme der Arbeitsplätze wird nur dann zu erwarten sein, wenn ein konjunktureller Aufschwung „auf breiter Front“ die Investitionen und die Konsumnachfrage einbezieht und damit ein Produktionswachstum generiert, das die Produktivitätssteigerung übertrifft, die Kapazitätsauslastung ansteigen läßt und die Personal- und Arbeitszeitreserven aufzehrt. Arbeitsmarktpolitik kann diesen Prozeß unterstützen, indem sie die Umsetzung zusätzlicher Produktion in neue Arbeitsplätze und gleichzeitig die Rückführung von Arbeitslosigkeit betroffener Menschen in den Erwerbsprozeß fördert.⁸

Die besondere Charakteristik der konjunkturellen Situation des Jahres 1997 zeigt sich in einem Vergleich Westdeutschlands in der Periode 1992-1997 mit der Situation des vorangegangenen Konjunkturzyklus von 1980-1986 (Abbildung 2), wobei die Jahre 1982 bzw. 1993 jeweils die Trendwende von rückläufiger zu steigender Produktion (Bruttoinlandsprodukt) markieren. In der ersten Periode erstreckte sich die Phase der Arbeitsplatzverluste bis Ende 1983, und der weitere Wirtschaftsaufschwung führte danach zu Beschäftigungszuwachs. Aufgrund dieser Trendwende wurde die Beschäftigung von 1982 im Jahr 1986 wieder übertroffen. Die Entwicklung der Komponenten der Arbeitsmarktbilanz (Übersicht 1) zeigt, daß die Arbeitslosigkeit im Zeitraum 1982-1986 dennoch gestiegen ist, weil sich das Arbeitskräfteangebot in dieser Zeit um knapp eine Million Erwerbspersonen erhöht hat.

Im Vergleich war die Belastung der westdeutschen Arbeitsmarktbilanz aufgrund der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in der Periode 1993-1997 deutlich geringer. Dennoch nahmen die registrierte und

⁶ Weiterhin besteht zwar grundsätzlich der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, die erhöhte Flexibilität bildet aber bei der Entstehung und Vernichtung von Arbeitsplätzen einen zusätzlichen Puffer bei auftretenden Nachfrage- und Produktivitätsschwankungen. Vgl.: Jahreswirtschaftsbericht 1998 der Bundesregierung, Kapitel 3.

⁷ Vgl.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 6 (März 1998), Autorengemeinschaft, „Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt 1998 - Alternativrechnungen des IAB für West- und Ostdeutschland“.

Vgl. außerdem: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW, Wochenbericht Nr. 1-2/1998, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Ders., Wochenbericht Nr. 8/1998, Konjunkturelle Entwicklung ohne Schwung. Institut für Wirtschaftsforschung, Halle, Arbeitskreis Konjunktur, Jahresausblick Deutschland 1998: Aufschwung gefestigt. In: Wirtschaft im Wandel Heft 2/1998.

⁸ Dabei geht es vor allem um die Umwandlung von Überstunden in neue Beschäftigungsverhältnisse, um einen durchgreifenden Fortschritt im Bereich der Arbeitszeitgestaltung, insbesondere bei der Teilzeitarbeit, um den Abbau qualifikatorischer und mobilitätsbedingter Hemmnisse, die die Ursache struktureller und örtlicher Arbeitsmarktungleichgewichte darstellen, und nicht zuletzt um die Erhaltung und den Ausbau aktiver Arbeitsmarktpolitik

die verdeckte Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum stärker zu als in der Periode 1982-1986, weil die Beschäftigung über die letzten vier Jahre ungebrochen rückläufig war. Ein im Vergleich etwas geringeres Wirtschaftswachstum (1993-1997 jährlich plus 1,8 % gegenüber plus 2,2 % in 1982-1986), verbunden mit einer stärkeren Zunahme der Arbeitsproduktivität (1993-1997 jährlich plus 3,3 % gegenüber plus 2,8 % in 1982-1986) führte dazu, daß das Arbeitsvolumen (Arbeitsstunden im Jahr) in den letzten vier Jahren stärker zurückging als im Vergleichszeitraum der 80er Jahre. Auch der Jahresarbeitszeiteffekt im Sinne einer Verringerung der Jahresarbeitsstunden je Arbeitsplatz war in jüngster Zeit schwächer als in den 80er Jahren. Die „Wachstumsschwäche“ auf der Produktionsseite reicht also zur Erklärung des bis 1997 anhaltenden Arbeitsplatzabbaus nicht aus, gleichermaßen trägt der starke Produktivitätsfortschritt der letzten vier Jahre, durch den sich die Beschäftigungsschwelle gegenüber den 80er Jahren deutlich erhöht hat, zur Situation des Wirtschaftswachstums bei Beschäftigungsrückgang bei.

Grundsätzlich sind diese Aussagen auch auf den Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein übertragbar - die in der Tabelle 2 zusammengestellten Zahlen zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Erwerbstätigkeit (Arbeitsplatzentwicklung) und der Arbeitslosigkeit seit 1993 deuten dies an. Während das Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet West im Zeitraum 1993-1997 real um 7,3 % zugenommen hat, ging die Zahl der Arbeitsplätze (Erwerbstätige) in dieser Zeit um fast 4 % zurück. Im gleichen Zeitraum war Schleswig-Holstein bei etwas geringerem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (plus 6,6 %) von einem Arbeitsplatzrückgang um 3 % betroffen. Insgesamt gingen in der Periode 1993-1997 in Schleswig-Holstein etwa 34 Tsd. Arbeitsplätze (Erwerbstätige) verloren, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten reduzierte sich in dieser Zeit um 21 Tsd. Spiegelbild dieser Entwicklung war ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen um 33 Tsd. (bzw. um 36 % in Schleswig-Holstein, zum Vergleich im Bundesgebiet West: plus 33 %), wobei dieser Anstieg bis 1995 geringer, danach aber stärker als in Westdeutschland war.

2. Die Arbeitsplatzentwicklung bis Ende 1997

Arbeitsplatzentwicklung Schleswig-Holsteins im Vergleich zum Bundesgebiet West bzw. im Ländervergleich (Abbildungen 3 bis 6, Tabellen 3 bis 5)

Die Arbeitsplatzentwicklung des Landes wird zunächst mit der Entwicklung in Westdeutschland bzw. in den anderen Bundesländern konfrontiert. Innerhalb des Landes werden außerdem die kreisfreien Städte und Landkreise sowie die Planungsräume betrachtet.

Zur Darstellung der Zahl, der Struktur und der Entwicklung der Arbeitsplätze bilden im allgemeinen zwei statistische Quellen die empirische Basis: Mit der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder werden auf Bundesländerebene alle Arbeitsplätze erfaßt, allerdings nur jährlich (Jahresdurchschnitt) und in einer relativ

groben strukturellen Gliederung. In der Statistik der Sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten fehlen demgegenüber die Beamten, die Soldaten und die Selbständigen (einschl. mithelfende Familienangehörige), außerdem die abhängig Beschäftigten in nicht sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit. Diese Statistik liegt zeitlich, strukturell und regional tief gegliedert vor, sie erfaßt aber nur etwa 75 % (Schleswig-Holstein) aller Arbeitsplätze, ist insofern also für eine Arbeitsmarktbilanzierung ungeeignet.

Aber nicht nur das unterschiedliche Niveau - ca. 800 Tsd. SV Beschäftigte bzw. 1,07 Mio Erwerbstätige in Schleswig-Holstein 1997 - unterscheidet diese beiden Größen, auch ihre Entwicklung stellt sich unterschiedlich dar. In Schleswig-Holstein war die Erwerbstätigenentwicklung bis 1996 meist ungünstiger als die der SV Beschäftigten, verursacht durch die Arbeitsplatzverluste bei den Soldaten und in der Landwirtschaft. Vertraut man den ersten Schätzungen der Erwerbstätigkeit 1997, so war die Erwerbstätigenentwicklung 1996/97 in Schleswig-Holstein erstmals günstiger als die der SV Beschäftigten: Im Vergleich der Jahresdurchschnitte nahm die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 7,5 Tsd. ab, die der SV Beschäftigten dagegen um über 10 Tsd. Gegenüber dem Jahresvergleich 1995/96 hat sich der Arbeitsplatzabbau 1996/97 in Schleswig-Holstein also bei den Erwerbstätigen etwas verringert (minus 7,5 Tsd., zuvor minus 11,2 Tsd.), bei den SV Beschäftigten hat er sich dagegen verstärkt (minus 10,2 Tsd., zuvor minus 5,7 Tsd.).

Auch die Position Schleswig-Holsteins im Vergleich zur Entwicklung in Westdeutschland führt zu unterschiedlichen Befunden: Bei den SV Beschäftigten war die Entwicklung in Schleswig-Holstein erstmals seit Ende der 80er Jahre schlechter als in Westdeutschland, bei den Erwerbstätigen lag die Landesentwicklung dagegen wie in den Jahren zuvor über dem Bundesdurchschnitt. Die Entwicklungsunterschiede zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West sind allerdings in beiden Fällen sehr gering: Das zeitliche Muster der westdeutschen Arbeitsplatzentwicklung überträgt sich ohne große Abweichungen auf die Entwicklung der westdeutschen Länder.

An der Entwicklung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen (Tabelle 4) wird deutlich, daß die Arbeitsplatzverluste im Produzierenden Gewerbe 1996/97 wie schon beim Vergleich 1995/96 nicht durch Beschäftigungszuwachs bei den Dienstleistungen ausgeglichen werden konnten, zumal der Zuwachs bei den privaten Dienstleistungen 1996/97 geringer war als 1995/96. Hinzu kamen auch noch Arbeitsplatzverluste im öffentlichen Sektor, bei Handel/Verkehr/Telekommunikation und in der Landwirtschaft (hier allerdings in geringerem Ausmaß als noch 1995/96). Zu den Arbeitsplatzverlusten im Produzierenden Gewerbe trugen sowohl das Verarbeitende als auch das Baugewerbe bei. Die Position Schleswig-Holsteins war 1996/97 etwas günstiger als die Westdeutschlands, weil die Arbeitsplatzverluste im Baugewer-

be und in der Landwirtschaft vergleichsweise moderat ausfielen.⁹ Andererseits war der Beschäftigungsrückgang im öffentlichen Sektor in Schleswig-Holstein stärker als in Westdeutschland, und bei den privaten Dienstleistungen konnte die günstige Position des Landes 1995/96 nicht auf 1996/97 übertragen werden.¹⁰

Die Position, die Schleswig-Holstein bei der Arbeitsplatzentwicklung im Vergleich mit Westdeutschland bzw. mit den anderen westdeutschen Bundesländern einnimmt, hat sich in den letzten Jahren also gewandelt. In der Periode 1992/94 profitierte das Land von einem vergleichsweise moderaten Arbeitsplatzrückgang im Verarbeitenden Gewerbe und von überdurchschnittlichen Beschäftigungsimpulsen im Baugewerbe. Seitdem verläuft die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe ungünstiger als in Westdeutschland: Die nahezu ausschließlich von der Exportnachfrage getragene Konjunktur benachteiligt die gewerbliche Produktion des Landes gegenüber den stärker exportorientierten Bundesländern. Außerdem wirkt sich der Wechsel der Baukonjunktur, der ab 1995 zu starken Arbeitsplatzverlusten auch in den mit der Bauwirtschaft verbundenen Bereichen führte, in Schleswig-Holstein aufgrund der starken Bedeutung dieses Sektors stärker aus als in anderen Bundesländern, auch wenn die prozentualen Arbeitsplatzverluste hier nicht so stark waren wie im Bundesgebiet West.

Kritisch für die Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein ist außerdem, daß das Verarbeitende Gewerbe für die gesamte Arbeitsplatzentwicklung aufgrund vielfältiger Zusammenhänge mit privaten, insbesondere produktionsorientierten Dienstleistungen eine besondere Schlüsselfunktion einnimmt, und daß mit dem Gesundheits-, Bäder- und Kurbereich zusätzlich ein in Schleswig-Holstein wichtiger Dienstleistungskomplex von veränderten Rahmenbedingungen betroffen ist. So gelang es den tertiären Wirtschaftsbereichen in den letzten beiden Jahren immer weniger, gewerbliche Arbeitsplatzverluste auszugleichen.

Ob das Land seine im Vergleich mit anderen westdeutschen Ländern günstige Position aus der ersten Hälfte der 90er Jahre wieder in vollem Umfang zurückgewinnen kann, wird sich zeigen,

⁹ Auf der Basis der SV Beschäftigten (Tabelle 5) zeigt sich, daß die Arbeitsplatzverluste im Baugewerbe in Schleswig-Holstein wie auch in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz geringer waren als in den anderen Flächenländern Westdeutschlands. Dagegen war die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe nur im Flächenland Hessen ungünstiger als in Schleswig-Holstein. Von der leichten Entspannung der Beschäftigungssituation dieses Wirtschaftsbereichs, die im Verlauf des Jahres 1997 aus der verbesserten Exportsituation einiger Industriezweige entstand, hat Schleswig-Holstein also noch nicht in dem Maße profitieren können wie die meisten anderen westdeutschen Flächenländer.

¹⁰ Die Beschäftigtenzahlen aus der Sozialversicherungstatistik verdeutlichen, daß Schleswig-Holstein bei der Arbeitsplatzentwicklung im Dienstleistungsbereich (Banken, Versicherungen, private Dienstleistungen, Organisationen) in der Rangfolge der westdeutschen Flächenländer und im Vergleich mit dem Bundesgebiet West zurückgefallen ist (vgl. Tabelle 5). Während die Zahl der SV Beschäftigten 1995/96 um knapp 7 Tsd. zulegte, verblieb 1996/97 (jeweils Jahresdurchschnitt) nur noch ein Plus von etwa 500 Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Schleswig-Holstein war damit 1996/97 (nach Position 3 für 1995/96) Schlußlicht aller westdeutschen Flächenländer.

wenn die einseitige Exportkonjunktur von einem Wirtschaftsaufschwung auf breiter Front, gestützt auch auf wachsende Konsumnachfrage, abgelöst wird, und wenn die Arbeitsplatzverluste in der Bauwirtschaft allmählich zum Stillstand kommen.

Wie in den Arbeitsmarktberichten der vergangenen Jahre wird die Arbeitsplatzentwicklung Schleswig-Holsteins, ihr konjunkturelles Muster über die 80er und 90er Jahre und der von konjunkturellen Schwankungen bereinigte Entwicklungspfad in Relation zum Bundesgebiet West und im Vergleich mit anderen Bundesländern in verschiedenen, aktualisierten Abbildungen dargestellt (Abb. 3 bis 6). Auf eine detaillierte Beschreibung der Zeitreihen wird an dieser Stelle verzichtet (vgl. Statistischer Arbeitsmarktbericht 1996).

Die Arbeitsplatzentwicklung in den Regionen Schleswig-Holsteins (Tab. 6, Abb. 7)

Die regionale Arbeitsplatzentwicklung wird anhand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dargestellt. Die Tabelle 6 gibt die Entwicklung zwischen Juni 1994 und 1997 wieder. Während sich die Arbeitsplatzverluste 1995/96 (5,8 Tsd. in Schleswig-Holstein) recht gleichmäßig auf alle Planungsräume verteilten, konzentrierten sich die Verluste 1996/97 (12,3 Tsd.) insbesondere auf die Planungsräume Mittelholstein (5,1 Tsd.) und Ostholstein (3,4 Tsd.). Auch das Hamburger Randgebiet blieb 1996/97 nicht von Arbeitsplatzverlusten (2,2 Tsd.) verschont. Dagegen konnten die Planungsräume Schleswig und Dithmarschen ihre Beschäftigungsverluste in Grenzen halten, der Kreis Schleswig-Flensburg erreichte als einziger Kreis sogar einen leichten Beschäftigungszuwachs. Der Arbeitsplatzabbau in Schleswig-Holstein fand dabei vorwiegend in den Städten statt. Die Arbeitsplatzverluste in Kiel, Lübeck und Neumünster erreichten 1996/97 zusammen 6,4 Tsd., das waren über 50 % der gesamten Verluste Schleswig-Holsteins.¹¹ Über die letzten drei Jahre (1994/97) entfielen sogar fast zwei Drittel der gesamten Arbeitsplatzverluste Schleswig-Holsteins (17,3 Tsd.) auf diese drei Städte, dagegen nur 9 % auf das Hamburger Randgebiet und 22 % auf die übrigen Landkreise.

Der mittelfristige Verlauf der regionalen Beschäftigung wird für die Periode 1978 bis 1996 in den Diagrammen der Abbildung 7 dargestellt. Sie schreiben die entsprechenden Zeitreihendarstellungen des letzten Arbeitsmarktberichts fort (dort: Abb. 6). Der Konjunkturverlauf wird im jeweils oberen Teil der Abbildungen sichtbar, der mittelfristige räumliche Strukturwandel kann im unteren Teil an den regionalen Entwicklungspfaden der Beschäftigung im Vergleich zum Bundesgebiet West (also am konjunkturbereinigten Verlauf) abgelesen werden. Die Grundzüge des räumlichen Wandels, Suburbanisierung und Dezentralisierung, zeigen sich über alle Kon-

¹¹ In Flensburg waren die Arbeitsplatzverluste dagegen nur gering, zusammen mit dem zugehörigen Landkreis Schleswig-Flensburg konnte der Beschäftigungsstand sogar gehalten werden.

junkturphasen hinweg. Dies wird durch die Entwicklung des Hamburger Randgebiets einerseits und der kreisfreien Städte andererseits bestätigt. Das Entwicklungsbild der Planungsräume zeigt für die in der Fortschreibung neu aufgenommenen Quartale (bis März 1997) allerdings für den Planungsraum Ostholstein eine Änderung gegenüber den bisherigen Trends: Seit Anfang 1996 ist der Beschäftigungstrend hier ungünstiger als im Bundesgebiet West, während er zuvor seit 1989/90 durchweg günstiger war. Von einer dauerhaften Trendwende sollte aber angesichts der kurzen Phase des negativen Befunds noch nicht gesprochen werden.

Beschäftigung der Frauen und Teilzeitarbeit (Tabelle 7)

Gegenüber dem Arbeitsmarktbericht 1996 konnten die Befunde zur Beschäftigung der Frauen und zur Teilzeitarbeit, erfaßt durch die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, bis zum ersten Quartal 1997 fortgeschrieben werden. Erreichte die absolute Anzahl weiblicher Beschäftigter im März 1996 ihren bisherigen Höchststand unter allen bisherigen März-Werten der Sozialversichertenstatistik, so sank die Zahl bis März 1997 um 2,8 Tsd. auf nunmehr 366 Tsd. beschäftigte Frauen in Schleswig-Holstein. Dennoch hat der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten weiter zugenommen. Er erhöhte sich von unter 40% (1977) über knapp 44% (1987) auf mittlerweile 46,2 %.

Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten¹² in Schleswig-Holstein erreichte im März 1997 mit 128,6 Tsd. erneut einen Höchststand seit Beginn der Sozialversichertenstatistik (1976). Die Teilzeitquote übertraf 1981 erstmals die 10 %-Marke. Sie erhöhte sich bis 1997 auf über 16 % und lag damit mehr als einen Prozentpunkt über dem Anteil vom März 1995. Sowohl die dargestellten Veränderungen des Frauenanteils als auch in der Bedeutung der Teilzeitarbeit folgen also weiter den langfristigen Trends, so daß die Ergebnisse der vorausgegangenen Arbeitsmarktberichte weiterhin ihre Gültigkeit besitzen. Beide Trends treten aufgrund der engen Verbindung von Teilzeitarbeit und Frauenbeschäftigung gleichzeitig auf.

Eine entscheidende Ursache für die Erhöhung des Frauenanteils ist weiterhin der Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors bzw. auf Kosten des Produzierenden Gewerbes. Innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche stieg der Frauenanteil zwischen 1995 und 1997 dagegen nur unwesentlich an. Im Bereich Handel, Verkehr und bei den Dienstleistungen ging dieser Anteil sogar leicht zurück. Da die Arbeitsplatzverluste der letzten Jahre insbesondere im

¹² Im folgenden wird nur der Teil der Teilzeitarbeitsplätze betrachtet, der in der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seinen Niederschlag findet. Eine Darstellung der Beschäftigungsfälle außerhalb der Sozialversicherungspflicht wäre angesichts ihrer wachsenden Bedeutung dringend erforderlich, sie benötigt aber angesichts einer unzureichenden Erfassung durch amtliche Statistiken umfangreichere Analysen und Schätzungen, die im Rahmen dieser Berichterstattung nicht möglich waren.

Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe auftraten, also in Wirtschaftsbereichen mit traditionell geringem Frauenanteil, muß die Erhöhung des Frauenanteils in diesem Zeitraum auch als Folge des starken Beschäftigungsabbaus bei den männlichen Beschäftigten (1995/97: minus 16 Tsd.) gesehen werden.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung erhöhte sich zwar zwischen 1995 und 1997 in allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme des Handels, jedoch trägt auch hier der Strukturwandel maßgeblich zu dieser Entwicklung bei. Die Teilzeitarbeit bleibt im Verarbeitenden und im Baugewerbe, also in Bereichen mit hohen Arbeitsplatzverlusten, weiterhin deutlich hinter den entsprechenden Anteilen in den tertiären Wirtschaftsbereichen zurück. Eine Annäherung an Teilzeitquoten wie im Handel oder bei den Dienstleistungen ist auch für 1997 noch nicht einmal im Ansatz zu erkennen. Nennenswerte Beschäftigungszuwächse wurden in Schleswig-Holstein im Zeitraum 1995/97 - wie in den Jahren zuvor - vor allem bei Teilzeitarbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich erzielt (plus 10,4 %). Eine Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen, wenn auch deutlich geringer, konnte darüber hinaus noch im Bereich Handel und Verkehr und im öffentlichen Sektor verzeichnet werden. Dagegen war im Verarbeitenden und im Baugewerbe nicht nur die Vollzeit- sondern auch die Teilzeitbeschäftigung im Zeitraum 1995/97 rückläufig.

Die Ergebnisse zur Teilzeitbeschäftigung in Schleswig-Holstein haben sich gegenüber dem Arbeitsmarktbericht 1996 kaum verändert: Der langfristige Trend eines steigenden Anteils der Teilzeitarbeit hält unvermindert an, er fällt mit der Ausweitung der Erwerbsbeteiligung der Frauen zusammen. Dabei bleibt Teilzeitarbeit größtenteils auf tertiäre Wirtschaftsbereiche beschränkt, so daß der Strukturwandel zugunsten dieses Sektors weiterhin den entscheidenden Beitrag zur Teilzeitausbreitung leistet. Teilzeitarbeitsverhältnisse für Männer bzw. im sekundären Sektor bleiben dagegen unbedeutend: Weiterhin sind über 90 % aller Teilzeitplätze von Frauen besetzt. Arbeitsmarktpolitische Strategien zur Ausweitung von Teilzeitarbeit bedürfen somit einer weitergehenden zeitlichen Differenzierung von Beschäftigungsverhältnissen der Männer bzw. im Verarbeitenden Gewerbe, wenn Teilzeitarbeit nicht vornehmlich auf Frauen bzw. auf die traditionellen Segmente im tertiären Sektor beschränkt bleiben soll.

Beschäftigte nach Berufsgruppen (Tabelle 8)

Die nach den Berufsgruppen gegliederten Beschäftigtenzahlen werden in ihrer Entwicklung zwischen 1994 und 1997 (jeweils März) dargestellt.¹³ Im gesamten Fertigungsbereich ging die Beschäftigung in Schleswig-Holstein allein zwischen März 1996 und 1997 um über 8 Tsd. Ar-

¹³ Die berufliche Struktur der SV Beschäftigten in 1994 sowie der Strukturwandel zwischen 1987 und 1994 wurden ausführlich im Statistischen Arbeitsmarktbericht 1995 beschrieben.

beitsplätze bzw. um mehr als 7 % zurück - ein Rückgang von 234 Tsd. auf nunmehr 226 Tsd. Beschäftigte. Die Beschäftigungsentwicklung bei den technischen Berufen (minus 1,4 Tsd.) und den Dienstleistungsberufen (minus 1,0 Tsd.) war zwischen 1996 und 1997 im Gegensatz zu den ansteigenden Zahlen der Vorjahre leicht rückläufig.

Innerhalb des Fertigungsbereichs waren die Arbeitsplatzverluste 1996/97 bei den Bauberufen (minus 1,9 Tsd.), den Schlosser- und Mechanikerberufen (minus 1,6 Tsd.) und den Elektrikerberufen am größten, allerdings waren fast alle Berufsgruppen dieses Bereichs mehr oder wenig stark betroffen. Bei den Bauberufen erreichte der Beschäftigungsabbau nicht das Ausmaß wie im Zeitraum 1995/96 (minus 3,9 Tsd.). Die Arbeitsplatzentwicklung in diesem Berufszweig wird durch die Besonderheiten der Baukonjunktur geprägt. Insofern deutet sich hier nach dem kräftigen Beschäftigungsanstieg zwischen 1992 und 1995 und dem starken Einbruch 1996/97 ein leichter Trend zur Konsolidierung an.

Innerhalb der Dienstleistungsberufe hat sich die Beschäftigungsentwicklung 1996/97 gegenüber 1995/96 in nahezu allen Berufsgruppen verschlechtert. Die größten Arbeitsplatzverluste traten bei den Reinigungsberufen (minus 1,3 Tsd.) und, nach Beschäftigungszuwächsen zwischen 1994 und 1996, bei den Verwaltungs- und Büroberufen auf. Nennenswerte Beschäftigungsgewinne ergaben sich 1996/97 nur noch bei den Sozial- und Erziehungsberufen (1,7 Tsd.) und den Gesundheitsberufen.¹⁴ Immerhin konnte 1996/97 der Beschäftigungsrückgang bei den allgemeinen Dienstleistungsberufen und bei den Warenkaufleuten gestoppt bzw. verlangsamt werden. Nur innerhalb dieser beiden Berufsgruppen hat sich die Entwicklung im Vergleich zu den Vorjahren verbessert. Für die letzten drei Jahre (1994/97) bleibt festzuhalten, daß die Zahl der Arbeitsplätze in nahezu allen Dienstleistungsberufen mit Ausnahme der Gesundheits- und der Sozial- und Erziehungsberufe zurückgegangen ist.¹⁵

Soldaten, Beamtinnen und Beamte (Tabellen 9a und 9b)

Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein war durch den Abbau der Soldatenzahlen insbesondere bis Mitte der 90er Jahre starken Belastungen ausgesetzt. Während die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten zwischen 1990 und 1995 um 11 Tsd. Personen zurückging, hat sich die Bela-

¹⁴ Die Befunde zur Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen nur bis März 1997 vor. Über diesen Zeitpunkt hinausgehende Zahlen, die aus der Arbeitslosenstatistik bis Februar 1998 vorliegen, lassen vermuten, daß seitdem keine nennenswerten Arbeitsplatzzuwächse in diesen Berufsgruppen mehr erreicht werden konnten (vgl. Tabelle 19).

¹⁵ Die Aussagen insbesondere zu den Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen sind aufgrund der möglichen Wechsel zwischen Angestellten-, Beamten- und Selbständigenstatus nur mit Vorbehalt zu bewerten, da die Beschäftigtenentwicklung nach Berufsgruppen nur für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, jedoch nicht für die Selbständigen und die Beamtinnen und Beamten bekannt ist.

stung für den Arbeitsmarkt seitdem - bei einem Stellenabbau von nur noch 1,6 Tsd. Personen zwischen Mai 1995 und Mai 1997 - stark reduziert. Im Mai 1997 waren (einschließlich Grundwehrdienstleistender) noch 34,4 Tsd. Soldaten in Schleswig-Holstein stationiert.¹⁶ Insbesondere die Planungsräume Schleswig und Mittelholstein, die in den Vorjahren den Löwenanteil des Stellenabbaus bei den Soldaten zu verkraften hatten, blieben seit Mai 1996 von weiteren Arbeitsmarktbelastungen durch dieses Segment verschont.

Für die Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein lagen Zahlen aus der Statistik „Personal im öffentlichen Dienst“ nur bis Juni 1996 vor. Diese Statistik weist für 1996 eine Zahl von 62,2 Tsd. Beamtinnen und Beamte (ohne Post) mit Dienstort in Schleswig-Holstein aus. Dies war gegenüber 1995 ein leichter Anstieg um rund 800 Personen. Faßt man beide Kategorien zusammen, so ergibt sich für Schleswig-Holstein bei Beamtinnen und Beamten (ohne Post) einschließlich Zeit- und Berufssoldaten zwischen 1995 und 1996 insgesamt ein Rückgang von ca. 600 Arbeitsplätzen. Aussagen zur Entwicklung 1996/97 sind allenfalls auf der Basis einer ersten Schätzung der Erwerbstätigenzahlen 1997 für Schleswig-Holstein möglich¹⁷, die die Gesamtzahl der Beamten und Soldaten ausweist. Abzüglich der Soldatenzahlen ergibt sich aus einem Vergleich der Erwerbstätigen im Beamtenstatus 1996 und 1997 ein leichter Anstieg um etwa 800. Faßt man die Beamtinnen und Beamten und die Zeit- und Berufssoldaten zusammen, erhält man sich für 1997 ein Plus von ca. 600 gegenüber 1996, unter Einschluß der rückläufigen Zahl der Grundwehrdienstleistenden entsteht dagegen 1996/97 ein Minus von 1.400.

Erwerbstätige in der Landwirtschaft sowie Selbständige¹⁸

Empirische Befunde zur Zahl aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sowie zur Zahl der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft lassen sich ebenfalls nur auf der Basis der Erwerbstätigenrechnung der Länder darstellen, wobei die Werte für 1997 noch auf einer vorläufigen ersten Schätzung beruhen. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft verringerte sich - dem langfristigen Trend dieses Wirtschaftsbereichs entsprechend - auch 1995/96 von 42,4 auf 39,8 Tsd., dagegen war der Rückgang landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit 1996/97 nur relativ gering (1997: 38,9 Tsd. Erwerbstätige). Inwieweit dies ein Abbild spezifischer Pro-

¹⁶ Der Rückgang der Soldatenzahlen zwischen Mai 1996 und Mai 1997 (minus 2,2 Tsd.) ist insbesondere auf die rückläufige Zahl der Grundwehrdienstleistenden zurückzuführen.

¹⁷ Erwerbstätige am Arbeitsort (Jahresdurchschnitt) gemäß Erwerbstätigenrechnung der Länder im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ des Statistischen Bundesamtes und der Landesämter. Die Zahlen zur Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein wurden uns vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.

¹⁸ Erwerbstätige (Betriebsinhaber, mithelfende familienangehörige Erwerbstätige und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) in Landwirtschaft einschl. Forstwirtschaft und Fischerei; Selbständige außerhalb der Landwirtschaft einschl. mithelfende Familienangehörige - Zahlen aus der Erwerbstätigenrechnung der Länder

duktionsbedingungen in der Landwirtschaft oder aber Folge einer weiteren Verschlechterung der Erwerbsmöglichkeiten außerhalb dieses Sektors ist, läßt sich ohne ergänzende Detailanalysen nicht einschätzen.¹⁹

Die Zahl der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft nahm in Schleswig-Holstein nach Schätzung der Erwerbstätigenrechnung der Länder 1995/96 ebenso wie 1996/97 um ca. 2 Tsd. zu. Ohne ergänzende empirische Informationen über die Zusammensetzung der neu entstandenen Selbständigkeiten und über die Hintergründe ihrer Entstehung entzieht sich auch die Entwicklung dieser Beschäftigungskategorie, die 1995-97 einen der wenigen Aktivposten bei ansonsten stagnierender oder rückläufiger Erwerbstätigkeit bildete, einer Bewertung.

Entwicklung der Gesamtzahl der Arbeitsplätze 1995/96/97

Faßt man die verschiedenen Kategorien der Erwerbstätigkeit zusammen, errechnet sich ohne Berücksichtigung der Grundwehrdienstleistenden und der abhängigen Beschäftigungsfälle unterhalb der Sozialversicherungspflicht für Schleswig-Holstein ein geschätzter Arbeitsplatzrückgang von 5,6 Tsd. in 1995/96 und von 8,7 Tsd. in 1996/97. Er setzt sich wie folgt zusammen:

1995/96

- minus 2,6 Tsd. bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
- minus 4,4 Tsd. bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (außerhalb der Landwirtschaft)
- plus 0,8 Tsd. bei den Beamtinnen und Beamten (ohne Post)
- minus 1,4 Tsd. bei den Zeit- und Berufssoldaten
- plus 2,0 Tsd. bei den Selbständigen (außerhalb der Landwirtschaft)

1996/97

- minus 1,0 Tsd. bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
- minus 10,3 Tsd. bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (außerhalb der Landwirtschaft)
- plus 0,8 Tsd. bei den Beamtinnen und Beamten (ohne Post)
- minus 0,2 Tsd. bei den Zeit- und Berufssoldaten
- plus 2,0 Tsd. bei den Selbständigen (außerhalb der Landwirtschaft)

1995/96 hatten also die Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft und die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den größten Anteil an den gesamten Arbeitsplatzverlusten, 1996/97 fand der Abbau von Arbeitsplätzen überwiegend bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten statt.

¹⁹ In diesem Zusammenhang wird häufig von einem „Rückstau“ der Beschäftigung in der Landwirtschaft gesprochen, wenn Erwerbstätige, die eigentlich in andere Wirtschaftsbereiche überwechseln möchten, aufgrund einer ungünstigen Arbeitsmarktsituation vorübergehend noch im landwirtschaftlichen Bereich erwerbstätig bleiben.

Anmerkungen zur geringfügigen Beschäftigung

Aussagen zu geringfügiger Beschäftigung lassen sich nicht unmittelbar aus amtlichen Statistiken ableiten. Eine Gegenüberstellung der Erwerbstätigenrechnung der Länder und der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liefert allerdings Anhaltspunkte für dieses Arbeitsmarktsegment, indem die erwerbstätigen Arbeiter und Angestellten außerhalb der Landwirtschaft (aus der Erwerbstätigenrechnung) mit den SV Beschäftigten, ebenfalls ohne Landwirtschaft, verglichen werden. 1996 ergab sich aus dem Vergleich für Schleswig-Holstein eine Zahl von 33,8 Tsd. Arbeitern/Angestellten unterhalb der Sozialversicherungspflicht (828,7 Tsd. erwerbstätige Arbeiter und Angestellte, 794,9 Tsd. SV Beschäftigte), 1997 stieg diese Zahl um immerhin 3,2 Tsd. (bzw. um fast 10 %) auf 37,0 Tsd. an (821,7 Tsd. erwerbstätige Arbeiter und Angestellte, 784,7 Tsd. SV Beschäftigte).

Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW)²⁰, gehen allerdings davon aus, daß innerhalb der Erwerbstätigenrechnung die geringfügige Beschäftigung tendenziell unterschätzt wird. Für Westdeutschland wird aus den Resultaten des SOEP für 1996 eine Zahl von knapp 3,5 Mill. „geringfügig Hauptbeschäftigter“ geschätzt (d. h. geringfügige Nebentätigkeiten ansonsten regulär beschäftigter Personen sind hier nicht enthalten). Würde man die Relation zwischen den Erwerbstätigen und den geschätzten geringfügig Hauptbeschäftigten auf Schleswig-Holstein übertragen, müßte man von einer Zahl zwischen 130 und 140 Tsd. Personen ausgehen, die in Schleswig-Holstein einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Angesichts dieser Größenordnung und der Expansion dieser Beschäftigungsform (gemäß SOEP: plus 18 % zwischen 1991 und 1996 in Westdeutschland) wäre es angezeigt, die Erfassung geringfügiger Beschäftigung in Schleswig-Holstein zu verbessern, um die Aussagekraft der Arbeitsplatzentwicklung und der Veränderung der Arbeitsmarktbilanz zu erhöhen.

3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz 1994 - 1997

Das Arbeitskräfteangebot in Schleswig-Holstein (Erwerbspersonen) (Tabelle 10)

Zur Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein muß neben der Arbeitsplatzentwicklung (Erwerbstätige mit Arbeitsort in Schleswig-Holstein) auch die Veränderung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein²¹) und der Pendlerströme über die Landesgrenzen betrachtet werden.

²⁰ Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Hrsg.), DIW - Wochenbericht 38/1997, „Erwerbsstatistik unterschätzt Beschäftigung um 2 Millionen Personen“.

²¹ Da das Arbeitskräfteangebot im folgenden durch die Erwerbspersonen und nicht durch das „Erwerbspersonenpotential“ (in der Definition der Bundesanstalt für Arbeit) gemessen wird, sind aus der Gegenüberstellung der Arbeitsplätze, der Erwerbspersonen und der gemeldeten Arbeitslosen auch keine Aussagen über die passive „latente“ Stille Reserve möglich, also über Personen, die zur Zeit nicht, bei künftig günstigen Erwerbsaussichten dann aber doch eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen.

Die Erwerbspersonen, also alle Personen, die erwerbstätig sind oder aktuell eine Erwerbstätigkeit anstreben, wurden auf der Basis der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung bis Ende 1996 und der letzten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes (in Zusammenarbeit mit der Landesplanung, Prognose bis 2010) sowie der von der Landesplanung bereitgestellten alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten für Schleswig-Holstein geschätzt.

In den letzten beiden Jahren nahm das Arbeitskräfteangebot in Schleswig-Holstein weiter zu: 1995/96 gehen wir von einem Anstieg um 3,0 Tsd., 1996/97 (jeweils Jahresmitte) von plus 3,3 Tsd. aus. Auch die für 1998/99 erwartete Bevölkerungsentwicklung und die prognostizierten Veränderungen des alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsverhaltens lassen einen weiteren Anstieg des Kräfteangebots erwarten (plus 3,2 Tsd. in 1997/98 bzw. plus 1,0 Tsd. in 1998/99), der sich aber in den nächsten Jahren offenbar abschwächt. Dabei geht der Zuwachs des Arbeitskräfteangebots vollständig auf das Konto zusätzlicher weiblicher Erwerbspersonen, bei den Männern gehen die Erwerbspersonenzahlen dagegen leicht zurück. Der Anteil der Frauen am gesamten Arbeitskräfteangebot dürfte sich entsprechend von 39,4 % (1994) auf über 40 % (1998/99) erhöhen.²² Aufgrund der divergierenden Arbeitszeitpräferenzen der Frauen und Männer haben die Beschäftigungsstrategien der Wirtschaft und der Arbeitsmarktpolitik diese Erhöhung des Frauenanteils zu beachten, das Arbeitsplatzangebot z.B. stärker dem Wunsch nach Teilzeitarbeit und nach flexibleren Arbeitszeiten und Arbeitsformen zu öffnen.

Auch die Verschiebung der Altersstruktur der Erwerbspersonen, insbesondere zugunsten der Altersgruppe 30-45 Jahre und auf Kosten der unter 30jährigen²³ hat Konsequenzen für den Arbeitsmarkt: Bei der Anpassung der Qualifikationen an die sich schnell verändernde Arbeitswelt müssen Qualifizierungsmaßnahmen mittlerer und höherer Altersgruppen in der Erwerbsarbeitsphase zunehmend der beruflichen Erstausbildung zur Seite gestellt werden.

Die Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein 1995-1997 (Tabelle 11)

Die primäre Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein ergibt sich - vor Pendlerausgleich - aus der Gegenüberstellung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein) und der Arbeitsplätze (Erwerbstätige mit Arbeitsort in Schleswig-Holstein). Sieht man von Schätzfehlern bei der Bestimmung der Erwerbspersonen und der Erwerbstätigen ab, setzt sich der Saldo der Bilanz aus folgenden Komponenten zusammen:

²² Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots ergibt sich eindeutig aus den weiterhin zunehmenden Erwerbsquoten der Frauen und nicht aus demographischen oder mobilitätsbedingten Veränderungen: Bei konstanten Erwerbsquoten von 1994 hätte sich das Arbeitskräfteangebot seit 1994 sogar verringert (vgl. hierzu die Ausführungen im Statistischen Arbeitsmarktbericht 1996, Abschnitt 3).

²³ Vgl. Statistischer Arbeitsmarktbericht 1996, Abschnitt 3.

- aus den gemeldeten Arbeitslosen
- aus der „aktiven“ Stillen Reserve²⁴
- aus dem Pendlersaldo über die Landesgrenzen (Auspendlerüberschuß)²⁵.

Empirische Befunde liegen allerdings nur für die gemeldeten Arbeitslosen vor, statistisch gestützte Aussagen zum Pendlersaldo und zur Stillen Reserve sind nicht möglich. In der Tabelle 11 wird die Veränderung der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktbilanz 1995/96 bzw. 1996/97 dargestellt. Die weitere Entwicklung der Bilanz für 1998/99 ist Gegenstand des Abschnitts 4 (Prognose).

Die primäre Arbeitsmarktbilanz Schleswig-Holsteins verschlechterte sich 1996 gegenüber 1995 aufgrund einer leichten Zunahme des Arbeitskräfteangebots (plus 3,0 Tsd. Erwerbspersonen) und rückläufiger Arbeitsplatzzahlen (minus 5,6 Tsd. Erwerbstätige²⁶), insgesamt also um 8,6 Tsd., und die Arbeitslosenzahlen erhöhten sich in diesem Zeitraum um 10,9 Tsd. Hinter der Differenz zwischen diesen beiden Werten verbirgt sich - sofern keine Schätzfehler vorliegen würden - eine Erhöhung der Stillen Reserve und/oder eine Verringerung des Auspendlerüberschusses über die Landesgrenzen. Da sich der Pendlersaldo in den Jahren 1993 bis 1996 nur unwesentlich geändert haben dürfte (siehe folgender Abschnitt), gehen wir davon aus, daß sich 1995/96 die Stille Reserve erhöht hat.

Im Jahr 1997 verschlechterte sich die primäre Arbeitsmarktbilanz gegenüber 1996 nochmals: Einerseits erhöhte sich das Arbeitskräfteangebot um 3,3 Tsd., andererseits gingen 8,7 Tsd. Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein verloren. Die Erhöhung des Arbeitsplatzdefizits um 12,0 Tsd. spiegelt sich in einer Zunahme der Arbeitslosenzahlen um 13,7 Tsd. wider.

Teilausgleich regionaler Arbeitsmarktbilanzen durch Pendlermobilität (Abb. 8)

Die Pendlermobilität der Arbeitskräfte stellt ein Stück Flexibilität der Arbeitsmärkte dar, sie leistet damit einen Beitrag zum Ausgleich regionaler Arbeitsmarktbilanzen. Seit 1993 kann die

²⁴ Zur aktiven Stillen Reserve gehören Personen, die aktuell eine Erwerbstätigkeit suchen, sich aber nicht arbeitslos gemeldet haben. Die latente „passive“ Stille Reserve wäre dagegen nur aus einer Gegenüberstellung der Erwerbstätigen mit dem Erwerbspersonenpotential ableitbar, da diese Größe die potentiell, aber nicht aktuell Arbeitssuchenden mit einschließt.

²⁵ Dagegen sind die Personen, die vom Arbeitsplatzdefizit betroffen sind und in Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik betreut werden, in den Erwerbspersonen- bzw. Erwerbstätigenzahlen berücksichtigt. So werden z.B. in ABM Beschäftigte als Erwerbstätige registriert, und Personen, die an FuU-Maßnahmen teilnehmen oder über Vorruhestandsregelungen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, gehören nicht mehr zu den Erwerbspersonen, stellen also aktuell kein Arbeitskräfteangebot dar.

²⁶ Erwerbstätige ohne Grundwehrdienstleistende und ohne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringfügiger Beschäftigung

räumliche Verteilung der Arbeitskräfte (hier: der SV Beschäftigten) nach ihren Wohn- und Arbeitsorten und damit indirekt auch die Pendlermobilität statistisch verfolgt werden. Die Abbildung 8 zeigt die Größe und räumliche Verteilung der kreisüberschreitenden Pendlerströme im Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein/Hamburg/Westmecklenburg für 1996.²⁷

Betrachtet man allein die Mobilität innerhalb Schleswig-Holsteins, so zeigt sich, daß 1996 fast jeder vierte SV Beschäftigte zum Erreichen seines Arbeitsplatzes mindestens eine Kreisgrenze überschreiten mußte. Dieser Anteil hat sich zwischen 1993 und 1996 kontinuierlich von 22,4 % (1993) auf 24,3 % (1996) erhöht. Die Zahl der Kreisgrenzen überschreitenden Pendler innerhalb des Landes stieg von 168,6 Tsd. (1993) auf 178,6 Tsd. (1996), der räumliche Ausgleich zwischen Arbeitsplätzen und Wohngebieten hat sich in diesem Sinne also intensiviert.

Gegenüber Hamburg und Westmecklenburg haben sich sowohl die Einpendler- als auch die Auspendlerströme Schleswig-Holsteins zwischen 1993 und 1996 erhöht. Im Juni 1996 hatten 78 Tsd. SV Beschäftigte mit Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein ihren Wohnsitz außerhalb des Landes, 1993 waren es noch 74 Tsd. gewesen. Die Zahl der in Schleswig-Holstein wohnenden Personen, die als SV Beschäftigte einen Arbeitsplatz außerhalb des Landes besetzen, stieg in diesem Zeitraum ebenfalls, von 163 Tsd. (1993) auf 165 Tsd. (1995), bei generell rückläufiger Beschäftigung.²⁸ Der anhand dieser Zahlen berechnete „Pendlersaldo“, der wohlgemerkt nicht alle Beschäftigten berücksichtigt, zeigt sich für Schleswig-Holstein als Auspendlerüberschuß in Höhe von etwa 88 Tsd. (1993 und 1994) bzw. von 85,5 Tsd. (1995) und 86,5 Tsd. (1996), er ist also eine relativ stabile Größe. Der Auspendlerüberschuß nach Hamburg (1996: 98 Tsd.) dominiert dabei den Einpendlerüberschuß gegenüber der Region Westmecklenburg (12 Tsd.).

Aus der Darstellung der absoluten Pendlerströme 1996 (Abb. 8) wird die starke räumliche Arbeitsmarktverflechtung der südlichen Landesteile mit Hamburg erkennbar, nicht nur in der traditionellen (Arbeitsort Hamburg) sondern auch in der Gegenrichtung (Wohnort Hamburg, Ar-

²⁷ Seit 1993 ermöglicht ein spezielles Auswertungsprogramm der Bundesanstalt für Arbeit zur Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, daß die Beschäftigten regional sowohl nach ihrem Wohn- als auch nach ihrem Arbeitsort zugeordnet werden können. Damit läßt sich aus diesem Datenmaterial zumindest indirekt auf Berufspendler schließen, wenn auch nicht für alle Arbeitskräfte (Beamte, Soldaten und Selbständige fehlen in dieser Statistik) und ohne die Möglichkeit, zwischen Tages- und z.B. Wochenendpendlern unterscheiden zu können. Die Daten für die Kreise Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Westmecklenburgs für 1993 bis 1996 (jeweils Juni) wurden uns von der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt. Die Daten für Juni 1997 lagen im März 1998 noch nicht vor. Die empirischen Befunde für 1993 bis 1995 wurden bereits in den beiden vorangegangenen statistischen Arbeitsmarktberichten und in Beiträgen des Instituts für Regionalforschung dargestellt. Vgl. u.a.: H. Herrmann, M. Niese, Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1996. K. Peschel (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 23, Kiel, 1997.

²⁸ Da im Juni 1993 noch keine zuverlässigen regionalen Beschäftigtenzahlen für die neuen Bundesländer vorlagen, wurde hier für 1993 die Zahl der Beschäftigten mit Wohnort in Schleswig-Holstein und mit Arbeitsort in Mecklenburg-Vorpommern („Auspendler“) des Jahres 1994 übernommen.

beitsort im Hamburger Randgebiet) und zwischen den Teilen des Randgebiets. Auch die Rolle der Städte Kiel, Lübeck und Flensburg als Arbeitsmarktzentren und der räumliche Austausch zwischen den Zentren und ihrem Umland wird deutlich.

Gerade am Beispiel des Hamburger Pendlertraumes kann gezeigt werden, daß sich parallel zur generellen Verstärkung der Pendlermobilität auch das räumliche Muster als Konsequenz der zeitlichen Abfolge der Suburbanisierungsprozesse verändert: Das Bild des Teilausgleichs räumlicher Arbeitsmärkte durch Berufspendeln entfernt sich langsam von seiner traditionellen monozentrischen Form (Wohnen im städtischen Umland, Arbeiten im Zentrum), es zeigt zunehmende Auspendlerströme aus den Zentren ins Umland sowie steigende Pendlermobilität zwischen Teilen der städtischen Umlandgebiete.

4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz

Prognose der Arbeitsplatzentwicklung für 1998 und 1999 (Tabelle 12)

Anmerkungen zum Prognoseansatz

Die Statistischen Arbeitsmarktberichte enthalten neben einer Bestandsaufnahme der Arbeitsmarktsituation des abgelaufenen Jahres auch eine Prognose der Beschäftigungs- und der Arbeitsmarktentwicklung für das bevorstehende und z.T. auch für das folgende Jahr. Die Beschäftigungsprognose stand bislang auf zwei Säulen: Zum einen auf den jeweils jüngsten Konjunkturprognosen für das Bundesgebiet West, die das Bruttoinlandsprodukt, die Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen für ein bis zwei Jahre im voraus einschätzen sowie zum anderen auf einer im Rahmen der Bundesraumordnungsprognose entwickelten mittelfristigen Beschäftigungsprognose für die Raumordnungsregionen, hier also für die Planungsräume Schleswig-Holsteins. Bei dieser regionalen Prognose wird allerdings nicht die künftige Beschäftigung selbst, sondern die Veränderung der Beschäftigtenanteile der Regionen an der Gesamtbeschäftigung in Westdeutschland im Vorhersagezeitraum angegeben.²⁹ Die Eckdaten der Prognose auf Bundesebene werden dann mit den prognostizierten regionalen Beschäftigtenanteilen verknüpft, um absolute Beschäftigtenzahlen für die Regionen zu erhalten, die dann wiederum zu Prognosewerten für Schleswig-Holstein aggregiert wurden.

Wir gehen für die Prognose davon aus, daß die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein von der sehr spezifischen konjunkturellen Situation 1996/97, wie sie oben beschrieben wurde (vgl. S. 3), in besonderem Maße negativ beeinflusst wird: Zum einen hat die hiesige Wirtschaft von der exportbedingten Belebung im Verarbeitenden Gewerbe weniger profitiert als andere Bundesländer mit höherer Industriedichte und stärkerer Exportorientierung. Zum anderen trifft die Rezession im Baugewerbe die Wirt-

²⁹ Die aktuelle Version der regionalen Beschäftigungsprognose umfaßt den Zeitraum 1994 bis 2002: F.-J. Bade, Regionale Beschäftigungsprognose 2002 - Fortschreibung und Ex-post-Kontrolle der Prognose 2000. Institut für Raumplanung der Universität Dortmund (Hrsg.), Arbeitspapier 147, Dortmund, Oktober 1996. Vgl. auch: F.-J. Bade, Prognose der regionalen Beschäftigungsentwicklung 2002: Fortschreibung und Ex-post-Kontrolle. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9 (1996), S. 571-596.

schaft des Landes besonders hart, da dieser Wirtschaftszweig einschließlich der damit verknüpften Zulieferbereiche in vielen Landesteilen überdurchschnittlich präsent ist. Wenn die ungünstige Position des Landes 1996/97 allerdings ein Ergebnis der aktuellen, besonderen Konjunktur ist, besteht im Umkehrschluß die Aussicht, daß Schleswig-Holstein durch eine Veränderung des Konjunkturbilds im Sinne einer Verbreiterung der Auftriebskräfte, insbesondere durch eine verstärkte Inlandsnachfrage, zusammen mit einer Stabilisierung der Bauwirtschaft, allmählich wieder zum mittelfristigen Trend der Bundesraumordnungsprognose zurückfinden kann. In unserem Prognoseansatz für 1998 und 1999 sind wir von dieser Entwicklung ausgegangen und haben angenommen, daß sich die relativen Trends der Regionen des Landes allmählich, d.h. über die nächsten drei Jahre, wieder den Trends der Bundesraumordnungsprognose annähern.³⁰

Prognose für Westdeutschland

Die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute, des Sachverständigenrates, des Jahreswirtschaftsberichts 1998 der Bundesregierung oder der Bundesanstalt für Arbeit (BA), die zwischen Ende 1997 und März 1998 für den Zeitraum 97/98 abgegeben wurden,³¹ unterscheiden sich in den quantitativen Befunden nur unwesentlich. Übereinstimmend wird von folgendem Konjunkturbild ausgegangen:

- Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung wird sich fortsetzen, aber nicht spürbar beschleunigen. Die Wachstumsdynamik bleibt im Vergleich mit früheren Aufschwungphasen gering (reale Zunahme des Bruttoinlandsproduktes für Westdeutschland: +2,6 bis +2,75 % (97/98) gegenüber +2,2 % (96/97).
- Die Auslandsnachfrage wird die treibende Kraft bleiben, sie wird die Dynamik der Binnennachfrage erneut übertreffen. Dabei relativiert sich das bislang sehr einseitige Bild etwas: Die Exporte wachsen weniger stark als 96/97, und die Binnennachfrage nimmt an Dynamik zu. Dies betrifft allerdings vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, während der private Konsum trotz leichter Besserung immer noch relativ wenig, der staatliche Verbrauch und die Bauinvestitionen weiterhin nichts zur Verbreiterung des Wirtschaftsaufschwungs beitragen. Immerhin wird sich die Entwicklung der Bauwirtschaft zumindest in Westdeutschland allmählich konsolidieren.³²

³⁰ Für den Beschäftigtenanteil Schleswig-Holsteins am Bundesgebiet West bedeutet diese Annahme, daß es 1997/98 nochmals zu einem geringen Rückgang von 36,25 v.T. auf 36,19 v.T. kommt, gefolgt von einem leichten Anstieg 1998/99 auf 36,22 v.T.

³¹ Die aktuellsten Prognosen (Stand: März 1998) der Eckdaten für Westdeutschland 1998/1999: Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Thesen zum Kieler Konjunkturgespräch. 57. Kieler Konjunkturgespräch vom 23./24. März 1998. (Prognose für 1997/98 und für 1998/99).

Prognose der Bundesanstalt für Arbeit: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 6 (März 1998), Autorengemeinschaft, „Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt 1998 - Alternativrechnungen des IAB für West- und Ostdeutschland“ (für 1997/98).

Die Prognose des Instituts für Weltwirtschaft für 1997/98 entspricht hinsichtlich der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes etwa der mittleren Variante der BA-Prognose. Die Bundesanstalt für Arbeit geht aber bei der mittleren Variante aufgrund des von ihr unterstellten Arbeitszeiteffektes, bei dem sie sich vom Institut für Weltwirtschaft unterscheidet, von einem leichten Rückgang der Beschäftigung und nicht, wie das Institut für Weltwirtschaft, von einer leichten Zunahme aus.

³² Im gesamten Bundesgebiet werden die Exportnachfrage 1997/98 real um 7-8 %, die Ausrüstungsinvestitionen um 6-7 %, der private Konsum um 2 % und der staatliche Verbrauch um 1 % zunehmen, während die Bauinvestitionen um 1 bis 2 % zurückgehen. Die Vergleichszahlen für 1996/97 zeigen, daß sich das Konjunkturbild etwas verschoben, aber nicht grundlegend gewandelt hat: Exporte +11 %, Ausrüstungsinvestitionen +3,5 %, Staatsverbrauch +1 %, privater Konsum +0,5 %, Bauinvestitionen -2 % (durchschnittliche Werte der oben genannten Quellen, auf volle bzw. halbe Prozentpunkte gerundet).

- Die Beschäftigung wird sich, gemessen von Jahresmitte zu Jahresmitte oder als Jahresdurchschnittsrechnung, kaum verändern: Die Prognosen für Westdeutschland gehen 97/98 von praktisch unveränderten Zahlen aus. Das Arbeitsvolumen (Arbeitsstunden pro Jahr) wird bei steigender Produktion (Bruttoinlandsprodukt: +2,75 %) und weiterhin zunehmender Arbeitsproduktivität (+2,0 %) zwar etwas ansteigen (+0,7 %), aufgrund einer gleichzeitigen Steigerung der Jahresarbeitszeit je Arbeitsplatz (+0,8 % aufgrund zusätzlicher Arbeitstage) wird das erhöhte Arbeitsvolumen allerdings nicht zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen (hier: mittlere Variante der Prognose der BA).
- In ersten Prognoseaussagen für 98/99 (Kieler Konjunkturgespräch) wird von einer Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung bei weiterhin mäßiger Wachstumsdynamik ausgegangen. Die Entwicklung wird wiederum durch die Auslandsnachfrage und die Anlageinvestitionen gestützt (wenngleich nicht mehr so stark wie 97/98), zunehmend aber auch durch den privaten Konsum. Auf der Beschäftigungsseite wird bei einem Produktionswachstum von knapp 2,5% eine leichte Ausweitung der Erwerbstätigkeit möglich sein (+0,2 bis +0,3 %).

Die Eckdaten für Westdeutschland, die in die Schätzung für Schleswig-Holstein eingehen, ergeben sich aus den Aussagen zur Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen aus der aktuellsten Prognose der Bundesanstalt für Arbeit (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) für 1997/98 in der mittleren Variante und der des Instituts für Weltwirtschaft im Rahmen des Kieler Konjunkturgesprächs vom März 1998 für die Prognose 1998/99. Die Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland 1997(98 (minus 30 Tsd.) und 1998/99 (plus 60 Tsd.) wird für die Entwicklung der SV Beschäftigten übernommen.

Prognose für Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein wird die Zahl der SV Beschäftigten in Anlehnung an die mittlere Prognosevariante der Bundesanstalt für Arbeit zur Jahresmitte 1998 noch etwas (um knapp 2,5 Tsd.) unter der Zahl vom Juni 1997 bleiben. Nach der Jahresmitte 1998 ist dann mit einer Trendwende bei der Beschäftigung zu rechnen. Für 1998/99 geht die Prognose von einem moderaten Beschäftigungsanstieg um knapp 3 Tsd. aus. Der Beschäftigtenstand von Mitte 1997 würde dann zwar geringfügig übertroffen, der Stand von 1996 allerdings wird bei den nur geringfügigen Arbeitsplatzgewinnen bis Mitte 1999 bei weitem noch nicht erreicht sein. Bis Mitte 1998 wird die Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein noch etwas ungünstiger als in Westdeutschland sein, der Entwicklungsrückstand wird sich aber mit Veränderung des Konjunkturmusters langsam abbauen. Für 1998/99 rechnen wir damit, daß sich die Beschäftigung in Schleswig-Holstein dann wieder etwas besser entwickeln wird als in Westdeutschland.

Die regionale Prognose der SV Beschäftigung in den Planungsräumen des Landes geht davon aus, daß die Entwicklung in den Planungsräumen Mittel- und Ostholstein ungünstiger als in Westdeutschland sein wird. Der Trend im Planungsraum Dithmarschen dürfte etwa dem westdeutschen Trend entsprechen, der Planungsraum Schleswig und insbesondere das Hamburger Rand könnten positiv vom Bundestrend abweichen. Die Suburbanisierungseffekte, von denen vor allem die südlichen Landesteile profitieren, werden mittelfristig andauern und auch für die

beiden kommenden Jahre zu beobachten sein. Hinter der immer noch leicht rückläufigen Beschäftigung 1997/98 stehen Arbeitsplatzverluste in Mittel- und Ostholstein und ein leichter Arbeitsplatzzuwachs im Hamburger Randgebiet. Für 1998/99 rechnen wir damit, daß der Löwenanteil des leichten Beschäftigungsanstiegs dem Hamburger Randgebiet zufallen wird. Die Zahlen für die SV Beschäftigten, die für die Planungsräume des Landes aus der Verknüpfung der Konjunkturprognosen für Westdeutschland mit der Prognose der regionalen Trends resultieren, sind der Tabelle 12 zu entnehmen. Angesichts der unterschiedlichen Prognosehorizonte für 1997/98 und 1998/99 sind die Beschäftigtenzahlen für Juni 1999 allerdings noch mit Vorbehalt zu sehen, sie sind daher auch nur in vollen Tausend angegeben.

Prognose der Arbeitsmarktbilanz und der Arbeitslosigkeit 1998/1999

Für die übrige, nicht von der Sozialversichertenstatistik erfaßte Erwerbstätigkeit lassen sich nur grobe Anhaltspunkte nennen: Zum einen wird sich der Abbau landwirtschaftlicher Arbeitsplätze fortsetzen, und vermutlich wird auch die Zahl der Beamtinnen und Beamten leicht zurückgehen. Auf der anderen Seite ist bei den Zeit- und Berufssoldaten kein nennenswerter Rückgang mehr zu erwarten, und parallel zum konjunkturellen Aufschwung wird die Zahl der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft weiter zunehmen. Insgesamt gehen wir davon aus, daß aufgrund der beiden gegenläufigen Effekte gegenüber der prognostizierten Entwicklung der Zahl der SV Beschäftigten keine wesentliche Korrektur erforderlich sein dürfte.

Konfrontiert man diese prognostizierte Arbeitsplatzentwicklung mit der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots bzw. der Erwerbspersonen (siehe Abschnitt 3, Tabelle 10), wird kein Anhaltspunkt für eine geringere Arbeitslosigkeit Mitte 1998 gegenüber Mitte 1997 sichtbar: Einer um etwa 2 Tsd. geringeren Zahl von Arbeitsplätzen steht ein leichter Anstieg des Arbeitskräfteangebots (etwa plus 3 Tsd.) gegenüber. Dabei geht diese Veränderung der Arbeitsmarktbilanz von „Status Quo“-Bedingungen, insbesondere von unveränderter Intensität und Ausgestaltung aktiver Arbeitsmarktpolitik aus. Tatsächlich könnte eine Intensivierung der Arbeitsmarktpolitik die Befunde korrigieren, indem z.B. zusätzliche Beschäftigung geschaffen oder durch eine Verstärkung der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ein Teil des Arbeitskräfteangebots vorübergehend aus dem Kreis der Erwerbspersonen herausgenommen würde.

Die gleiche Einschränkung gilt für die Bilanz 1999, für die aufgrund leichter Arbeitsplatzgewinne (plus 3 Tsd.) und nahezu konstantem Umfang des Arbeitskräfteangebots eine leichte Besserung gegenüber 1998 vorausgesagt wird. Ohne signifikante Änderung der Arbeitsmarktpolitik und der Rahmenbedingungen für Beschäftigung und ohne eine deutliche Intensivierung

des Wirtschaftswachstums wird die für 1999 erwartete Entspannung der Arbeitsmarktbilanz also eng begrenzt bleiben.

Die Fortschreibung einer nahezu unveränderten quantitativen Beschäftigungslücke über zwei weitere Jahre ist allerdings keineswegs als gleichbleibendes Arbeitsmarktproblem zu bewerten und schon gar nicht als eine Verbesserung der Situation gegenüber der Phase zunehmender Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahre. Denn bei anhaltendem Arbeitsplatzdefizit steigt das Ausmaß der Dauerarbeitslosigkeit, und die Qualitätsstruktur des Arbeitslosenbestands (Qualifikation, Arbeitsmarktnähe, Vermittelbarkeit) verschlechtert sich, je länger die Unterbeschäftigungssituation anhält (Strukturalisierung des Arbeitslosenbestands). Für eine zeitliche Verschiebung intensiver Arbeitsmarktpolitik, etwa auf Zeiträume mit rückläufigem Arbeitskräfteangebot oder besseren finanziellen Rahmenbedingungen, besteht also keine Veranlassung.

5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich (Tabelle 13, Abbildungen 9 und 10)

Die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland hat im Jahresdurchschnitt 1997 um 8,0 % gegenüber 1996 zugenommen, in Ostdeutschland war der Anstieg doppelt so hoch. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist allerdings hinsichtlich ihres Volumens, ihrer Struktur und ihrer Entwicklung nicht mit der in Westdeutschland bzw. in Schleswig-Holstein vergleichbar. Befunde für Ostdeutschland sind in der Tabelle 13 zwar dokumentiert, sie werden im folgenden aber nicht weiter betrachtet.

Im Vergleich der westdeutschen Bundesländer war Schleswig-Holstein 1996/97 von der Zunahme der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich stark betroffen (+12,2 %), es war damit das westdeutsche Flächenland mit der ungünstigsten Arbeitsmarktentwicklung. Auch in Hessen (+11,4 %), Bayern (+10,0 %) und Rheinland-Pfalz (+9,3 %) nahm die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich stark zu. Dagegen war der Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Nordrhein-Westfalen (+7,0 %) und Niedersachsen (+7,1 %) deutlich geringer. Wie in Schleswig-Holstein stieg auch in Hamburg die Zahl der Arbeitslosen (+10,2 %) überdurchschnittlich an. Von der Hansestadt ging somit keine entscheidende Entlastung für die Arbeitsmarktsituation in Schleswig-Holstein aus.

Seit Beginn 1996 ist die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Schleswig-Holstein schlechter als im Bundesgebiet West, während sie in den Jahren zuvor zum Teil deutlich besser verlief (vgl. Abbildung 9). Aufgrund dieser ungünstigen Entwicklung der letzten beiden Jahre lag die

jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote³³ Schleswig-Holsteins 1997 geringfügig über der westdeutschen Quote (11,2 % gegenüber 11,0 %), während sie 1996 noch knapp darunter geblieben war (10,0 % gegenüber 10,1 %). Gegenüber 1996 ist die Quote Schleswig-Holsteins also um mehr als einen Prozentpunkt angestiegen. Die westdeutschen Flächenländer mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten sind weiterhin Bayern und Baden-Württemberg (beide 8,7 %), während das Saarland die höchste Arbeitslosenquote aller Flächenländer aufweist (13,6 %).

Wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den westdeutschen Bundesländern im Zeitraum 1994-1997 betrachtet, so ergibt sich bei allen länderspezifischen Unterschieden eine signifikante Beobachtung: Die Bundesländer mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote 1994 hatten in den folgenden Jahren einen vergleichsweise starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Dieser Befund wird noch deutlicher, wenn er für die westdeutschen Arbeitsamtsbezirke dargestellt wird (vgl. Abbildung 10): Die Entwicklung 1994-1997 deutet auf eine tendenzielle Angleichung der Arbeitslosenquoten zwischen den Regionen hin.

Hinter diesem Entwicklungsmuster stehen eine Reihe von Ursachen. Zunächst muß man davon ausgehen, daß sich die regionalen Arbeitsmarktbilanzen in den letzten drei Jahren überall und flächendeckend verschlechtert haben, auch und gerade Regionen mit bislang noch relativ günstiger Arbeitsmarktsituation blieben nicht verschont. Außerdem sind unterschiedliche Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in die „Stille Reserve“ zu nennen: In Regionen, die stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, dürften Arbeitslose eine geringere Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz haben und damit in stärkerem Maße in die Stille Reserve abwandern als Personen, die in Regionen mit geringerer Arbeitslosigkeit Beschäftigung suchen. Die Zunahme der statistisch erfaßten Arbeitslosenzahlen fällt damit in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit niedriger aus als in Regionen mit geringerer Arbeitslosigkeit. Als weiterer Grund kommt hinzu, daß die Mobilität der Arbeitskräfte, also überregionales Pendeln und Wohnortwechsel, zumindest in der Tendenz einen Ausgleich regional unterschiedlicher Arbeitslosenquoten nach sich zieht. Bei Wohnortwechsel einer Familie in eine Region mit geringerer Arbeitslosigkeit ist dann allerdings davon auszugehen, daß auch der Partner der hauptberufstätigen Person am neuen Wohnort eine Beschäftigung anstrebt und sich bei erfolgloser Arbeitssuche dort arbeitslos meldet.

Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen ist in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren leicht zurückgegangen, und er war hier 1997 wie schon in den Jahren zuvor etwas geringer als im Bundesgebiet West (40,9 % gegenüber 42,4 %) - der Abstand zum Bund hat sich in den letzten beiden Jahren sogar etwas vergrößert. Innerhalb der westdeutschen Flächenländer war der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen nur im Saarland geringer als in Schleswig-Holstein. Die bedeutend höheren Frauenanteile im Bundesgebiet Ost haben sich im Zuge der Anglei-

³³ Im Rahmen dieses Arbeitsmarktberichts wird einheitlich, d. h. sowohl für das Bundesgebiet und die Länder als auch für die Kreise und Regionen, die traditionelle Arbeitslosenquote verwendet, bei der die Arbeitslosen auf alle *abhängigen* zivilen Erwerbspersonen (abhängig Erwerbstätige plus Arbeitslose) bezogen werden. Sie liegt um gut einen Prozentpunkt über der Quote, die die Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezieht. Diese Quote liegt aber nur für die EU-Staaten und die Bundesländer, jedoch nicht auf Kreisebene vor.

chung des Erwerbsverhaltens der Frauen in Ostdeutschland an die Verhältnisse in Westdeutschland in den letzten beiden Jahren zwar deutlich verringert, dennoch liegt der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen im Bundesgebiet Ost immer noch weit über der 50 %-Marke.

Regionale Unterschiede der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein (Tabelle 14, Abbildung 11)

Auch 1997 lagen die Arbeitslosenquoten der kreisfreien Städte des Landes wieder deutlich über denen aller Landkreise (jahresdurchschnittliche Quote für die Städte: 15 %, für die Landkreise: 10 %). Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten die Städte Flensburg (16,4 %), Lübeck (15,2 %) und Kiel (14,7 %). Unter den Landkreisen lag dagegen nur Dithmarschen (12,2 %) über dem Landesdurchschnitt. Allerdings hatten auch Nordfriesland und Ostholstein (beide 11,0 %) in der Gruppe der Landkreise relativ hohe Arbeitslosenquoten. Dabei ist zu beachten, daß die genannten Landkreise durch den Tourismus, zum Teil auch durch Landwirtschaft und Baugewerbe geprägt sind. Die Beschäftigung ist in diesen Bereichen starken saisonalen Schwankungen ausgesetzt, die auch auf die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen durchschlagen. Die Betroffenheit der Arbeitslosen in diesen Kreisen ist unterschiedlich zu bewerten: Einerseits wissen viele Arbeitslose im Winter bereits, daß und wo sie mit Beginn der neuen Saison arbeiten werden. Andererseits werden z.B. in der Tourismuswirtschaft außerhalb der Saison kaum Einkommen aus abhängiger Beschäftigung erzielt. Arbeitsumfang und Einkommenshöhe hängen stark vom Saisonverlauf ab, der wiederum Witterungseinflüssen unterliegt. Die Beschäftigungs- und Einkommenssituation der Betroffenen ist damit unsicherer als bei Arbeitskräften, deren Tätigkeiten keinen saisonalen Schwankungen ausgesetzt sind. Tatsächlich ist die statistische Arbeitsmarktdynamik (An- und Abmeldungen bei den Arbeitsämtern) an der Westküste und in den meisten Regionen der Ostseeküste Schleswig-Holsteins überdurchschnittlich hoch.

Die niedrigsten Arbeitslosenquoten in Schleswig-Holstein hatten 1997 die Kreise Stormarn (7,8 %) und Segeberg (8,9 %), beides Kreise im Hamburger Umland. Auch die beiden anderen Kreise, die an die Hansestadt grenzen, der Kreis Pinneberg (9,6 %) und Herzogtum Lauenburg (9,9 %), hatten niedrigere Arbeitslosenquoten als der Landesdurchschnitt. Im Kreis Plön lag die Quote mit 9,7 % bis zu einem Prozentpunkt niedriger als die entsprechenden Quoten in Schleswig-Flensburg (10,3 %), Steinburg (10,6 %) und Rendsburg-Eckernförde (10,7 %).

Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1996/97 (jeweils Jahresdurchschnitt) fällt zunächst auf, daß die Zahl der Arbeitslosen in den kreisfreien Städten weniger stark zugenommen hat als im Landesdurchschnitt (+12,2 %): Kiel hatte von den kreisfreien Städten den geringsten An-

stieg (+8,2 %), Flensburg die stärkste Zunahme (+11,0 %). Dies ist um so bemerkenswerter, als die Arbeitsplatzverluste 1996/97; wie an anderer Stelle gezeigt wurde, in den kreisfreien Städten verglichen mit den Landkreisen größer waren. Die zunehmende kreisüberschreitende Arbeitskräftemobilität führt dazu, daß Arbeitsplatz- und Arbeitslosenentwicklung in den einzelnen Kreisen nicht mehr deckungsgleich sind. In vielen Landkreisen ist die Zahl der Arbeitslosen stärker als im Landesdurchschnitt angestiegen. Die höchste Zunahme hatte der Kreis Lauenburg zu verzeichnen (+16,7 %). Unter den Landkreisen nahm die Arbeitslosigkeit nur im Kreis Pinneberg in spürbar geringerem Maße zu als im Landesdurchschnitt (+9,4 %).

Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1994/97 setzt sich auch innerhalb Schleswig-Holsteins der Trend fort, der bereits bei den westdeutschen Arbeitsamtsbezirken beobachtet wurde: In den Kreisen, die 1994 eine relativ geringe Arbeitslosenquote hatten, ist die Zahl der Arbeitslosen besonders stark angestiegen (vgl. Abbildung 11). Dies betrifft die Kreise Stormarn, Segeberg und Lauenburg im Hamburger Umland. Dagegen war die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den kreisfreien Städten Flensburg, Kiel und Lübeck - sie hatten 1994 die höchsten Arbeitslosenquoten - unterdurchschnittlich. Diese Entwicklung führt dazu, daß sich die regionalen Arbeitslosenquoten in Schleswig-Holstein tendenziell angleichen. Kein Landesteil blieb von der Verschärfung der Arbeitsmarktsituation verschont, darüber hinaus wirkte die räumliche Ausgleichsfunktion der Stillen Reserve und der zunehmenden Arbeitskräftemobilität.

Unter den Planungsräumen des Landes weist das Hamburger Randgebiet zwar auch 1997 noch die niedrigste Arbeitslosenquote auf (9 %), der Abstand zu den anderen Regionen hat sich in den letzten Jahren allerdings verringert, da hier die Arbeitslosenzahlen 1994/97 um 35 % gestiegen sind (gegenüber +20 % im Landesdurchschnitt). Die Arbeitslosenquoten in den Planungsräumen Mittel- und Ostholstein lagen 1997 wie schon 1996 aufgrund der starken Arbeitsmarktprobleme in Kiel und Lübeck über dem Landeswert.

Arbeitsmarktdynamik (Tabellen 15 und 16, Abbildungen 12 und 13)

Die absolute Arbeitsmarktdynamik³⁴ (Zugänge in die Arbeitslosigkeit plus Abgänge aus der Arbeitslosigkeit) ist in Schleswig-Holstein 1997 auf dem 1996 erreichten und im Vergleich zu den Vorjahren hohen Niveau geblieben (vgl. Abbildung 12). Im Verlauf des Jahres 1997 ent-

³⁴ Mit der Arbeitsmarktdynamik wird die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt gemessen. Die *absolute Arbeitsmarktdynamik* setzt sich aus den Zugängen in die Arbeitslosigkeit und den Abgängen aus der Arbeitslosigkeit über ein Jahr zusammen, die *relative Arbeitsmarktdynamik* bezieht diese Summe aus Zu- und Abgängen auf die Zahl der Arbeitslosen (Jahresanfangs- plus -endbestand). Aufgrund des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist die relative Arbeitsmarktdynamik für einen zeitlichen Vergleich in den letzten Jahren nicht geeignet, da sich der Nenner der Maßzahl stark vergrößert hat. Die Betrachtung der relativen Dynamik findet ihren sinnvollen Einsatz bei Querschnittsvergleichen.

wickelte sich die Dynamik in Schleswig-Holstein (abgesehen vom Januar) nach ihrem typischen saisonalen Muster (vgl. Abbildung 13).³⁵

In den Regionen Schleswig-Holsteins (hier: Dienststellenbezirke) unterschied sich die Arbeitsmarktdynamik 1997 ganz erheblich. Die stärkste Bewegung auf dem Arbeitsmarkt war in den Dienststellenbezirken an der Westküste zu beobachten (vgl. Tabelle 16). Hier lag die relative Arbeitsmarktdynamik um 11 % über dem Landesdurchschnitt. Auch an der Ostseeküste (ohne Kiel und den südlichen Küstenbereich) war die Arbeitsmarktdynamik überdurchschnittlich stark (7,8 % über dem Landesdurchschnitt). Der Grund für diese besondere Dynamik liegt in der Prägung dieser Regionen durch Tourismus und Baugewerbe. Die Arbeitsmarktdynamik an der südlichen Ostseeküste (Timmendorfer Strand und Neustadt) lag dagegen um 10 % unter dem Landesdurchschnitt.

Relativ wenig Bewegung auf dem Arbeitsmarkt verzeichneten die Dienststellenbezirke der größeren Städte (kreisfreie Städte sowie Rendsburg und Schleswig). Hier blieb die Arbeitsmarktdynamik um 8 % unter dem Landesdurchschnitt. Für die Arbeitslosen in den Städten bedeutet dies eine geringere Chance auf neue Beschäftigung, gleichzeitig aber auch ein etwas geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Im Hamburger Umland wurde 1997 - von einzelnen Ausnahmen abgesehen - eine starke Arbeitsmarktdynamik festgestellt (die relative Dynamik lag 7,3 % über dem Landesdurchschnitt).

Arbeitslosigkeit nach Personenkreisen (Tabellen 17 und 18)

Die im folgenden dargestellten Befunde basieren auf den jeweiligen Jahresdurchschnittswerten der Arbeitsamtstatistik für den Zeitraum 1995 bis 1997. Danach war die Arbeitslosenquote der *Frauen* in Schleswig-Holstein 1997 mit 10,2 % weiterhin niedriger als die Quote der Männer (11,9 %). Der Anteil der arbeitslosen Frauen an allen Arbeitslosen sank im Zeitraum 1995/97 von 42,5 % auf 40,9 %. Damit ist Schleswig-Holstein das einzige westdeutsche Flächenland, in dem der Frauenanteil an allen Arbeitslosen nennenswert gesunken ist (vgl. Tabelle 13). Hinsichtlich der regionalen Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen

³⁵ Saisonales Muster der Arbeitsmarktdynamik: In den Monaten März bis Mai, in denen die Arbeitslosigkeit üblicherweise abnimmt, erreicht die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt einen (lokalen) Höchststand und nimmt dann ab. In den Sommermonaten Juni und Juli nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, im August und September sinkt sie üblicherweise. Zu Beginn dieser vier Monate erreicht die Arbeitsmarktdynamik einen (lokalen) Tiefpunkt, von dem aus sie bis August zunimmt, um dann im September wieder zurückzugehen. In den folgenden Herbst- und Wintermonaten bis Januar steigt die Arbeitslosigkeit typischerweise stark an. In dieser Zeit ist die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt vor allem durch Zugänge in die Arbeitslosigkeit geprägt. Dabei nimmt die Arbeitsmarktdynamik zunächst zu. Im Dezember sinkt die Arbeitsmarktdynamik auf ihr Jahrestief, um im Januar den Jahreshöchstwert - wieder geprägt durch starke Zugänge in die Arbeitslosigkeit - anzunehmen.

ergibt sich folgendes Bild: In den kreisfreien Städten lag der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen bei 37,7 %, in den Landkreisen dagegen deutlich höher (42,4 %, vgl. Tabelle 14b). Der Unterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen wird auch anhand der Arbeitslosenquoten deutlich. Die Arbeitslosenquote der Frauen war in den kreisfreien Städten zwischen 1995 und 1997 deutlich geringer als die Quote der Männer. Sie lag 1997 mit 12,4 % knapp fünf Prozentpunkte unter der Quote der Männer (17,2 %). In den Landkreisen hat sich das Bild in den letzten Jahren gewandelt: War die Arbeitslosenquote der Frauen hier bis 1995 noch geringfügig höher als die Quote der Männer, so lag sie 1997 im Durchschnitt um einen Prozentpunkt darunter. Die Männer waren also in der Phase steigender Arbeitslosigkeit stärker als die Frauen betroffen.

Die Zahl der *Langzeitarbeitslosen* hat in Schleswig-Holstein 1997 erstmals die Marke von 30 Tsd. überschritten und liegt nun bei knapp 37 Tsd. Personen (vgl. Tabelle 17). Damit sind gegenüber 1995 noch einmal knapp 9 Tsd. Personen zusätzlich mindestens ein Jahr ohne Beschäftigung gewesen. Der Anteil an allen Arbeitslosen stieg von 26,2 % (1996) auf 29,2 % im Jahr 1997 an und entspricht der Tendenz, die auch im gesamten Bundesgebiet festzustellen ist. Allerdings bleibt der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in Schleswig-Holstein weiterhin geringer als in Westdeutschland (34,0 %).³⁶

Dieser Befund gilt ebenso für den Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen an allen arbeitslosen Frauen. Auch hier liegt der Anteil für Schleswig-Holstein (29,7 %) deutlich unter dem entsprechenden Anteil des Bundesgebietes (35,1 % im Bundesgebiet West bzw. 34,1 % im Bundesgebiet Ost). Wie in den Vorjahren waren Frauen in Schleswig-Holstein von Langzeitarbeitslosigkeit geringfügig stärker betroffen als Männer. So lag der Anteil der Frauen an den Langzeitarbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1997 mit 41,6 % etwas höher als derjenige der Frauen an allen Arbeitslosen (40,9 %). Für das westliche Bundesgebiet ergeben sich ähnliche Befunde. Der Anteil der Frauen an den Langzeitarbeitslosen lag dort mit 43,7 % über dem Anteil an allen Arbeitslosen (42,4 %). Besonders deutlich sind die Unterschiede in Ostdeutschland: 55,9 % aller

³⁶ Traditionell wird die Langzeitarbeitslosigkeit durch den Anteil der an einem Stichtag ein Jahr und länger Arbeitslosen an allen Arbeitslosen erfaßt - so auch in diesem Arbeitsmarktbericht. Würde man dagegen das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit daran messen, wieviel Prozent der *Abgänger* aus der Arbeitslosigkeit länger als ein Jahr arbeitslos gewesen sind, so wäre dieser Anteil nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit etwa doppelt so hoch. So lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (traditionelle Stichtag-Messung) im Bundesgebiet West 1996 bei knapp 32 %, aber bei über 58 % der Arbeitslosen mußte davon ausgegangen werden, daß sie am Ende mindestens ein Jahr von Dauerarbeitslosigkeit betroffen sein würden. Anders ausgedrückt: Für einen Arbeitslosen bestand 1996 ein Risiko der Dauerarbeitslosigkeit (über ein Jahr) von fast 60 %. Fälle „perforierter“ Arbeitslosigkeit (also kurzer Unterbrechungen eigentlich dauerhafter Arbeitslosigkeit) sind in diesem Meßkonzept noch nicht einmal berücksichtigt - sie würden das Ausmaß dauerhafter Arbeitslosigkeit noch weiter erhöhen. Vgl.: W. Karr, Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1997, S. 37 ff.

Arbeitslosen sind hier Frauen, und der Frauenanteil an den Langzeitarbeitslosen erreichte hier 1997 jahresdurchschnittlich sogar 68,4 %.³⁷

Die im folgenden dargestellten Personenkreise sind besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Gleichwohl war ihre zeitliche Entwicklung 1995/97 uneinheitlich: Der Anteil der älteren Arbeitslosen sowie der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtzahl der Arbeitslosen erhöhte sich 1995-1997. Demgegenüber gingen die Anteile der jüngeren Arbeitslosen bzw. der Schwerbehinderten an allen Arbeitslosen auch 1996/97 wie schon zuvor weiter leicht zurück.

In Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West lag die Arbeitslosenquote der *Jüngeren Arbeitslosen unter 25 Jahren* etwas über der gesamten Arbeitslosenquote (vgl. Tabelle 17). In 1997 gab es in Schleswig-Holstein jahresdurchschnittlich 13,3 Tsd. Arbeitslose unter 25 Jahren. Der Anteil an allen Arbeitslosen blieb im Zeitraum 1995/97 nahezu unverändert bei etwa 10,5 %, er lag 1997 ungefähr einen Prozentpunkt über dem entsprechenden Anteil im Bundesgebiet West (9,3 %). So war die Arbeitslosenquote der jüngeren Arbeitslosen unter 25 Jahren in Schleswig-Holstein 1997 auch etwas höher als im Bundesgebiet West, andererseits aber deutlich niedriger als in Ostdeutschland.

Im Jahresdurchschnitt 1997 waren in Schleswig-Holstein 24,2 Tsd. *Ältere Arbeitslose (55 Jahre und älter)* gemeldet. Dies ist gegenüber 1995 ein Zuwachs von 5 Tsd. Personen. Im Unterschied zu den jüngeren Arbeitslosen unter 25 Jahren ist die Situation der älteren Arbeitslosen in Schleswig-Holstein etwas günstiger als im Bundesgebiet West. Allerdings hat sich der Anteil der Älteren an allen Arbeitslosen in Schleswig-Holstein seit 1995 kaum verändert, er liegt 1997 bei 19,1 %. Im Vergleich dazu sank der Anteil der Älteren im westlichen Bundesgebiet von 22,5 % auf 22,1 %, er liegt aber damit immer noch über dem Anteil in Schleswig-Holstein. In Ostdeutschland hat sich die Zahl der älteren Arbeitslosen 1997 gegenüber 1995 fast verdoppelt. Infolgedessen erreicht der Anteil der älteren Arbeitslosen 1997 - ausgehend von einem arbeitsmarktpolitisch bedingt niedrigeren Niveau in 1995 - fast schon die entsprechenden Werte für Westdeutschland.³⁸

Der Anteil der *Schwerbehinderten* an allen Arbeitslosen erreichte in Schleswig-Holstein 1997 4,5 % (5,7 Tsd. Personen), er ist damit gegenüber 1995 um einen halben Prozentpunkt gesunken. Wie bei den älteren Arbeitslosen blieb auch der Anteil der Schwerbehinderten an allen

³⁷ Beide Anteile gehen in Ostdeutschland in den letzten Jahren allerdings zurück. Waren 1995 noch nahezu 80% aller Langzeitarbeitslosen Frauen, so ist der Frauenanteil an den Langzeitarbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1997 erstmals unter die 70%-Marke gefallen.

³⁸ Der starke Anstieg des Anteils der älteren Arbeitslosen an allen Arbeitslosen ist in Ostdeutschland darauf zurückzuführen, daß im Verlauf der Jahre 1995 bis 1997 die Zahl der Empfänger von Altersübergangsgeld stark gesunken ist.

Arbeitslosen in Schleswig-Holstein unter dem Anteil im Bundesgebiet West.³⁹ Die Entwicklung in Schleswig-Holstein und im westlichen Bundesgebiet 1995/97 verdeutlicht, daß der Anteil der Schwerbehinderten bei allgemein steigender Arbeitslosigkeit sinkt, da die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen in Westdeutschland wie auch in Schleswig-Holstein 1996/97 weniger stark zunahm als die Zahl aller Arbeitslosen.

Die *Ausländerinnen und Ausländer* sind in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet West unterrepräsentiert. Jedoch ist dieser Personenkreis deutlich stärker als die deutsche Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer war 1997 in Schleswig-Holstein mit 24,8 % mehr als doppelt so hoch wie die gesamte Arbeitslosenquote, und sie lag um 4,4 Prozentpunkte über der entsprechenden Quote im westlichen Bundesgebiet. Die Zahl der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer ist im Zeitraum 1996/97 - wie auch in den Vorjahren - stärker angestiegen als die Zahl der Arbeitslosen insgesamt. Entsprechend ist der Anteil der Ausländer an allen Arbeitslosen in Schleswig-Holstein von 8,3 % im Jahr 1995 auf 9,2 % im Jahr 1997 angewachsen. Damit hat sich der Trend fortgesetzt, wonach die Arbeitslosigkeit der ausländischen Erwerbspersonen bei Verschärfung der Arbeitsmarktlage überdurchschnittlich steigt.

Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen (Tabelle 19)

Beschäftigungszahlen aus der Sozialversichertenstatistik lagen für diesen Bericht lediglich bis März 1997 vor (vgl. Tabelle 8). Um über diesen Zeitpunkt hinausgehende Aussagen zur Entwicklung innerhalb der Berufsbereiche in Schleswig-Holstein machen zu können, wurde Material aus der Arbeitslosenstatistik herangezogen, das die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bis einschließlich Februar 1998 beschreibt.

Zum Jahresbeginn 1998 waren von steigender Arbeitslosigkeit besonders Beschäftigte in verschiedenen Dienstleistungsberufen betroffen. Dagegen konnte der Anstieg der Arbeitslosenzahlen bei vielen Fertigungs- und den technischen Berufen gegenüber 1997 gestoppt werden. In einigen Berufen ging die Arbeitslosigkeit sogar zurück, z.T. allerdings im wesentlichen aufgrund saisonaler Sondereffekte im Januar/Februar 1998.

Bei den Fertigungsberufen lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresverlauf 1997 um ca. 3,8 Tsd. Personen über den entsprechenden Vorjahreszahlen. Dies galt unverändert auch zum Jahresende. Die deutlich verbesserte Situation zum Jahresbeginn 1998 ist allerdings zu einem wesentlichen Teil auf die witterungsbedingte Situation bei den Baumaßnahmen zurückzuführen: Bauberufe und andere in diesem Bereich eingesetzte Berufe (z.B. Elektrikerberufe)

³⁹Für einen Vergleich der Arbeitsmarktsituation der Schwerbehinderten wären spezifische Arbeitslosenquoten notwendig.

profitierten beim Vergleich Februar 1998 - Februar 1997 von der milden Witterung dieses Winters. Allerdings hat sich die Situation auch bei einigen Metall-, Mechaniker- und Maschinistenberufen gebessert, während die Arbeitslosigkeit z.B. bei den Ernährungsberufen unvermindert zunimmt.

Im Dienstleistungsbereich stieg die Zahl der Arbeitslosen auch zwischen Februar 1997 und 1998 noch einmal um ca. 4,3 Tsd. Personen an. Jedoch fiel der Zuwachs nicht mehr ganz so stark aus wie 1996/97. Den größten Anstieg der Arbeitslosigkeit gab es bei den Warenkaufleuten, den Verwaltungs- und Büroberufen und bei den Gesundheitsberufen, wobei die Zahlen bei den Verwaltungs- und Gesundheitsberufen zum Jahresbeginn 1998 (gegenüber Anfang 1997) nicht mehr so stark zugenommen haben wie 1997 gegenüber 1996.

6. Aktive Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein

Die Bekämpfung der sich stetig verfestigenden, außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit ist nach der im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeitsverteilung Aufgabe des Bundes. Wegen des starken Anstiegs der Zahl der Arbeitslosen und der für passive Versicherungsleistungen und aktive Arbeitsmarktpolitik entstandenen Kosten sowie der hohen Aufwendungen für den Vereinigungsprozeß ist der Bund in den vergangenen Jahren seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes bzw. von Vollbeschäftigung immer weniger nachgekommen. Er hat sich insbesondere aus der Finanzierung der notwendigen Programme und Projekte aktiver Arbeitsmarktpolitik immer weiter zurückgezogen und viele Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Länder und Kommunen abgewälzt. Diese mußten daher - notwendigerweise - zu einem ganz erheblichen Teil konzeptionell und finanziell bei der Gestaltung und Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik einspringen.

Die Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch einen hohen politischen und sachlichen Konsens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Kommunen, den sozialen Verbänden, den vielen freien Trägern, der Arbeitsverwaltung und dem Land. Die bewährte Zusammenarbeit innerhalb der **Regionalen Aktion Arbeit für Schleswig-Holstein** wird auch in Zukunft fortgesetzt werden. Von der Dynamik der erwarteten positiven wirtschaftlichen Entwicklung - gestützt durch längst überfällige bundespolitische Entscheidungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen -, von einer zwischen den Tarifvertragsparteien verantwortungsbewußt ausgehandelten Lohnentwicklung, von der politischen Entwicklung auf Bundesebene, von der Erhaltung der Förderungsmöglichkeiten über die Europäischen Strukturfonds sowie den arbeitsmarktpolitischen und den Haushaltsbeschlüssen der zukünftigen Bundesregierung wird es entscheidend abhängen, ob die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren erfolgreicher bekämpft wird und ob sie in größerem Ausmaß zurückgeführt werden kann als derzeit abschätzbar.

Aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit

Die im wesentlichen von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten und über Beitragsmittel und einen Bundeszuschuß finanzierte aktive Arbeitsmarktpolitik des Bundes in Schleswig-Holstein hat im Jahr 1997 insgesamt betrachtet weiter abgenommen.

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich im letzten Jahr trotz des leichten wirtschaftlichen Aufschwungs im letzten Quartal jahresdurchschnittlich wieder um rd. 600 auf 6.400 erhöht. Im Metallbereich ist sie im Laufe des Jahres etwas zurückgegangen, in der Bauwirtschaft aber hat sie wegen der sehr schlechten Auftragslage beträchtlich zugenommen. Der Anstieg gegenüber 1996 ging fast vollständig auf Kurzarbeit in Baubetrieben zurück.

Insbesondere aufgrund der Einschränkungen bei den zur Verfügung gestellten Mitteln hat die von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierte berufliche Weiterbildung 1997 erheblich an Bedeutung verloren. Die jahresdurchschnittliche Zahlen der Teilnehmer an Fortbildung, Umschulung und betrieblicher Einarbeitung blieben im vergangenen Jahr mit 10.700 um 3.300 (minus 23,5 %) hinter denen des Jahres 1996 zurück.

Beschäftigungschaffende Maßnahmen stützten 1997 den Arbeitsmarkt in geringerem Umfang. So fanden im Jahresdurchschnitt in Schleswig-Holstein mit 2.050 Frauen und Männern 300 oder 12,7 % Arbeitslose weniger eine befristete Beschäftigung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Die Zahl der mit Lohnkostenzuschüssen West nach § 242 s FAG geförderten Personen stieg dagegen um gut 230 auf 1.270 an. Die Bewilligung von Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose nach dem Bhi-Programm der Bundesregierung trug 1997 tendenziell auch in Schleswig-Holstein in etwas größerem Maße zur Beendigung von Arbeitslosigkeit bei als noch im Jahr davon. Dadurch konnten wesentlich geringer gewordene Förderzahlen bei Eingliederungsbeihilfen und Lohnkostenzuschüssen für ältere (über 50 Jahre alte) Arbeitslose ausgeglichen werden (genaue Zahlen für Schleswig-Holstein stehen noch nicht zur Verfügung).

Obwohl auch 1997 ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit bei der finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen lag, die sich eine eigene Existenz aufbauen, verlor die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit durch die Gewährung eines Überbrückungsgeldes nach § 55 a AFG - wahrscheinlich aufgrund der Einschränkung des Kreises der Berechtigten - etwas an Gewicht. Sie erhalten ihr Arbeitslosengeld oder ihre Arbeitslosenhilfe bis zu einem halben Jahr weiter. Die Arbeitsämter in Schleswig-Holstein förderten im Jahr 1997 2.400 Existenzgründerinnen und Existenzgründer, 1996 waren es noch 2.800 gewesen.

Die zum 01. April 1997 durch das Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG) neu eingeführten Förderinstrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik wurden unterschiedlich stark, insgesamt gesehen aber noch nicht in dem erwarteten Umfang angenommen.

Ziel von Arbeitstrainingsmaßnahmen (§ 53 a AFG) ist es, schwervermittelbare Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Bundesweit wurde diese neue Möglichkeit mit 97.800 Eintritten erfreulich gut in Anspruch genommen.

Mit Eingliederungsverträgen (§§ 54 a bis c AFG) können sich Arbeitgeber - ohne Kostenrisiko - und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zu einem halben Jahr „gegenseitig erproben“. Bis Ende des Jahres wurden bundesweit 950 von einem Kündigungsrisiko befreite Verträge abgeschlossen.

Einstellungszuschüsse bei Neugründungen (§ 55 b AFG) sollen die unbefristete Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Existenzgründungen unterstützen, die ohne diese Leistung keinen Arbeitsplatz finden können. Dies Instrument gewann im Laufe des Jahres allmählich an Gewicht. Bis Ende Dezember bewilligten die Arbeitsämter bundesweit ca. 5.500 mal entsprechende Zuschüsse.

Altersteilzeitverträge, die der zunehmenden Frühverrentung auf Kosten der Versichertengemeinschaft entgegenwirken sollen, wurden 1997 bundesweit für 6.100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewilligt. Hierfür würde eine gleichgroße Zahl von Arbeitslosen neu eingestellt.

Für diese neuen Instrumente liegen noch keine Werte für Schleswig-Holstein vor.

Arbeitsmarktprogramm des Landes

Das Arbeitsmarktprogramm des Landes „Arbeit für Schleswig-Holstein (ASH) III“ ist - wie seine Vorläufer - ein sozialpolitisch ausgerichtetes arbeitsmarktlches Ergänzungsprogramm zu den Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit und der Kommunen als Träger der örtlichen Sozialhilfe. Das Programm hat eine Laufzeit vom 01. Januar 1995 bis 31. Dezember 1999 mit zwei anschließenden Auslaufjahren und umfaßt ein Volumen von 180 Millionen DM Landesmitteln. Darüber hinaus nutzt das Land intensiv die Fördermöglichkeiten des Europäischen Sozialfonds (ESF). Aus Mitteln der Ziele 2, 3, 4 und 5b sowie der verschiedenen Gemeinschaftsinitiativen des ESF fließen jährlich über 20 Millionen DM zusätzlich ins Land, so daß im Förderzeitraum von ASH III über 300 Millionen an Landes - und ESF - Mitteln für arbeitsmarktlche Aktionen zur Verfügung stehen. Die Bundesanstalt für Arbeit und die Kommunen in Schleswig-Holstein stellen für Maßnahmen und Projekte, die auch über ASH gefördert werden, in der Regel ein Vielfaches der Landes- und ESF-Zuschüsse bereit. Durch diesen Finanzierungsmix aus BA, EU-, Landes- und kommunalen Mitteln sowie zunehmend auch von Eigenmitteln der Träger erfolgt eine Bündelung aller vorhandener Ressourcen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen in Schleswig-Holstein.

Die folgende Tabelle zeigt den Mittelbindungsstand in den einzelnen Programmpunkten. Danach konnten in der bisherigen Laufzeit vom 01. Januar 1995 bis zum 31.12.1997 rund 195 Millionen DM Landes- und ESF - Mittel für arbeitsmarktpolitische Aktionen bewilligt werden. Über 29.000 vormals arbeitslose Menschen konnten mit Hilfe der verschiedenen Förderprogramme durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ihre Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern. Der Anteil der Frauen liegt bei 40,5 Prozent. Die Kosten je Förderfall betragen knapp DM 6.700,- pro Jahr und liegen damit deutlich unter dem bei der Programmplanung zugrundegelegten Wert von DM 9.000,- pro Person und Jahr.

	Mittelbindungen	
	01.01.1995 bis 31.12.97	Veränderung 1997 gegenüber 31.12.1996
ASH III 1	55.501.454	21.688.248
ASH III 2	24.373.748	7.683.166
ASH III 3	7.375.634	-218.652
ASH III 4	10.085.977	5.671.266
ASH III 5	6.659.522	1.596.885
ASH III 6	4.758.668	1.970.215
ASH III 7	0	0
ASH III 8	7.544.638	2.994.549
Arbeitslosenberatung	534.377	272.937
Arbeit Plus	419.900	-18.100
LKZ-West	10.502.456	2.743.995
Ziel 2	11.892.844	3.735.614
Ziel 4	169.874	0
Ziel 5b	27.156.939	10.130.315
GI Beschäftigung	7.571.632	3.688.109
GI ADAPT	5.169.260	1.552.402
GI LEADER	488.615	488.615
GI KONVER	3.400.279	1.325.099
GI URBAN	1.174.160	1.174.160
Sonstiges	10.216.890	-343.410
Summe	194.996.867	66.135.413

Im Jahr 1997 wurden insgesamt rund 66 Millionen DM für arbeitsmarktliche Maßnahmen bewilligt. Ca. 13.000 Personen konnten vermittelt werden oder ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Der Frauenanteil an den geförderten Personen betrug rd. 37 Prozent.

Regionale Schwerpunkte der Förderung waren die kreisfreien Städte Lübeck (4.769) und Kiel (2.336). Von den Landkreisen hatten Nordfriesland (702), Rendsburg-Eckernförde (655) und Pinneberg (669) die meisten Förderfälle zu verzeichnen. Die wenigsten Förderfälle waren in den Landkreisen Lauenburg (137) und Segeberg (74). 4.696 bzw. 36 Prozent der geförderten Personen hatten ihren Wohnsitz in den vier kreisfreien Städten (Tabelle 22).

ASH III - Die einzelnen Programmpunkte

Im folgenden werden die einzelnen Programmpunkte der arbeitsmarktlichen Aktivitäten erläutert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die zur Verfügung stehende Statistik die kumulierten Daten über die **gesamte Förderlaufzeit** erfaßt. Jahresbezogene Statistiken werden als **Differenz** zu den Vorjahren ermittelt, so daß die in den Jahresstatistiken dargestellten Daten lediglich die in diesen Haushaltsjahren **neu bewilligten** Projekte widerspiegeln. Da die bewilligten Projekte jedoch häufig eine Förderlaufzeit von zwei Jahren haben, wird ein Teil der im Berichtsjahr bewilligten Mittel erst in den Folgejahren wirksam. Dies gilt auch für die in den einzelnen Programmpunkten geförderten Personen, die **im Jahr der Bewilligung** statistisch erfaßt werden. Diese Vorgehensweise führt dazu, daß in einzelnen Berichtsjahren in bestimmten Förderpunkten keine Förderzahlen ausgewiesen werden, da keine Neubewilligungen erfolgt sind. Daraus kann aber nicht der Schluß gezogen werden, daß im Berichtsjahr keine Personen im Rahmen dieser Programmpunkte gefördert wurden, da die in den Vorjahren bewilligten Projekte auch im Berichtsjahr weitergeführt werden. Diese Art der statistischen Datenerfassung wurde gewählt, um Doppelzählungen und damit eine Verfälschung der Wirksamkeit des ASH III - Programms zu vermeiden.

Negative Werte bei den Bewilligungen sind so zu interpretieren, daß bei Schlußrechnung einzelner Projekte die ursprünglich bewilligten Landes- bzw. ESF - Mittel nicht in voller Höhe ausgezahlt werden mußten. Dies kann z. B. dann der Fall sein, wenn die tatsächliche Teilnehmerzahl geringer ist als bei Antragstellung geplant war oder wenn Kosteneinsparungen erzielt werden konnten.

1. Zuwendungen für die arbeitsmarktliche Eingliederung von besonders schwer vermittelbarer Frauen und Männer (Langzeitarbeitslosenprogramm)

Ziel des „Langzeitarbeitslosen-Programms“ des Landes ist die Vermittlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Jugendliche, die wegen fehlender schulischer und/oder beruflicher Abschlüsse oder wegen anderer schwerwiegender Vermittlungshemmnisse keine dauerhafte Beschäftigung finden, sowie Langzeitarbeitslose mit besonders schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen werden in kombinierten Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen über ein bis zwei Jahre gefördert, um ihre arbeitsmarktliche Perspektive zu verbessern und eine Wiedereingliederung in das Beschäftigungssystem zu ermöglichen (Brückenfunktion). Die Maßnahmen können außerdem dem Ziel dienen, die Aufnahme einer Ausbildung beziehungsweise einer Fortbildung zu fördern, um gegebenenfalls einen anerkannten Abschluß zu erreichen. Die Arbeitslosen erhalten einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag, der entweder von der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM), Lohnkostenzuschuß (LKZ) - West nach § 242s AFG oder von der Kommune als Träger der örtlichen Sozialhilfe (Hilfe zur Arbeit (HzA)) gefördert wird. Das Land beteiligt sich an den notwendigen Kosten für Anleitungspersonal und den Sachkosten.

1997 wurden insgesamt 21,7 Millionen DM für neue ASH III 1 - Projekte bewilligt. 2.760 Personen erhielten hierdurch die Möglichkeit, ihre Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Der Frauenanteil an den geförderten Personen beträgt 33 Prozent. Dies liegt unter dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Inhaltliche Schwerpunkte der Projekte sind der Umwelt-, der soziale und der grüne Bereich (z. B. ökologische Landschaftspflege).

2. Förderung von allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

Mit den ABM-Landesmitteln soll insbesondere arbeitslosen Frauen, jüngeren Arbeitslosen ohne beruflichen Abschluß, Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Schwerbehinderten sowie älteren Arbeitslosen geholfen werden, wieder Anschluß an das Berufsleben zu finden. Die Landesförderung konzentriert sich auf solche Projekte, die zur Sicherung ihrer Durchführbarkeit einer verstärkten Förderung im Rahmen des § 96 AFG aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und entsprechender Komplementärmittel des Landes bedürfen. Der Landeszuschuß ist dabei in der Regel zur Restfinanzierung der Lohnkosten der vom Arbeitsamt zuzuweisenden Arbeitskräfte einzusetzen.

Die Jahresstatistik 1997 weist einen Betrag von rund 7,7 Millionen DM bewilligte Landesmittel aus, mit denen 484 Personen gefördert werden. Der Anteil der Frauen beträgt rd. 45 Pro-

zent. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß bei den Teilnehmerzahlen im Programmpunkt ASH III 2 nur diejenigen erfaßt werden, die nicht noch zusätzlich über die Programmpunkte ASH III 1, ASH III 3 und Ziel 5b gefördert werden. Auf diese Weise werden Doppelzählungen vermieden. Insgesamt dürfte die Zahl der über ASH III 2 geförderten Personen im Jahr 1997 bei rund 1.400 liegen.

3. Kofinanzierung Europäischer Sozialfonds

Wesentliche Teile des ASH III - Programms sind über den Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe von Europäischen Gemeinschaftsinitiativen, für die im Arbeitsmarktprogramm keine speziellen Förderpunkte vorgesehen sind. Damit diese zusätzlichen europäischen Mittel im Land genutzt werden können, hat das Land Schleswig-Holstein sowohl hierfür als auch für arbeitsmarktliche Modellvorhaben, für die noch keine konkreten Programmstrukturen auf europäischer Ebene existieren, eine Möglichkeit der finanziellen Beteiligung im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten geschaffen. Gefördert werden insbesondere Qualifizierungsprojekte für Arbeitslose und für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger.

1997 wurden z. B. im Rahmen dieses Programmpunktes drei Modellprojekte im Bereich Dienstleistungsagenturen gefördert. Wenn trotz der Förderung dieser Modellprojekte für 1997 eine „negative“ Bewilligung in Höhe von DM 218.000,- zu verzeichnen ist, so liegt daß an schlußgerechneten Projekten aus den Vorjahren, bei denen die tatsächlich auszahlenden Landes- und ESF - Mittel reduziert werden konnten.

4. Beschäftigung und Qualifizierung von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern (Arbeit statt Sozialhilfe)

Die Zahl der Frauen und Männer, die nach Verlust des Arbeitsplatzes und längerer Arbeitslosigkeit zur Sicherung ihres und des Lebensunterhaltes ihrer Familie auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist in den vergangenen Jahren ständig angestiegen. Man spricht in diesem Zusammenhang von der zunehmenden „Kommunalisierung der Arbeitslosigkeit“. Mit der Förderung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungs- und Qualifizierungsverhältnisse für diesen Personenkreis will das Land einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Sozialhilfeempfänger/-innen und deren persönlichen und familiären Umfeldes leisten. Längerfristig wird darüber hinaus auch eine Entlastung der Kommunen und des Landes bei den für die Sozialhilfe zu leistenden Aufwendungen angestrebt.

Voraussetzung für die Gewährung der Zuschüsse war bis Ende 1996, daß zusätzliche Arbeits- und Qualifizierungsgelegenheiten im **gemeinnützigen Bereich** (§ 19 Abs. 2 BSHG) geschaffen wurden. Ausgenommen von der Förderung waren somit Beschäftigungsverhältnisse im nicht-gemeinnützigen Bereich, die von den Kommunen z. B. mit Hilfe von Lohnkostenzuschüssen direkt in Betrieben initiiert wurden. Auf Anregung der Sozialministerin hat die „Regionale Aktion Arbeit für Schleswig-Holstein“ empfohlen, auf diese Einschränkung zu verzichten. Seit dem 01.01.1997 können die Kommunen als Träger der örtlichen Sozialhilfe für alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nach §§ 18 und 19 BSHG einen Landeszuschuß beantragen. Der Zuschuß beträgt für das erste Jahr DM 2.400,- und für das zweite Jahr weitere DM 5.400,-. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger entsprechend ihrer persönlichen Voraussetzungen im Rahmen der Beschäftigung am Arbeitsplatz und durch zusätzliche Angebote zu qualifizieren sind. Der Anteil theoretischer Qualifizierung muß mindestens 5 Prozent und der der Qualifizierung am Arbeitsplatz mindestens 45 Prozent betragen.

In den Jahresübersichten (Tabellen 21 und 22) sind für 1997 845 geförderte Personen ausgewiesen. Der Frauenanteil beträgt 37 Prozent. Dies liegt unter dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Im Hinblick auf die in der Regel nur halbjährlich rückwirkend vorgenommenen Abrechnungen der Kommunen spiegelt diese aus Jahreszahldifferenzen statistisch hergeleitete Zahl das tatsächliche Maß der Förderung nur unvollständig und verzerrt wieder. Aufgrund der im Jahr 1997 gemachten und sich auch in den ersten Monaten 1998 fortsetzenden Erfahrungen geht das MAGS davon aus, daß jahresdurchschnittlich zwischen 1.800 und 1.900 ehemalige HZL-Empfängerinnen und -Empfänger über diesen Programmpunkt gefördert werden. Diese Zahl korrespondiert mit der in der Jahresübersicht auf Seite 36 dargestellten Mittelbindung von rund 5,7 Mio DM für das Jahr 1997.

5. Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen und Männer

Ziel dieses Programmteils ist es, Weiterbildungs- und Betreuungsmaßnahmen für arbeitslose Männer und Frauen mit innovativen Inhalten zu bezuschussen, wenn die Arbeitsverwaltung nicht die Möglichkeit hat, neue Ansätze, Modellvorhaben oder Bausteine bei Qualifizierungs- oder Weiterbildungslehrgängen in vollem Umfang zu finanzieren. Dies gilt z. B. für Maßnahmen, an denen überwiegend oder ausschließlich Frauen oder Langzeitarbeitslose teilnehmen, ebenso wie für bei inhaltlich besonders hochwertiger Projekte, bei denen die Vermittlungschancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Arbeit besonders groß sind.

1997 konnten mit 1,6 Millionen DM bewilligten Landesmitteln insgesamt 5.300 Personen gefördert werden. Der Frauenanteil beträgt 50 Prozent. Regionaler Schwerpunkt der Förde-

rung war die Hansestadt Lübeck, wo insgesamt für über 4.000 Personen Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt wurden (davon rd. 2.400 bei Neue Lübecker Wege, einem Kooperationsprojekt der Kreishandwerkerschaft mit mehreren örtlichen Bildungsträgern).

6. Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses

Übergeordnetes Ziel aller arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist die Vermittlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Eine dauerhafte Integration in die Arbeitswelt ist in aller Regel nur über eine qualifizierte Ausbildung zu erreichen, für die wiederum der Hauptschulabschluß eine wesentliche Voraussetzung ist. Gefördert werden Kurse, die sich aus einem schulischen Teil (Vorkurs) und einer kombinierten Bildungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahme zusammensetzen.

1997 erhielten 428 Jugendliche die Möglichkeit, im Rahmen von mit rund 2 Millionen DM Landesmitteln geförderten Kursen ihren Hauptschulabschluß nachzuholen. Wie hoch der Anteil der jungen Frauen an den geförderten Personen sein wird, läßt sich erst im Rahmen der Schlußverwendungsnachweise ermitteln. Aufgrund von Erfahrungen ist davon auszugehen, daß Frauen und Männer etwa in gleicher Zahl hieran teilgenommen haben.

7. Zuwendungen für die Qualifizierung von teilzeitbeschäftigten Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern

Ziel der Maßnahme sollte es sein, von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Menschen den Übergang von der Berufsausbildung in eine Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Die Landesförderung war gedacht für eine ergänzende Förderung von Teilzeitweiterbildungsmaßnahmen für junge Erwachsene, denen nach Abschluß der Berufsausbildung der Start in das Berufsleben nur im Rahmen von Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden konnte. Um die Berufschancen der jungen Erwachsenen weiter zu verbessern, soll parallel zur Teilzeitbeschäftigung eine auf den Inhalten des Ausbildungsberufes aufbauende Weiterqualifizierung angeboten werden, die vom Land bezuschußt werden kann.

Bisher sind noch keine Anträge auf Förderung im Rahmen dieses Programmpunktes gestellt worden. Weder die Arbeitsämter noch Weiterbildungsträger haben eine plausible Erklärung für diese angesichts der hohen Arbeitslosigkeit Jugendlicher an sich erstaunliche Nichtanspruchnahme.

8. Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Frauen und Männer

Der Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Frauen und Männer und die Förderung des Ausbildungsplatzangebotes für diesen Personenkreis soll bewirkt werden durch Förderung der Beschäftigung bzw. Ausbildung besonders betroffener oder längerfristig arbeitsloser Schwerbehinderter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Die Maßnahmen werden aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gefördert.

1997 wurden insgesamt 75 Schwerbehinderte gefördert, davon waren ein Drittel Frauen. Dies liegt unter dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Rund 3 Millionen DM aus der Ausgleichsabgabe wurden hierfür aufgewendet.

Neue Wege, Zielregionen und Gemeinschaftsinitiativen

Zusätzlich zu den vorstehend erläuterten Teilen des Arbeitsmarktprogramms sind auch im Jahr 1997 mit Landesmitteln ergänzende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen neu konzipiert bzw. weiterentwickelt und zum Teil im Rahmen modellhafter Erprobungen anfinanziert worden. Darüber hinaus wurden mit ergänzenden Zuschüssen aus dem ESF eine Vielzahl von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten gefördert, die in von der europäischen Kommission vorgegebenen speziellen Zielgebieten durchgeführt oder im Rahmen von sektoralen Gemeinschaftsinitiativen eingerichtet werden konnten.

Förderung von Arbeitslosenberatung und Arbeitsloseninitiativen

In vielen Kommunen des Landes haben sich Arbeitslose zu Selbsthilfegruppen und Initiativen zusammengeschlossen, um ihre Probleme gemeinsam besser bewältigen zu können. Darüber hinaus sind eine Reihe von festen Beratungsstellen eingerichtet worden. Die hier geleistete Arbeit ist eine wertvolle ergänzende Hilfe zu den vorhandenen Möglichkeiten der Arbeitsämter und Sozialämter, die Situation der arbeitslosen Frauen und Männer sozialverträglich zu gestalten und darüber hinaus konkrete Ansatzpunkte für eine neue Beschäftigung zu erhalten.

1997 wurden in Schleswig-Holstein mit rd. 270.000 DM Landesmitteln insgesamt 14 Arbeitslosenberatungsstellen oder -initiativen gefördert.

Arbeit Plus

Mit „Arbeit Plus“ sollte modellhaft der konkrete Versuch unternommen werden, das Politikfeld „Bau von Kindertagesstätten“ mit einem arbeitsmarktlichen Ansatz zu verknüpfen. Ziel war es, den Bau von solchen Einrichtungen im Vergabeverfahren durch die Einbindung von zusätzlich einzustellenden, sozialversicherungspflichtig beschäftigten Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern oder schwer vermittelbaren Arbeitslosen zu erproben. Die Beschäftigung der Arbeitslosen wurde durch eine parallel stattfindende soziale und fachliche Qualifizierung ergänzt.

1997 konnten die drei mit Landesmitteln geförderten Modellvorhaben schlußgerechnet werden. Mit rund DM 420.000,- konnten insgesamt 13 vormals langzeitarbeitslose Männer dauerhaft in eine Beschäftigung vermittelt werden; Frauen konnten für die angebotenen Tätigkeiten im Bausektor nicht gewonnen werden.

Ergänzende Landeszuschüsse für Projekte nach § 242 s AFG (LKZ-West)

Im Rahmen des § 242s - AFG kann die Bundesanstalt für Arbeit die zusätzliche Beschäftigung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen in den Bereichen Umwelt, soziale Dienste und der Ju-

gendhilfe fördern. Der ergänzende Landeszuschuß ist als zusätzliche Anschubfinanzierung und zum teilweisen Ausgleich der anfänglich zu erwartenden Minderleistung bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen bestimmt.

1997 wurden insgesamt 2,7 Millionen DM für Maßnahmen nach § 242 s AFG bewilligt. Gefördert wurden 510 Personen, davon 210 Frauen (41 %).

Ziel 2 - Förderung des Europäischen Sozialfonds

Die Ziel 2 - Förderung der Europäischen Union soll die Umstellung der Regionen unterstützen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung erheblich betroffen sind. Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds werden zwei Schwerpunkte gefördert:

- Qualifizierung statt Arbeitslosigkeit
- Sicherung der Beschäftigung

In Schleswig-Holstein sind lediglich Teile der Landeshauptstadt Kiel (wie z. B. das Sanierungsgebiet Hörn mit angrenzenden Stadtteilen, die Stadtteile Wik und Friedrichsort sowie das Gewerbegebiet Wellsee) in die von Brüssel festgelegte Fördergebietskulisse einbezogen.

1997 wurden 3,7 Millionen DM für neue Projekte aus Mitteln des ESF bewilligt, mit denen 244 Personen gefördert werden.

Ziel 4 - Förderung des Europäischen Sozialfonds

Im Rahmen der Ziel 4 - Förderung der Europäischen Union soll die Anpassung der Arbeitskräfte an den industriellen Wandel und an Veränderungen der Produktionsprozesse erleichtert werden. Der Europäische Sozialfonds soll dabei Maßnahmen zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und des Bedarfs an beruflicher Qualifikation einschließlich neuer Beschäftigungsfelder fördern.

Das einzige derzeit laufende Projekt wurde 1995 bewilligt. Weitere Projekte konnten jedoch in den ersten Monaten des Jahres 1998 auf den Weg gebracht werden.

Ziel 5b - Förderung des Europäischen Sozialfonds

Mit der Ziel 5b - Förderung der Europäischen Union soll die Entwicklung des ländlichen Raums durch die Strukturanpassung der ländlichen Gebiete erleichtert werden. Fördergebiete in Schleswig-Holstein sind die Kreise Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg (jeweils ohne Kreisstädte) und Teile des Kreises Rendsburg-Eckernförde. Im Rahmen des Europäischen Sozial-

fonds werden Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Beschäftigte aus dem Agrarbereich gefördert.

1997 wurden in den vier Ziel 5b - Kreisen Projekte mit einem ESF - Volumen von 10,1 Millionen DM für insgesamt 1.178 Teilnehmerinnen und Teilnehmer neu bewilligt.

Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung

Für 10 Projekte der Gemeinschaftsinitiative BESCHÄFTIGUNG - Förderphase 1998 bis 1999 - konnten 1997 die Bewilligungsbescheide mit einem ESF-Fördervolumen von insgesamt 3,7 Mio DM ausgestellt werden. Einschließlich der nationalen öffentlichen und privaten Kofinanzierungen stehen 15,2 Mio DM für die berufliche Integration von arbeitslosen Menschen mit Behinderungen und sozialen Benachteiligungen zur Verfügung. Diese Förderungen kommen knapp 40 Frauen und Männern zugute.

Zielsetzung der im Aktionsbereich **HORIZON** geförderten Projekte sind u.a.

- Trainings- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Behinderungen im Rahmen eines Fountain-House-Projektes, einer Zuverdienstfirma und von Integrationsbetrieben,
- Entwicklung eines Tourismuskonzeptes von Behinderten für Behinderte.

Die Unterstützung von **Drogenabhängigen** steht im Mittelpunkt des Aktionsbereiches **INTEGRA**; u.a. mit

- Arbeitstraining in einer Siebdruckwerkstatt/Kunstabzweig,
- Arbeitsprojekt für Substituierte mit den Arbeitsbereichen Café, CD-Brennerei, EDV und Holzwerkstatt,
- Erweiterung eines transnationalen Beschäftigungsverbundes um technologieorientierte Qualifizierungs- und Beschäftigungselemente.

Darüber hinaus sollen

- zielgruppenorientierte Maßnahmen **jungen Migrantinnen** im Rahmen eines lokalen Verbundsystems einen besseren Zugang in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Gemeinschaftsinitiative ADAPT

Die Gemeinschaftsinitiative ADAPT dient der Erleichterung der Anpassung der Arbeitnehmer/innen an den industriellen Wandel und wird aus dem Ziel 4 des Europäischen Sozialfonds

finanziert. Die Transnationalität mit europäischen Partnern ist auf Projektebene eine unerläßliche Fördervoraussetzung.

Für die **präventive Anpassung von Arbeitnehmern an den strukturellen Wandel** stehen in Schleswig-Holstein in der 2. Förderphase (1998 - 1999) 8,2 Mio DM Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Aufgrund der nur unzureichend zur Verfügung gestellten nationalen Kofinanzierungsmittel zeichnete sich erst Ende 1997 ab, daß sämtliche für Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Mittel gebunden werden können. Zur Förderung vorgesehen sind insgesamt **15 Projekte**, wie z.B.

- Jobrotation,
- Tourismus-Mobilitätssauskunft,
- hochschulnahe Existenzgründungsberatung.

Einen breiten Raum nimmt die Förderung von Projekten im Bereich der **Informations- und Kommunikationstechnologien** ein.

Gemeinschaftsinitiative LEADER

Die Gemeinschaftsinitiative LEADER ergänzt die Aktivitäten der Europäischen Strukturfonds im Ziel 5b zur Entwicklung der ländlichen Räume.

Die zwei 1997 im Bereich der Europäischen Strukturfonds bewilligten Projekte haben die **Beschäftigung und Qualifizierung von Personengruppen im ländlichen Raum** zum Ziel. Das Projekt „Servicebörse - Modellhafte (Teilzeit-) Existenzgründungen und neue Beschäftigungen für Frauen im Dienstleistungsbereich der strukturschwachen ländlichen Räume“ ist durch das Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau auf den Weg gebracht worden und wird vom Landfrauenverband mit einer Laufzeit von drei Jahren umgesetzt.

Als zweites wird über das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein Projekt zur **Integration von Sozialhilfeempfängern** in den Arbeitsmarkt durch Vermittlung, Zeitarbeit und Qualifizierung für die Kreise Dithmarschen und Nordfriesland gefördert. Den größten Teil der nationalen Kofinanzierung bringen die Kommunen und Betriebe (Beteiligung an den Personalkosten der Leiharbeitnehmer) ein. Der ESF übernimmt die Kosten für die Qualifizierung.

Gemeinschaftsinitiative KONVER

Mit Hilfe der Gemeinschaftsinitiative KONVER werden neue Beschäftigungsperspektiven für den Personenkreis der konversionsbedingt Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten geschaf-

fen. Neben Projekten der beruflichen Bildung und Qualifizierung wurde auch die Einarbeitung des genannten Personenkreises in neue Tätigkeitbereiche sowie Existenzgründungen unterstützt. Die Förderungen im Bereich der Einarbeitung und der Existenzgründung erreichten über 150 Personen. Die Bundesanstalt für Arbeit ergänzte die Mittel des Europäischen Sozialfonds bei weiteren Bildungsprojekten. 1997 wurden insgesamt 214 Personen über die Gemeinschaftsinitiative KONVER mit 1,3 Mio DM gefördert.

Gemeinschaftsinitiative URBAN

Nach den Leitlinien der Europäischen Kommission fördert die Gemeinschaftsinitiative URBAN Stadtteile von Mittelstädten (mehr als 100.000 Einwohner) durch die Verbesserung von Infrastrukturen und die Sicherung der Beschäftigung auf lokaler Ebene. Das Land Schleswig-Holstein hat im Ziel 2-Gebiet die Stadtteile auf dem Kieler Ostufer hierfür ausgewiesen. Es ist vorgesehen, daß die beiden Strukturfonds EFRE und ESF sich mit einem Zuschuß von 13,2 Mio. DM beteiligen. In die Umsetzung der ESF-Maßnahmen zur sind neben dem Arbeits- auch das Bildungs- und Wissenschaftsministerium eingebunden.

1997 konnten Projekte mit einem ESF - Volumen von 1,2 Millionen DM bewilligt werden, die für die Förderung von ca. 330 vorher arbeitslosen Personen bestimmt sind.

Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Unter verschiedenen Aspekten werden z.Z. bundesweit Form, Umfang und Methodik der Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen diskutiert.

Der Landesrechnungshof hat im Jahr 1997 die Übertragung und Abwicklung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen überprüft und ist in seinen Bemerkungen 1998 bei dem von ihm geprüften Langzeitarbeitslosenprogramm (ASH III 1) zu der Bewertung gelangt, die Erfolgskontrolle sei nicht effektiv und die Maßnahmekosten in Höhe von durchschnittlich 53.000 DM pro Teilnehmerplatz seien zu hoch.

Das Sozialministerium ist dem entgegengetreten und hat seine Auffassung deutlich gemacht, nach der die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt nicht das einzige Kriterium einer Bewertung sein darf. Naturgemäß sind bei der Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen und schweren Vermittlungshemmnissen die Integrationschancen besonders gering. Die Verbesserung der Vermittlungsaussichten und die psychosoziale Stabilisierung sind bereits ein Erfolg - bei der alleinigen Zielsetzung einer Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muß ein integratives Programm bei Schwerstvermittelbaren schlechte Ergebnisse aufzeigen.

Aufgrund der Anregungen des Landesrechnungshofes sollen anonymisierte Teilnehmerdaten möglichst vollständig erfaßt und künftig konsequenter ausgewertet werden. Im übrigen wird erwogen, den Verbleib von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in bestimmten Zeitabständen nach Abschluß der Maßnahmen zu dokumentieren. Dadurch soll die Effektivitätskontrolle weiter verbessert werden.

Im übrigen müssen den vom Landesrechnungshof ermittelten Durchschnittskosten die volkswirtschaftlichen Alimentierungskosten für Arbeitslose gegenüber gestellt werden. Diese betragen nach den von der Bundesregierung veröffentlichten und durch das IAB ermittelten Zahlen für 1996 über 40.000 DM (Transferleistungen, Steuer- und Beitragsausfälle). Schwerstvermittelbare wegen der Maßnahmekosten von Qualifizierung und Beschäftigung auszuschließen würde bedeuten, sie wegen des „statistischen Eingliederungserfolges“ zugunsten anderer Gruppen von Arbeitslosen von Fördermaßnahmen auszugrenzen. Bei allem Bemühen um mehr Vermittlungserfolge muß ein sozialpolitisch ausgerichtetes Arbeitsmarktprogramm schon die Verbesserung der Chancen aller am Arbeitsmarkt Benachteiligten zum Ziel haben, nicht aber die Bestätigung der Tatsache, daß wenig oder nicht Benachteiligte nach wie vor leichter in Arbeit vermittelt werden können. Die für diese schwierige Aufgabe zur Verfügung stehenden Instrumente gehen auf bundesgesetzliche Vorschriften und Rahmenbedingungen zurück, an der sich Landesförderung und EU-Förderung ausrichten.

Arbeitsmarktpolitik 1998 mit neuen Akzenten

Für die Fortsetzung und Neuauflage des Programms gilt es, immer wieder innovative Ansätze zu initiieren und zu fördern, die Entwicklungen und Veränderungen am Arbeitsmarkt prospektiv aufgreifen und mit integrativen Ansätzen verbinden. Beispiele hierfür sind:

- weitere Verzahnung von Wirtschafts-, regionaler Struktur-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik;
- die Ausweitung der Förderung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten für bereits längere Zeit vom ersten Arbeitsmarkt ausgegrenzte Frauen und Männer statt für sie Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe als passive Leistung zu zahlen;
- die Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Arbeitsämtern - bis hin zur gemeinsamen Erfüllung der Beratung, Eingliederungsplanung und Vermittlung wurde und wird intensiviert. Dies ist das Ziel einer Vereinbarung zwischen den Sozialämtern der Kreise und kreisfreien Städte einerseits und den Arbeitsämtern im Lande andererseits, die im Sommer 1997 in einem von der Arbeitsministerin und dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Nord moderierten Prozeß verabredet worden ist. Diese Vereinbarung hat die Bundesanstalt für Arbeit aufgegriffen und bundesweit als Modell propagiert,
- die Unterstützung der Direktvermittlung von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt im Auftrage der Kommunen. Die steigende Zahl sehr unterschiedlich strukturierter Beratungs- und Vermittlungseinrichtungen auf kommunaler Ebene und die wachsende Akzeptanz dieser Aktivitäten bestätigen diesen Weg;
- die Förderung der Beschäftigung im Privathaushalt über Agenturen für Dienstleistungen im haushaltsnahen Bereich. Drei Modellprojekte sind mit dem Ziel auf den Weg gebracht worden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger zu schaffen, geringfügige und damit sozial ungesicherte Beschäftigung abzubauen und Schwarzarbeit in diesem Bereich zu verringern;
- das Projekt Beschäftigung und Ehrenamt. Angesichts der Dimension der Arbeitslosigkeit müssen auch neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden. Nach der Überzeugung des MAGS gibt es Betätigungsmöglichkeiten vor allem noch im sogenannten - Dritten, dem Sozialen Sektor (neben Wirtschaft und Staat), und zwar in der Verknüpfung mit ehrenamtlicher Arbeit und freiwilligem Engagement. Mit zwei hierauf abzielenden Modellprojekten wird der Versuch unternommen, das Problem „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ konstruktiv mit ehrenamtlicher Betätigung zu verbinden;
- eine präventive Arbeitsmarktpolitik zur Abwendung drohender Arbeitslosigkeit mit Maßnahmen zur Begleitung des notwendigen Strukturwandels der Unternehmen und zur Abfederung dabei entstehender Beschäftigungsprobleme. Die Vorbeugung mit Maßnahmen der Qualifizie-

rungs- und der Beschäftigungsförderung wird so ausgestaltet, daß sie als Bindeglied von Arbeitsmarktpolitik zur Wirtschafts-, Struktur- und Regionalpolitik wirken kann.

Im Planungsstadium sind derzeit im wesentlichen folgende Vorhaben:

- **Ausbildung statt Sozialhilfe**

Trotz der erfolgreichen Bilanz des „Bündnisses für Ausbildung“ und seiner von den Arbeitsfeldern her ausgeweiteten Neuauflage in 1998 gibt es nach wie vor eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und einen Mangel an Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche. Es müssen Wege gefunden werden, Sozialhilfekarrieren und Perspektivverlusten frühzeitig wirkungsvoll zu begegnen. Daher werden aus Mitteln des Programms ASH III 4 ausbildungsberechtigte Unternehmen, Betriebe und Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts gefördert, wenn sie zusätzliche Ausbildungsverhältnisse mit jungen Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt begründen.

- **Telearbeit**

In der Qualifizierung insbesondere von arbeitslosen Frauen für die neue arbeitsmarktliche Organisations- und Kommunikationsform „Telearbeit“ bestehen Chancen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von familien- und erwerbsbezogener Beschäftigung, für zukunftsorientierte Arbeitsplätze sowie innovative und flexible Arbeitszeitformen. Weil nach den bisherigen Erkenntnissen die Akzeptanz auf Arbeitgeberseite vor allem bei kleineren Unternehmen und im Handwerk noch nicht sehr ausgeprägt ist, wird ein Modellprojekt beim Arbeitsamt Flensburg unterstützt, das zum Ziel hat, diese Defizite aufzuarbeiten. Die gleichzeitig vorgesehene wissenschaftliche Begleitung soll Aufschlüsse darüber geben, wie die Probleme sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite abgebaut werden können. Die Weiterentwicklung des Telearbeitsmarktes wird ein wichtiges Thema im Rahmen der Ostseekooperation sein.

- **Jobrotation**

Jobrotation kombiniert die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Betrieben mit der zunächst zeitlich befristeten Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen von „Stellvertretungen“. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten die Möglichkeit, durch Weiterbildung ihre persönlichen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten auszubauen und zu vervollkommen. Da dies in der Regel im hierfür zeitlich notwendigen Umfang „nebenher“ nicht durchgeführt werden kann, ist eine Freistellung der Beschäftigten notwendig. Da die Arbeit im Betrieb weiter erledigt werden muß, wird vom Unternehmen eine Ersatzkraft eingestellt, die auf den Arbeitsplatz bezogen vorqualifiziert und eingearbeitet ist. Dieses neue, aus dem skandinavischen Raum - insbesondere aus Dänemark - nach Deutschland übernom-

mene Arbeitsmarktmmodell kann insbesondere bei Betrieben eingesetzt werden, die Personalentwicklungsprozessen gegenüber aufgeschlossen sind.

Ein Modellprojekt im Bereich des Arbeitsamtes Lübeck wird aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative ADAPT, über die der notwendige Strukturwandel von Unternehmen durch Qualifizierung von Mitarbeitern moderiert werden kann, gefördert. Zwei Unternehmen aus der Region haben ihre Zusammenarbeit in diesem Modellprojekt bereits angekündigt.

Bei der Übertragung der dänischen Modelle müssen Reibungsverluste und damit Erfolgsbeschränkungen aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen hingenommen werden. Das dänische Arbeitsförderungsrecht stellt ein einheitliches Instrument zur Verfügung, während in Deutschland unterschiedliche Förderinstrumente aufwendig aufeinander abzustimmen sind; die Finanzierung im Rahmen der Arbeitsförderung erfolgt in Dänemark steuerfinanziert, in Schleswig-Holstein müssen Maßnahmen an die beitragsfinanzierten Sozialversicherungssysteme angepaßt werden; Dänemark profitiert von einem arbeitsmarktpolitischen Konsens und darauf basierenden Vereinbarungen, wohingegen in Deutschland ein bundesweit wirkungsvolles Bündnis für Arbeit nicht zustande gekommen ist.

- **Geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

In den vergangenen Jahren sind in zahlreichen Wirtschaftsbereichen Arbeitsplätze in erheblichem Umfang abgebaut worden. Hiervon waren und sind geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überproportional betroffen. Der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung an den Arbeitslosen liegt deutlich höher als ihr Anteil an den Beschäftigten. Nach allen vorliegenden Prognosen wird sich die Situation in den nächsten Jahren noch weiter verschlechtern. Die dauerhafte Ausgrenzung Geringqualifizierter kann nicht hingenommen werden. Angesichts der höchst unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen der Zielgruppe sind Anstrengungen und Modellmaßnahmen zu unterstützen, die die verschiedenen Ansätze erproben, wie z.B.: Lohnkostensubventionen in Form ermäßigter Lohnzusatzkosten (Sozialversicherungsbeiträge); Verknüpfung mit Beschäftigungen im Rahmen von Zeitarbeitsverträgen; Jobrotationsangebote; Dienstleistungspools u.a.m.

Flankierende Maßnahmen

Abbau von Überstunden

In Deutschland wurden 1997 insgesamt 1,8 Mrd. Überstunden legal geleistet, das sind statistisch 59 Std. Mehrarbeit im Jahr je Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer. Die Überstunden verteilen sich gleichmäßig auf West- und Ostdeutschland und relativ gleichmäßig auf die Wirtschaftssektoren und Branchen und auf die unterschiedlichen Betriebsgrößen, d.h., es werden „überall“ Überstunden gemacht. Daran wird deutlich, daß ein völliger Abbau von Mehrarbeit nicht möglich sein wird. Überstunden sind zwar ein notwendiges Element der Flexibilisierung der Unternehmen gegenüber innerbetrieblichen Engpässen sowie gegenüber Auftragsschwankungen. Allerdings wird von kompetenter wissenschaftlicher Seite, u.a. auch vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), eine Reduzierung der Mehrarbeit von rd. 40 v.H. durch flexible Handhabung von Arbeitszeitverteilung, Leiharbeit und befristeter Beschäftigung für möglich gehalten. Hier müssen mit den Tarifpartnern Modelle entwickelt werden. Konkrete Erfolge in diesem Feld sind als Baustein einer Umverteilung von Arbeit in der Gesellschaft unerlässlich.

Bekämpfung von Schwarzarbeit und Leistungsmißbrauch

In einigen Bereichen (vor allem beim Bau und Ausbaugewerbe sowie in der Gastronomie) tritt Ausnutzung bzw. Mißbrauch sozialer Leistungen praktisch täglich offen zutage. Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer bzw. Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen/Sozialhilfeempfänger sind hieran gleichermaßen beteiligt. Dies geschieht immer zum Nachteil der solidarisch finanzierten Sozialversicherungssysteme sowie der Steuern und oftmals zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Lohndumping und fehlenden Versicherungsschutz. Damit werden Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verhindert und die Wettbewerbsfähigkeit normal arbeitender Betriebe beeinträchtigt. Deshalb muß ein deutlicher Bewußtseinswandel in Gang gesetzt werden, denn Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Der Bußgeldrahmen muß ausgeschöpft, „Schwarze Schafe“ unter den Auftraggebern von weiteren Aufträgen ausgeschlossen werden. Durch das 1. SGB III - Änderungsgesetz sind die Kompetenzen der Verfolgungsbehörden erweitert worden. Dadurch hat sich die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden verbessert. Die insgesamt verstärkten Kontrollen bei der Bekämpfung von Leistungsmißbrauch, illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit haben bereits deutliche Erfolge gezeigt.

Zukunft der Arbeit

Der Prozeß der notwendigen strukturellen Veränderungen des Erwerbsarbeitsmarktes erfordert flankierend eine mittel- bis langfristig angelegte Teilsubventionierung bestimmter Segmente des Arbeitsmarktes und insbesondere der Arbeitsplätze für geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ergänzend sind neue Formen von Beschäftigung und des ehrenamtlichen Engagements im Dritten, dem gemeinnützigen Sektor zu entwickeln. Erforderlich sind neben einer immateriellen Aufwertung und einer neuen Wertschätzung dieses Engagements hinreichende Rahmenbedingungen bis hin zur Verfügbarkeit einer entsprechenden sächlichen und organisatorischen Grundausstattung. Konkrete Maßnahmen müssen verbunden werden mit einem Umbau des derzeitigen Sozialsystems in Richtung auf eine finanzielle Absicherung für alle sich unentgeltlich und ehrenamtlich zum Wohle der Allgemeinheit einsetzenden Bürgerinnen und Bürger. Diese erst in Ansätzen skizzierbare Entwicklung hat neben nicht zu verkennenden Risiken außerordentlich hoch zu bewertende positive Entwicklungschancen, wenn es gelingt, die damit verbundenen Verteilungsprobleme einer sozialverträglichen Lösung zuzuführen.

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1:
Entwicklung der Arbeitslosigkeit bis Februar 1998
Datenstand: März 1998

Arbeitslosenzahlen und -quoten, September 1997 bis Februar 1998
(Bezugsgröße bei den Arbeitslosenquoten: abhängige zivile Erwerbspersonen)
Jahresdurchschnittswerte für 1997
Vergleich der Befunde Herbst/Winter 1997/98 mit denen des Vorjahres
Statistische Berichte des Landesarbeitsamtes Nord

Schleswig-Holstein

Monat		Arbeitslose in Tsd.	Veränderung zum Vorjahr (%)	Arbeitslosen- quote (%)	Arbeitslosen- quote (Vorjahr)
Sept.	1997	120,2	+10,9	10,6	9,6
Okt.	1997	122,1	+10,3	10,7	9,8
Nov.	1997	127,4	+ 9,1	11,2	10,3
Dez.	1997	135,4	+ 9,2	11,9	11,0
Jan.	1998	143,8	+ 3,4	12,6	12,3
Feb.	1998	144,1	+ 3,2	12,7	12,3
JD	1996	113,1	+10,7	10,0	
JD	1997	126,8	+12,2	11,2	

Bundesgebiet West

Monat		Arbeitslose in Tsd.	Veränderung zum Vorjahr (%)	Arbeitslosen- quote (%)	Arbeitslosen- quote (Vorjahr)
Sept.	1997	2932,9	+ 6,7	10,7	10,0
Okt.	1997	2922,4	+ 5,5	10,6	10,1
Nov.	1997	2941,9	+ 4,1	10,7	10,3
Dez.	1997	3064,8	+ 3,5	11,1	10,8
Jan.	1998	3235,5	- 0,9	11,8	11,9
Feb.	1998	3214,1	- 0,9	11,7	11,8
JD	1996	2796,2	+ 9,0	10,1	
JD	1997	3020,9	+ 8,0	11,0	

Bundesgebiet Ost

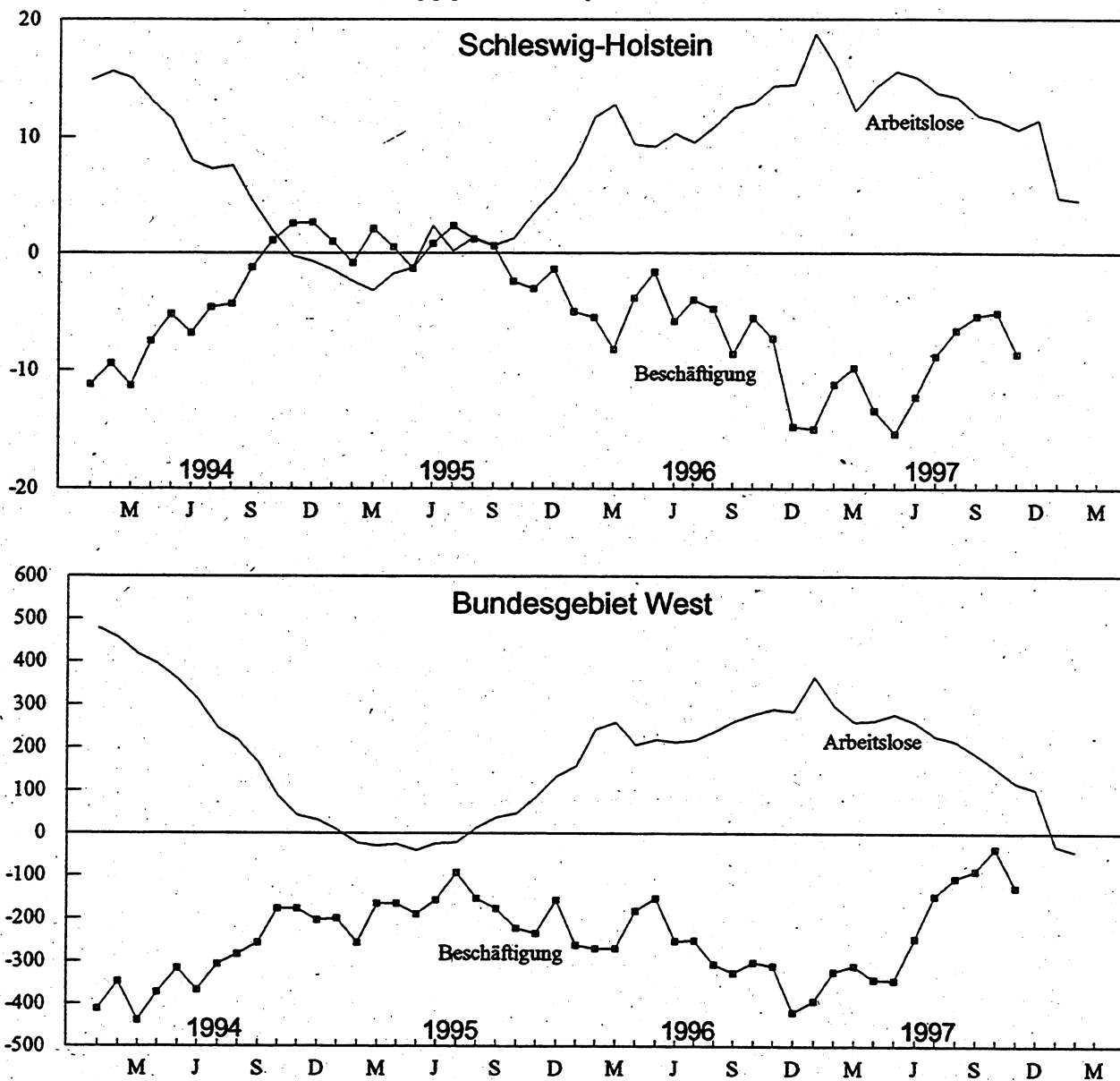
JD	1996	1168,8	+11,6	16,7	
JD	1997	1363,6	+16,7	19,5	

Abbildung 1:
Arbeitsplatz- und Arbeitslosenentwicklung 1994 - 1997
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West
Datenstand: März 1998

Zahl der gemeldeten Arbeitslosen (Monatsdaten bis Februar 1998)

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Monatsdaten bis November 1997)

absolute Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Tsd.



Die amtlich gemeldeten Arbeitslosenzahlen und die monatlichen Zahlen der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurden vom Landesarbeitsamt Nord bereitgestellt (siehe Anmerkungen zur Tabelle 1).

Abbildung 2: Arbeitsplatzentwicklung 1980-1986 und 1992-1997

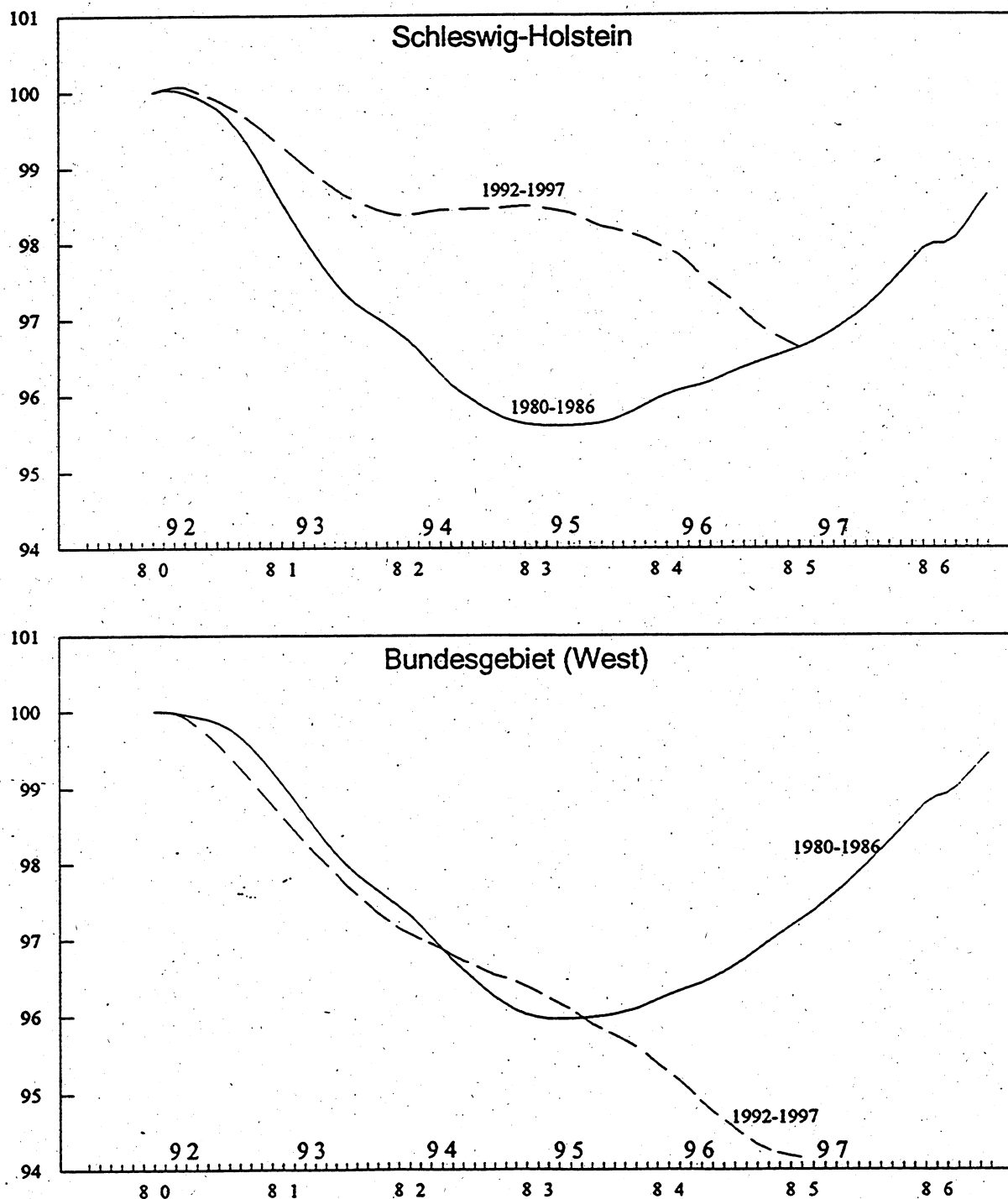
Vergleich der beiden Konjunkturphasen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet (West)
Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Indexreihe der Monatsdaten, gleitender 12-Monatsdurchschnitt

(a) Juli 1980 = 100 (Beginn des Arbeitsplatzrückgangs im Bundesgebiet West)

(b) April 1992 = 100 (Beginn des Arbeitsplatzrückgangs im Bundesgebiet West)

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Quartalsdaten. Ab 1987 zusätzlich Monatsdaten auf Stichprobenbasis, berechnet durch die Bundesanstalt für Arbeit. Vor 1987: Schätzung der Monatsdaten auf Basis der Quartalsdaten durch das Institut für Regionalforschung.



Anmerkung: Die Jahreszahlen geben die jeweilige Jahresmitte an.

Abbildung 2 (b)::

Arbeitsplatzentwicklung 1980-1986 und 1992-1997: Verarbeitendes Gewerbe

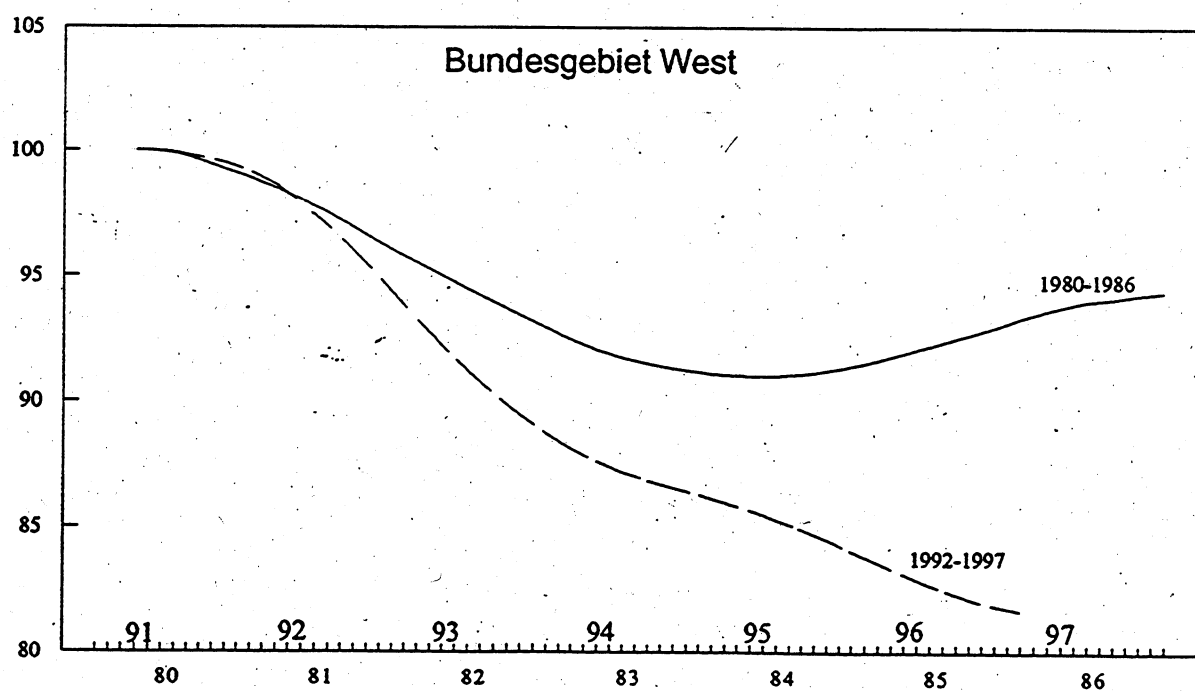
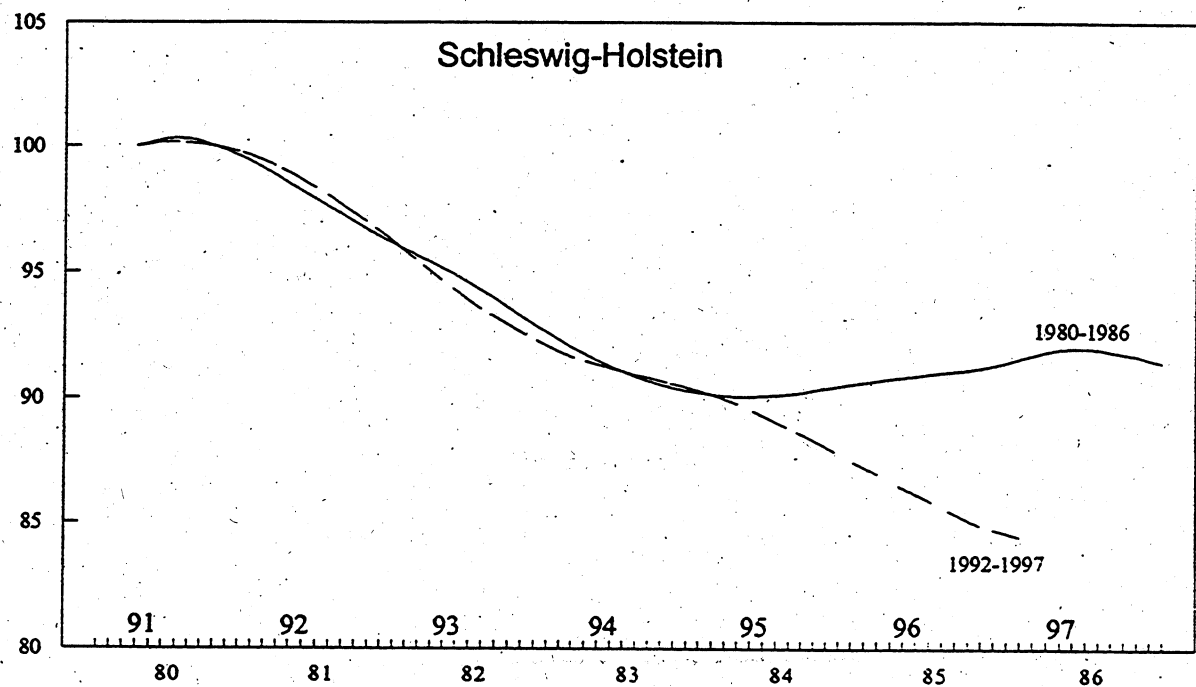
Vergleich der beiden Rezessionen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet (West)
Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe

Indexreihe der Monatsdaten, gleitender 12-Monatsdurchschnitt

(a) April 1980 = 100 (Beginn des Arbeitsplatzrückgangs im Bundesgebiet West)

(b) Juli 1991 = 100 (Beginn des Arbeitsplatzrückgangs im Bundesgebiet West)

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Quartalsdaten. Ab 1987 zusätzlich Monatsdaten auf Stichprobenbasis, berechnet durch die Bundesanstalt für Arbeit. Vor 1987: Schätzung der Monatsdaten auf Basis der Quartalsdaten durch das Institut für Regionalforschung.



Anmerkung: Die Jahreszahlen geben die jeweilige Jahresmitte an.

Übersicht 1:

Vergleich der Arbeitsmarktbilanzen 1982-1986 und 1993-1997

Bundesgebiet (West): durchschnittliche jährliche Veränderungsraten
bzw. absolute Veränderung 1982-1986 und 1993-1997 in Tsd.

Quellen:

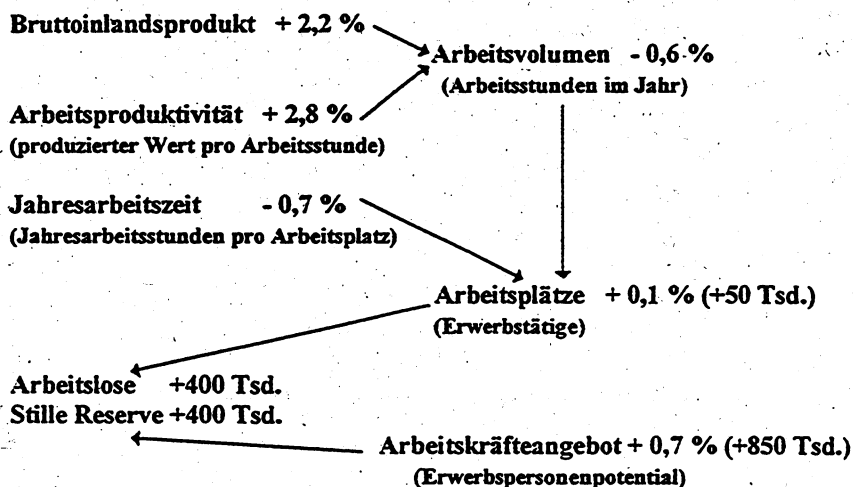
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg. Bei den vorläufigen Berechnungen für 1996/97 wurden auch Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, hinzugezogen.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (Hrsg.), Mittelungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland (für verschiedene Jahre, Aufsatz: für 1996 und 1997 in Heft 1/1997).

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 6 vom 31. 3. 1998. Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt 1998 - Alternativrechnungen des IAB für West- und Ostdeutschland. (Autorengemeinschaft)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Hrsg.), Wochenberichte 1-2 bzw. 8/98 (vorläufige Berechnungen für 1996/97).

Bundesgebiet 1982 - 1986



Bundesgebiet West 1993-1997

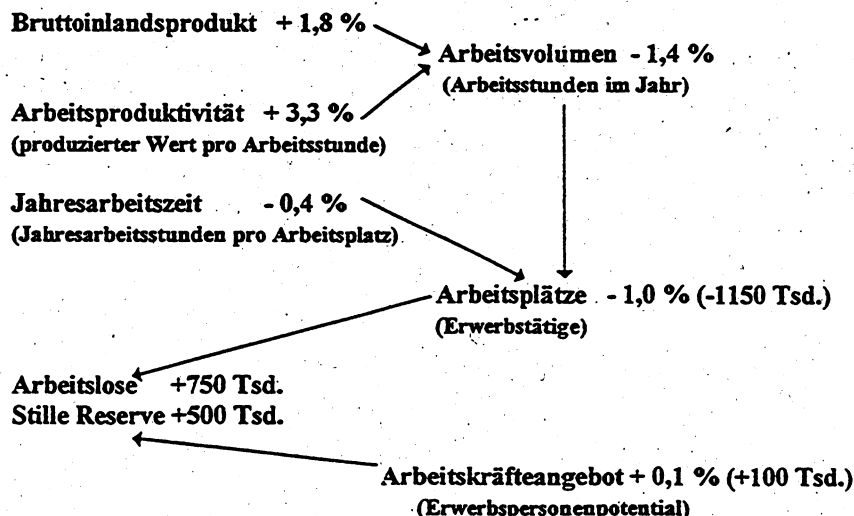


Tabelle 2:

Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit 1989/1993/1997

Statistischer Überblick, Datenstand März 1998

Schleswig-Holstein (S-H), Bundesgebiet West (BGW) und Bundesgebiet Ost (BGO) im Vergleich
Anmerkungen zu den Datenquellen und zu den Berechnungen auf der folgenden Seite.

Indexzahlen: 1989=100											
Produktion			Arbeitsplätze				Arbeitslosigkeit				
Bruttoinlandsprodukt			Erwerbstätige		SV Beschäftigte		Arbeitslosenrate		Arbeitslosenzahl		
S-H	BGW	BGO	S-H	BGW	S-H	BGW	S-H	BGW	S-H	BGW	BGO
1992	110,7	112,9	106,6	106,8	110,8	108,6	79,8	88,7	79,8	88,7	
1994	112,1	113,0	104,8	103,8	108,9	105,4	101,1	125,4	101,1	125,4	
1995	113,3	114,7	104,5	103,1	109,0	104,5	101,0	125,9	101,0	125,9	
1996	114,9	116,2	103,4	102,0	108,2	103,3	111,8	137,2	111,8	137,2	
1997	117,3	118,7	102,7	101,0	106,8	102,3	125,4	148,2	125,4	148,2	
Indexzahlen: 1993=100											
Bruttoinlandsprodukt			Erwerbstätige		SV Beschäftigte		Arbeitslosenrate				
S-H	BGW	BGO	S-H	BGW	S-H	BGW	S-H	BGW	S-H	BGW	BGO
1994	101,8	102,1	99,0	98,8	99,4	98,6	109,5	112,6	109,5	112,6	99,4
1995	102,9	103,6	98,7	98,1	99,4	97,8	109,4	113,0	109,4	113,0	91,1
1996	104,4	105,0	97,7	97,0	98,7	96,7	121,0	123,2	121,0	123,2	101,7
1997	106,6	107,3	97,0	96,1	97,5	95,8	135,7	133,1	135,7	133,1	118,7
Jährliche Veränderungsrate in %											
Bruttoinlandsprodukt			Erwerbstätige		SV Beschäftigte		Arbeitslosenrate				
S-H	BGW	BGO	S-H	BGW	S-H	BGW	S-H	BGW	S-H	BGW	BGO
1993/94	1,8	2,1	-1,0	-1,2	-0,6	-1,4	9,5	12,6	9,5	12,6	-0,6
1994/95	1,1	1,5	-0,3	-0,7	0,0	-0,8	-0,1	0,4	-0,1	0,4	0,5
1995/96	1,4	1,3	-1,0	-1,1	-0,7	-1,2	10,7	9,0	10,7	9,0	11,6
1996/97	2,1	2,2	-0,7	-1,0	-1,3	-0,9	12,2	8,0	12,2	8,0	16,7

Anmerkungen zur Tabelle 2:

Produktion

Bruttoinlandsprodukt

Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Preisen von 1991

Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
(vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein bereitgestellt)

Datenstand: März 1998 (für das Bundesgebiet Ost: Februar 1998).

1995, 1996 und 1997: vorläufige Ergebnisse

1997: Vorläufige Schätzung des Arbeitskreises vom März 1998.

Arbeitsplätze

(a) Erwerbstätige:

Gesamtzahl aller Beschäftigten (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte und Soldaten, Selbständige und mithelfende Familienangehörige) im Jahresdurchschnitt

Regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort (Inlandskonzept)

Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
(vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein bereitgestellt)

Datenstand: Februar 1998.

1997: Ergebnisse einer ersten Rechnung des Arbeitskreises vom Februar 1998.

(b) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:

SV Beschäftigte - bis 1996 Jahresdurchschnitt auf Basis von Monatsdaten (Bundesgebiet Ost: bis 1994 Quartalsdaten); für 1997: Schätzung des Jahresdurchschnitts durch das Institut für Regionalforschung auf der Basis der Monatswerte der SV Beschäftigten bis Oktober 1997 und der weiteren Entwicklung der Arbeitslosenzahlen bis zum Jahresende.

Regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort (Inlandskonzept)

Die Daten wurden vom Landesarbeitsamt Nord (Statistische Abteilung) bereitgestellt
(Monatsstatistik auf Stichprobenbasis).

Arbeitslosigkeit

Amtlich gemeldete Arbeitslosenzahlen:

Jahresdurchschnitt der amtlich gemeldeten Arbeitslosenzahlen, Datenstand Februar 1998.
(chronologisches Mittel der Monatswerte).

Regionale Zuordnung nach dem Wohnort (Inländerkonzept)

Die Daten wurden vom Landesarbeitsamt Nord (Statistische Abteilung) bereitgestellt.

Tabelle 3: Arbeitsplatzentwicklung im Ländervergleich 1994-1997

Arbeitsplätze gemessen am Arbeitsort (Inlandskonzept) durch die Erwerbstätigen
(Gesamtzahl aller Beschäftigten, Jahresdurchschnitte 1994/95/96/97)

jährliche Veränderungsrate in % , positive Veränderungsrate sind fett gedruckt.

Bundesland	Erwerbstätige		
	1994/9	1995/9	1996/97
	(Jahresdurchschnitte)		
Schleswig-Holstein	-0,3	-1,0	-0,7
Niedersachsen	-0,2	-1,4	-0,8
Nordrhein-Westfalen	-0,9	-1,1	-0,8
Hessen	-1,2	-0,4	-2,0
Rheinland-Pfalz	-0,6	-0,9	-0,5
Baden-Württemberg	-0,7	-1,1	-0,3
Bayern	-0,5	-0,9	-1,1
Saarland	-0,3	-0,8	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	-1,5	-1,5
Brandenburg	1,4	-1,5	-3,0
Sachsen-Anhalt	0,0	-2,5	-3,4
Thüringen	1,2	-2,1	-2,3
Sachsen	2,2	-0,9	-3,5
Hamburg	-0,5	-1,4	-1,1
Bremen	-0,9	-1,5	-0,8
Berlin	-1,6	-2,6	-3,6
Bundesgebiet West	-0,7	-1,1	-1,0
Bundesgebiet Ost	1,2	-1,7	-3,0

Quelle:

Erwerbstätige: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

1997: Erste Rechnung des Arbeitskreises vom Februar 1998

(Die Daten wurden uns vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.)

Tabelle 4:

Erwerbstätige in ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1995/1996/1997

Schleswig-Holstein und das Bundesgebiet West im Vergleich

Jahresdurchschnittswerte 1995/1996/1997: Niveau und absolute Veränderung in Tsd.

bzw. jährliche Veränderungsrate in % (positive Veränderungen fett gedruckt)

Erwerbstätigenstruktur: Anteil der Wirtschaftsbereiche an allen Erwerbstätigen in %

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige 1997		Erwerbstätige 1995/1996		Erwerbstätige 1995/1997	
	Schleswig-Holstein Niveau (in Tsd.)	Bundesgeb. West Struktur (in %)	Schleswig-Holstein absolute Veränderung (in Tsd.)	Bundesgeb. West jährl. Verän- derungsrate (in %)	Schleswig-Holstein absolute Veränderung (in Tsd.)	Bundesgeb. West jährl. Verän- derungsrate (in %)
Landwirtschaft	38,9	3,6	2,6	-5,7	-1,0	-4,4
Produzierendes Gewerbe	308,4	28,9	-12,0	-3,5	-6,9	-3,1
Handel, Verkehr, Telekommunikation	223,0	20,9	-1,6	-1,4	-1,7	-1,1
private Dienstleistungen	251,4	23,5	8,4	2,7	4,9	2,2
Gebietskörpersch., Organisationen	246,7	23,1	-3,5	-0,1	-2,8	-0,5
Insgesamt	1068,3	100	-11,2	-1,1	-7,5	-1,0

Produzierendes Gewerbe: Energie, Bergbau, Verarbeitendes und Baugewerbe

Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Vertreter des Statistischen Bundesamtes und der Landesämter)

Berechnung für 1995 und 1996 nach dem Datenstand Dezember 1997. Erste vorläufige Berechnungen für 1997 gemäß Auskunft des Statistischen Landesamtes (nur für Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West).

Tabelle 5:

Arbeitsplatzentwicklung im Ländervergleich 1995-1997

Entwicklung insgesamt und in ausgewählten Wirtschaftsbereichen (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte)
 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, jeweils 30. September 1995, 1996 und 1997; jährliche Veränderungsrate in %

Bundesland	Beschäftigte Insges.		Verarb. Gewerbe		Baugewerbe		Handel		Dienstleistungen	
	1995/96	1996/97	1995/96	1996/97	1995/96	1996/97	1995/96	1996/97	1995/96	1996/97
Schleswig-Holstein	-1,0	-0,7	-3,5	-1,9	-3,8	-3,6	-0,8	2,1	2,1	0,0
Niedersachsen	-1,5	-0,6	-3,3	-1,2	-3,9	-4,7	-1,0	0,4	0,8	0,6
Nordrhein-Westfalen	-1,3	0,0	-3,6	-1,8	-4,8	-3,4	-1,0	1,2	2,0	2,8
Hessen	-1,1	-0,5	-4,1	-2,4	-6,2	-5,7	-2,4	-0,8	2,5	1,8
Rheinland-Pfalz	-1,4	0,2	-3,1	-0,6	-4,3	-3,4	-1,7	1,8	1,4	2,1
Baden-Württemberg	-1,4	-0,5	-2,6	-0,7	-6,4	-5,3	-1,0	0,2	1,5	1,0
Bayern	-1,3	-0,1	-2,8	-0,8	-6,4	-5,4	-1,0	0,5	1,6	1,6
Saarland	-1,7	-0,4	-2,9	-1,4	-5,7	-4,6	-0,4	2,5	2,2	1,9
Mecklenburg-Vorpomm	-1,3	-4,6	-4,0	-2,4	-2,6	-6,3	0,0	-0,1	1,7	-4,4
Brandenburg	-2,4	-4,2	0,1	-1,6	-4,9	-7,7	1,2	2,7	1,6	-2,3
Sachsen-Anhalt	-3,5	-4,3	-5,1	-4,6	-8,1	-9,2	-1,9	0,9	1,8	-1,0
Thüringen	-3,1	-3,8	-1,5	-0,2	-5,1	-4,8	-2,4	-0,9	-0,4	-2,8
Sachsen	-1,6	-5,0	-3,3	-0,8	-2,5	-6,9	-0,2	-1,8	1,4	-1,7
Hamburg	-1,8	-0,5	-3,5	-3,3	-3,9	-5,7	-3,4	-0,9	0,2	2,3
Bremen	-2,3	-1,0	-7,9	2,7	-7,5	-0,7	-3,4	-5,2	3,6	0,0
Berlin	-3,8	-4,2	-6,8	-7,1	-6,6	-6,6	-4,7	-1,1	-2,8	0,4
Bundesgebiet West	-1,4	-0,4	-3,3	-1,4	-5,4	-4,8	-1,4	0,5	1,5	1,6
Bundesgebiet Ost	-2,5	-4,5	-3,0	-2,0	-4,7	-6,8	-0,9	0,1	0,8	-1,7

Dienstleistungen: Banken, Versicherungen und sonstige Dienstleistungen, einschl. Organisationen ohne Erwerbscharakter
 Innerhalb der Wirtschaftsbereiche unberücksichtigt: Landwirtschaft; Energie, Wasser, Bergbau; Verkehr, Nachrichten; Gebietskörperschaften
 Quelle:

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Monatsstatistik, die Zahlen für 9/1997 sind noch Stichprobenergebnisse)
 Arbeitsmarktinformation des Landesarbeitsamtes Nord (Referat Statistik)

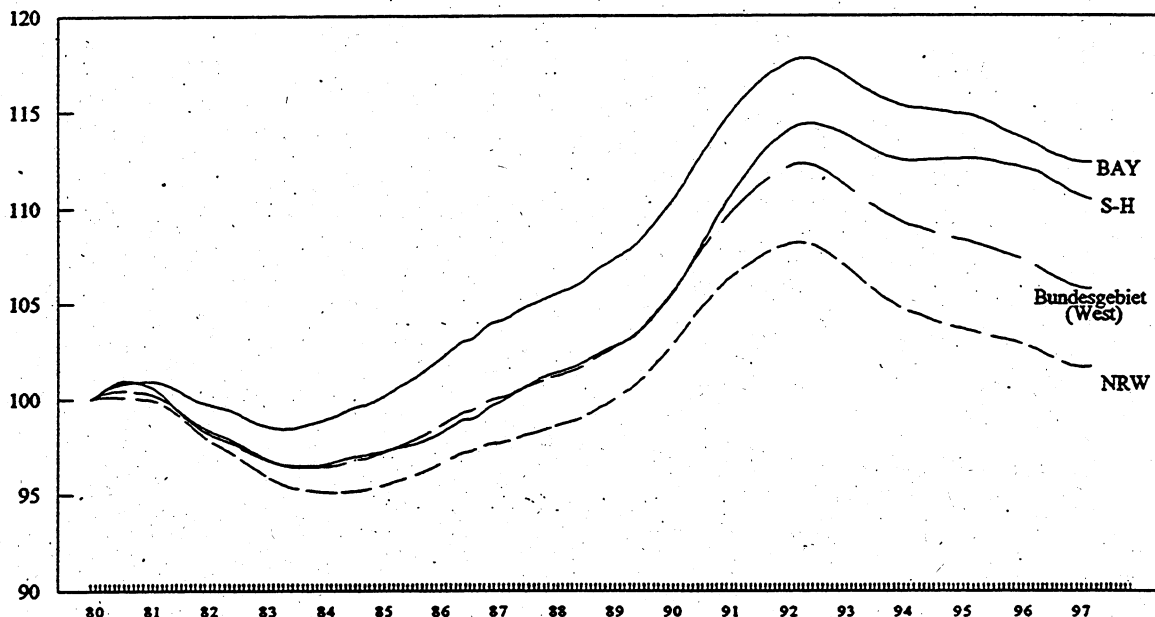
Abbildung 3 (a):
Arbeitsplatzentwicklung 1980 bis 1997 in Schleswig-Holstein
und ausgewählten Bundesländern des Bundesgebietes West

Konjunkturverlauf:

Indexreihe der Monatsdaten der Beschäftigten (1980=100)

Gleitender 12-Monatsdurchschnitt

Datenbasis: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

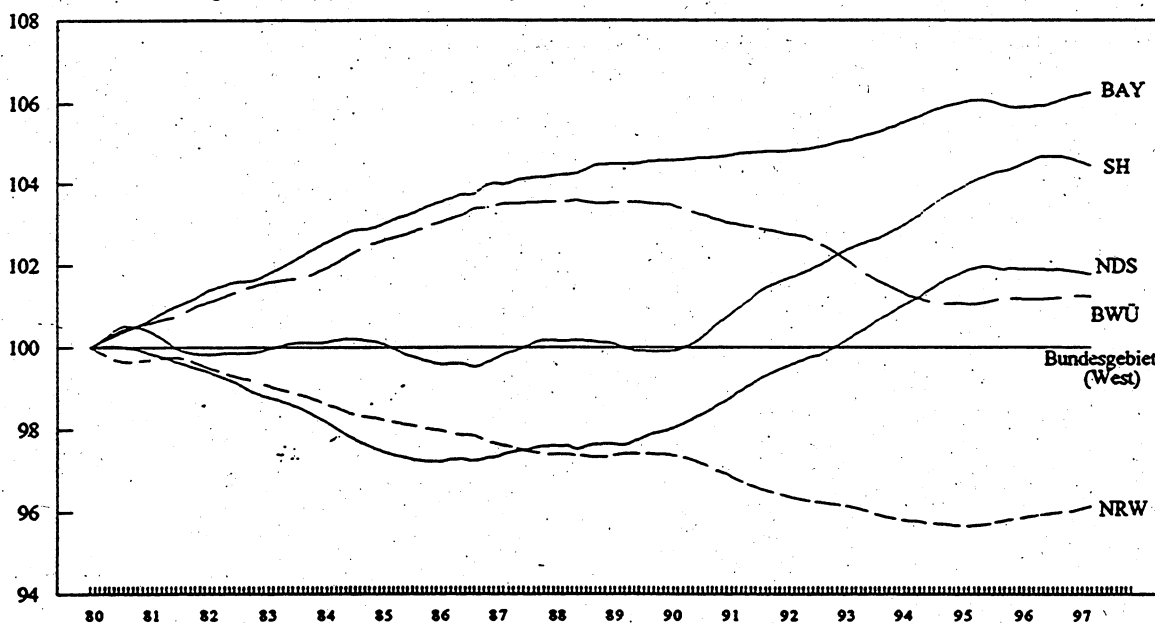


konjunkturbereinigter Verlauf:

Entwicklung des Anteils der Beschäftigung eines Bundeslandes
an der Beschäftigung des Bundesgebietes (West)

Gleitender 12-Monatsdurchschnitt (1980=100)

Bundesgebiet (West): Index der Arbeitsplatzentwicklung auf 100 normiert.



SH = Schleswig-Holstein
NDS = Niedersachsen

NRW = Nordrhein-Westfalen
BWÜ = Baden-Württemberg

BAY = Bayern

**Abbildung 3 (b):
Arbeitsplatzentwicklung 1980 bis 1997 in Schleswig-Holstein
und ausgewählten Bundesländern - Verarbeitendes Gewerbe**

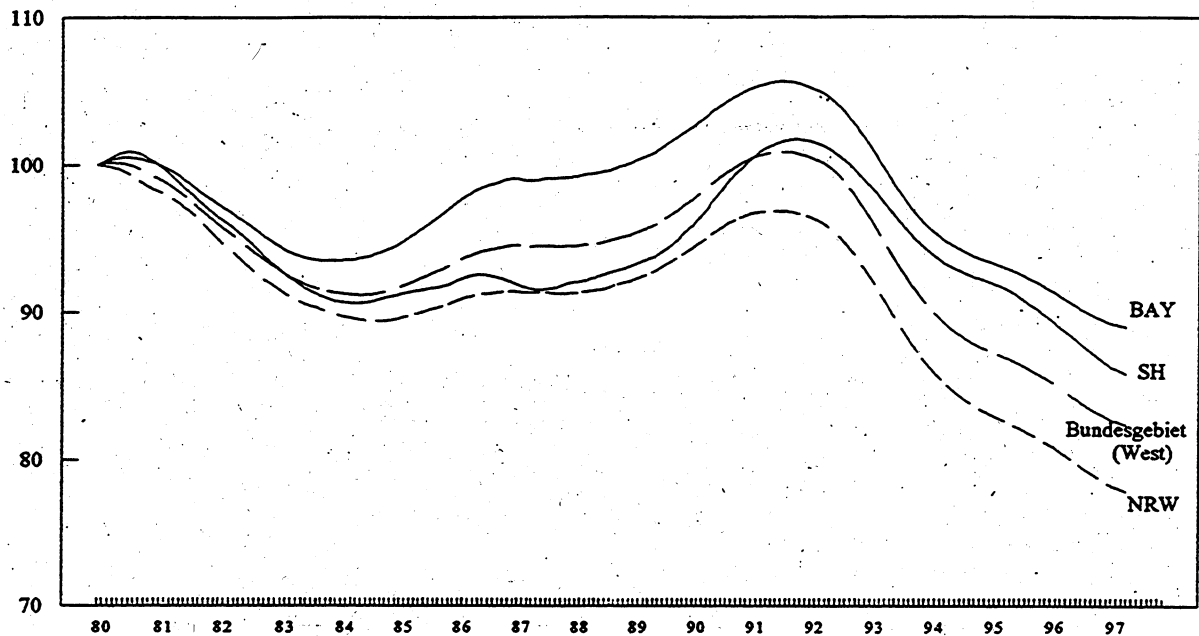
Konjunkturverlauf:

Indexreihe der Monatsdaten der Beschäftigten (1980=100)

Gleitender 12-Monatsdurchschnitt

Datenbasis: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

SH = Schleswig-Holstein NRW = Nordrhein-Westfalen BAY = Bayern



konjunkturbereinigter Verlauf:

Entwicklung des Anteils der Beschäftigung eines Bundeslandes an der Beschäftigung des Bundesgebietes (West)

gleitender 12-Monatsdurchschnitt (1980=100)

SH = Schleswig-Holstein NDS = Niedersachsen NRW = Nordrhein-Westfalen

BWÜ = Baden-Württemberg BAY = Bayern

Bundesgebiet (West): Index der Beschäftigungsentwicklung auf 100 normiert.

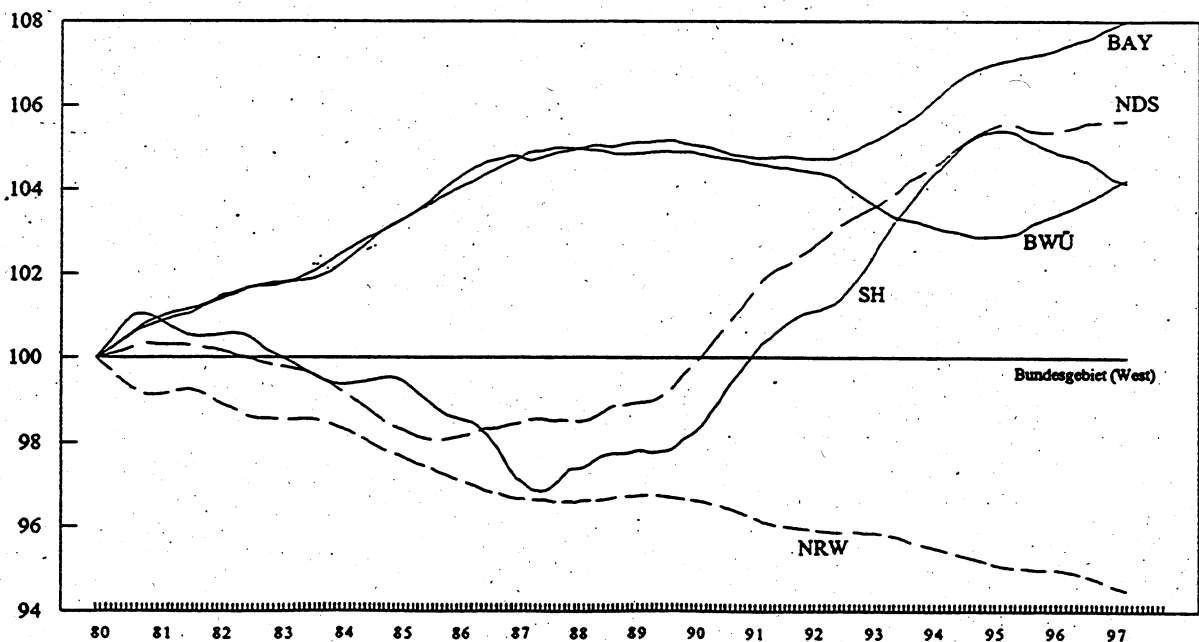
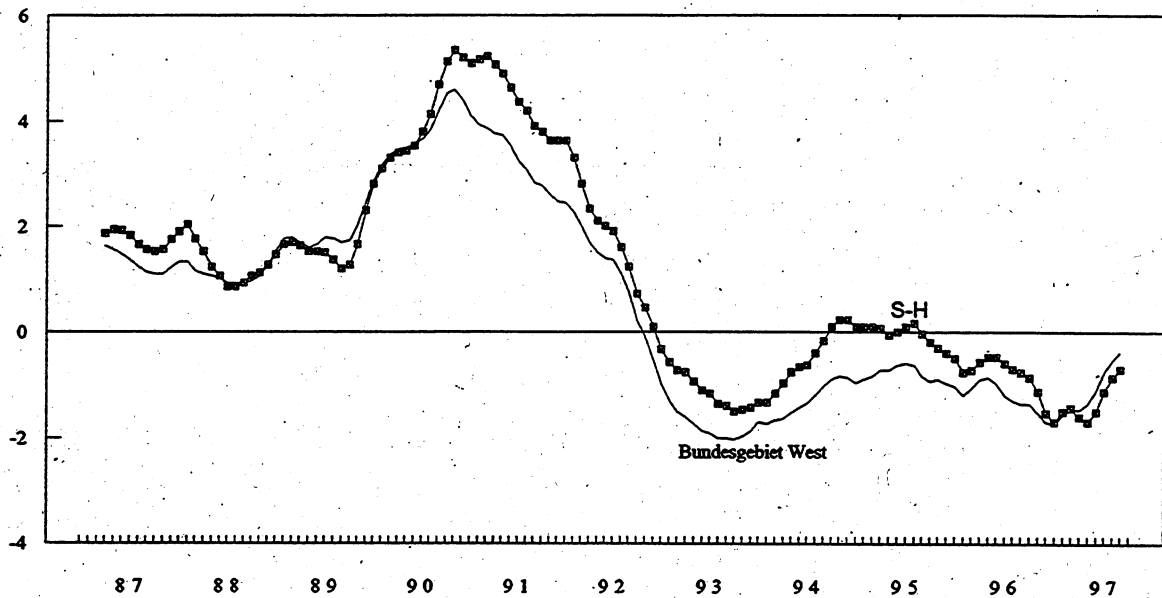


Abbildung 4: Arbeitsplatzentwicklung 1987 bis 1997 in Schleswig-Holstein

(a) Entwicklung der Gesamtzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West im Vergleich

Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %, gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Die Jahreszahlen kennzeichnen die jeweilige Jahresmitte
Monatsdaten der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis Oktober 1997



(b) Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte insgesamt bzw. Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (VG)

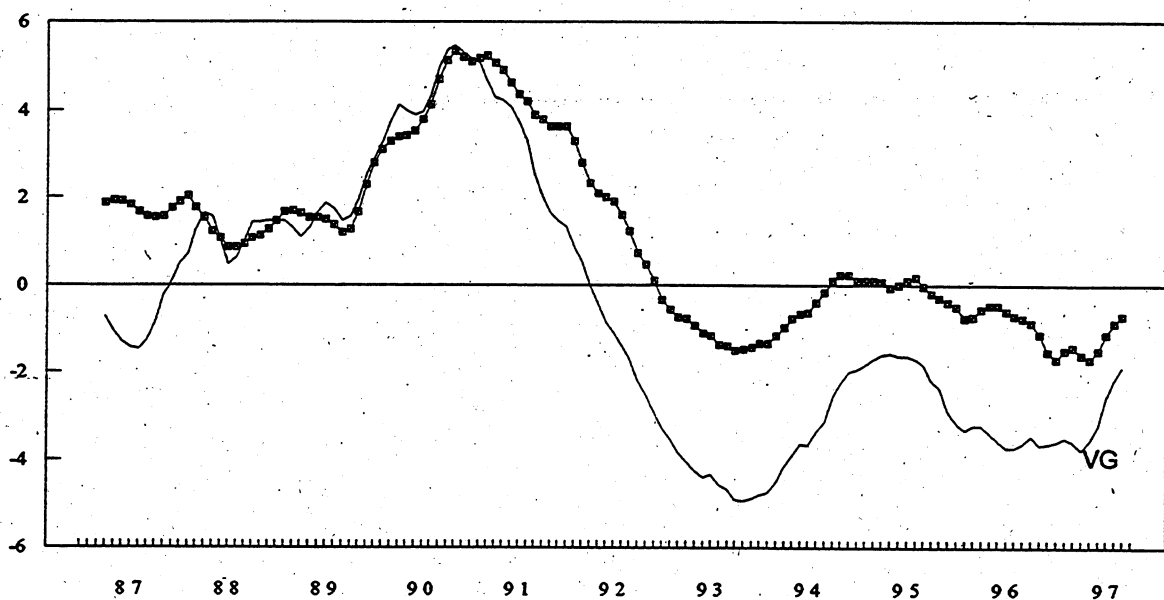
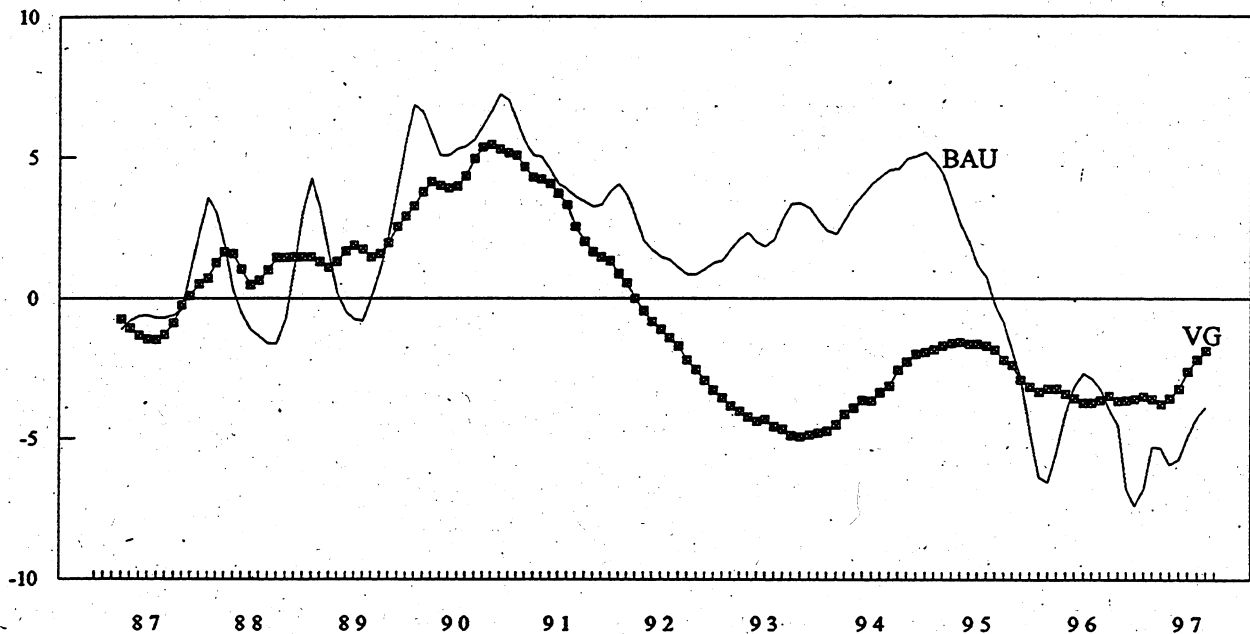


Abbildung 4: Arbeitsplatzentwicklung 1987 bis 1997 in Schleswig-Holstein

(c) Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte im Verarbeitenden und im Baugewerbe

Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %, gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Die Jahreszahlen kennzeichnen die jeweilige Jahresmitte
Monatsdaten der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis Oktober 1997
VG = Verarbeitendes Gewerbe BAU = Baugewerbe



(d) Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte im Bereich privater Dienstleistungen und im Handel

DL = private Dienstleistungen: Banken, Versicherungen, sonstige private Dienstleistungen
HAN = Handel

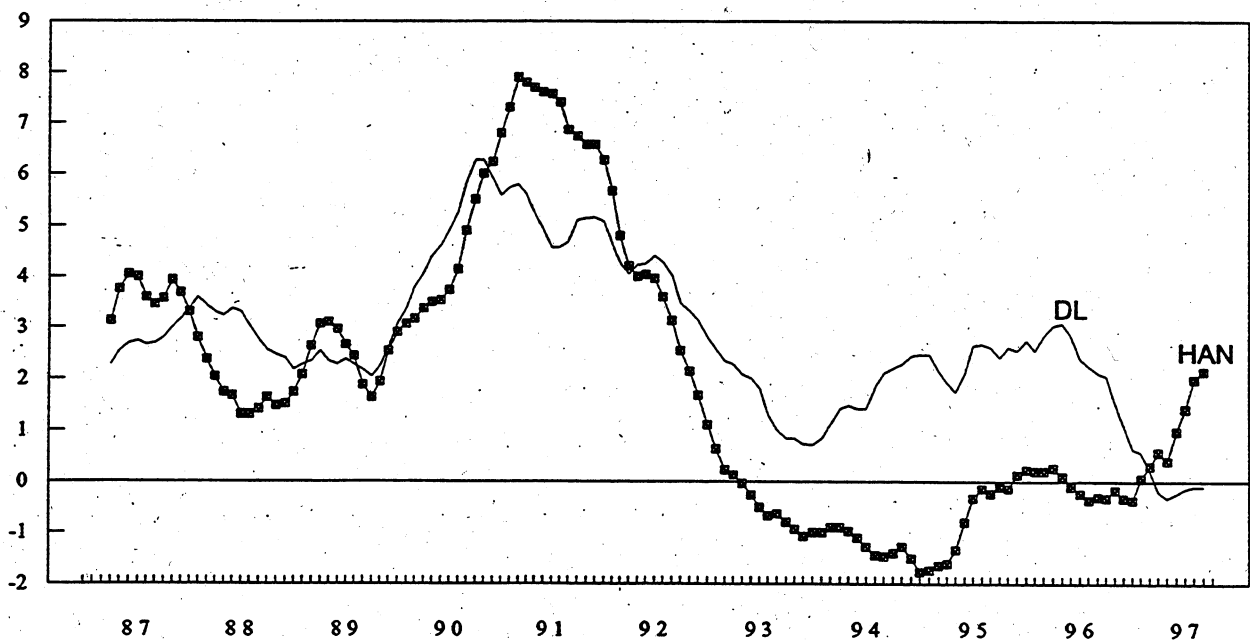


Abbildung 5: Arbeitsplatzentwicklung Schleswig-Holsteins im Vergleich zum Bundesgebiet

Beschäftigung insgesamt, im Produzierenden Gewerbe und im Tertiären Sektor 1974 bis 1997

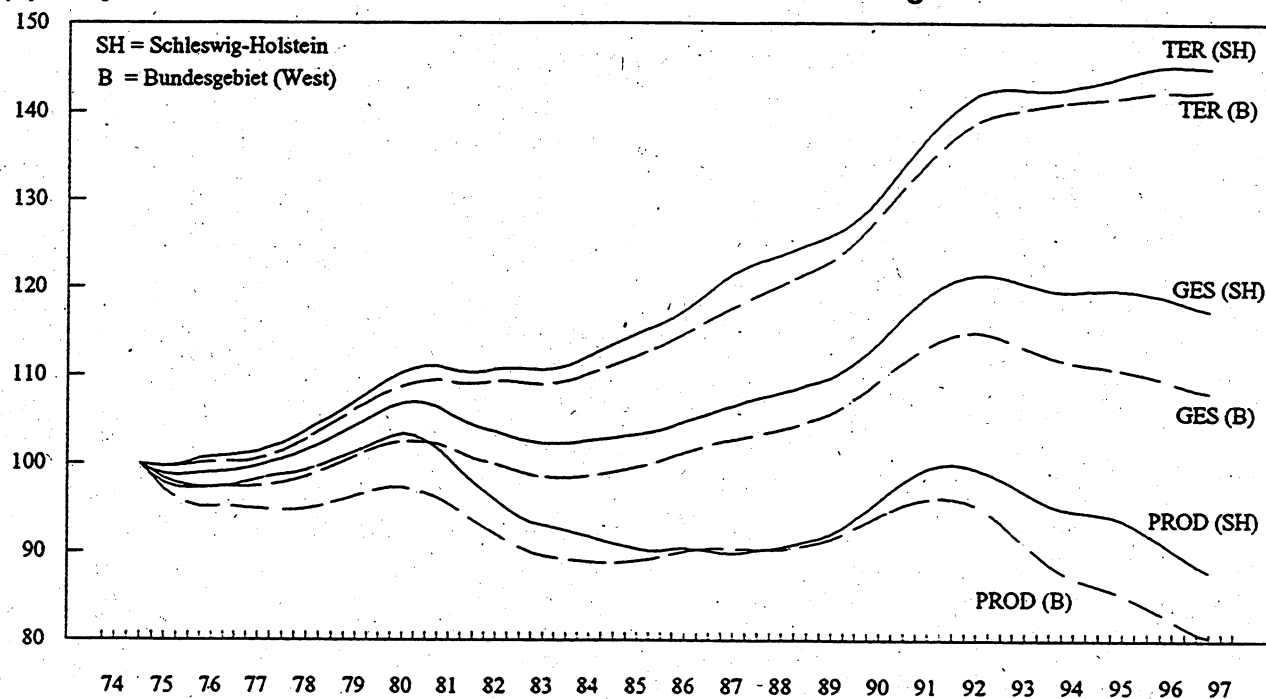
Konjunkturverlauf und konjunkturbereinigte Entwicklung des Landes im Vergleich zum Bundesgebiet (West)
gleitender 4-Quartalsdurchschnitt, Indexreihe (1974 = 100)

GES: Gesamtzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

PROD: Produzierendes Gewerbe (Energie, Bergbau, Verarbeitendes und Baugewerbe)

TER: Tertiärer Sektor (Handel, Verkehr, private und öffentliche Dienstleistungen)

(a) Konjunkturverlauf: Indexreihe der Quartalsdaten der Beschäftigten



(b) Konjunkturbereinigter Verlauf: Entwicklung des Anteils der Beschäftigung in Schleswig-Holstein an der Beschäftigung im Bundesgebiet (West)

Bundesgebiet (West): Index der Beschäftigungsentwicklung 1974 bis 1997 auf 100 normiert.

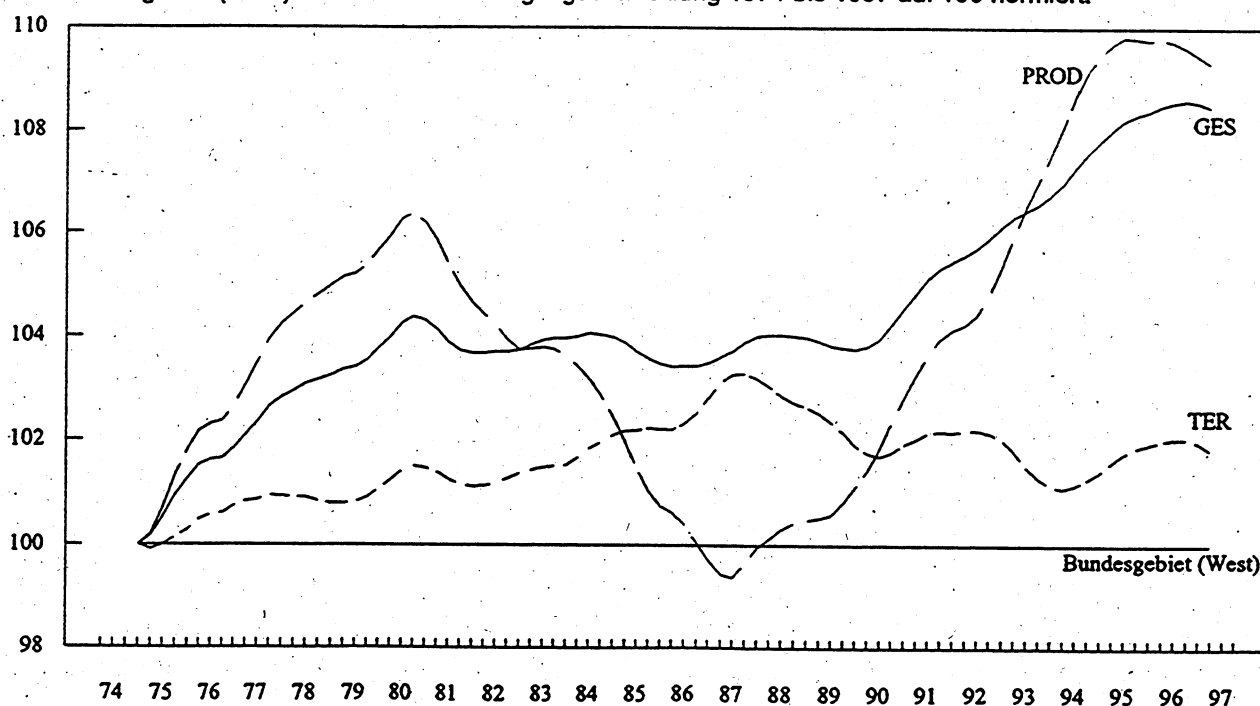


Abbildung 6: Arbeitsplatzentwicklung Schleswig-Holsteins im Vergleich zum Bundesgebiet

Beschäftigung insgesamt, im Verarbeitenden und Baugewerbe und im Tertiären Sektor 1989 bis 1997

Konjunkturverlauf und konjunkturbereinigte Entwicklung des Landes im Vergleich zum Bundesgebiet (West)

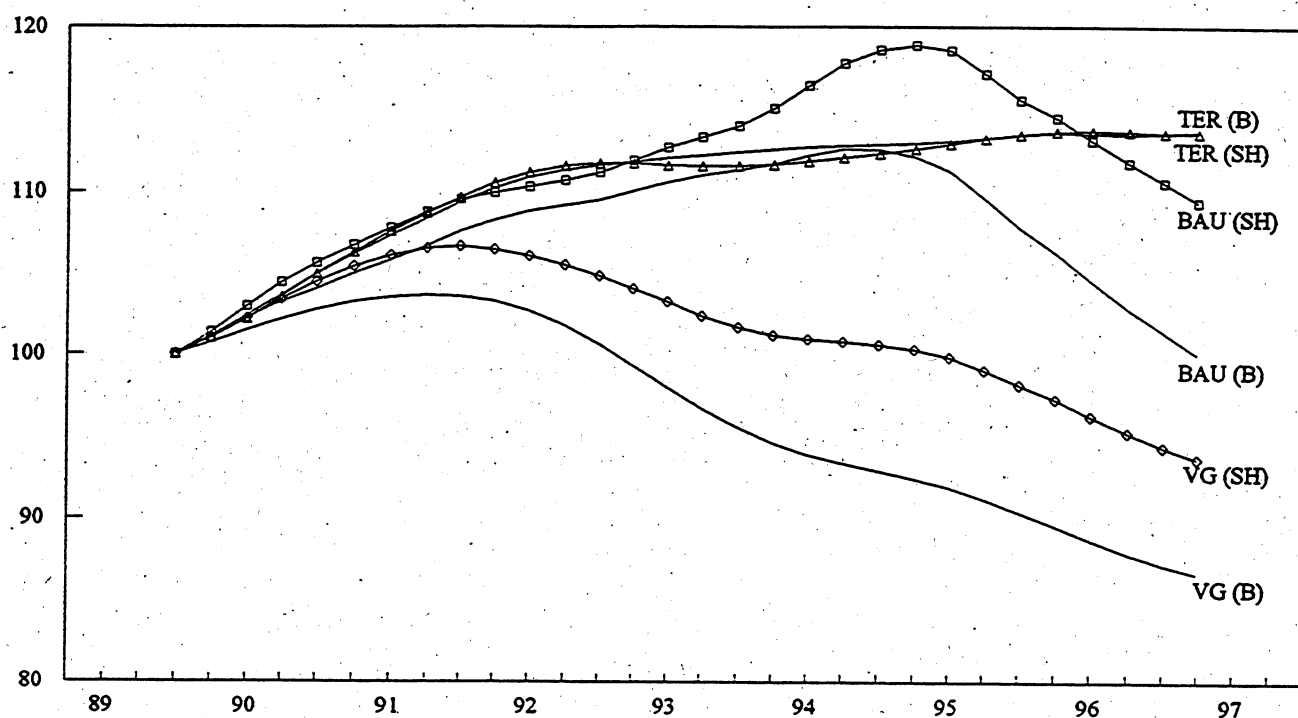
gleitender 4-Quartalsdurchschnitt, Indexreihe (1989 = 100)

GES: Gesamtzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

VG: Verarbeitendes Gewerbe

BAU: Baugewerbe

TER: Tertiärer Sektor (Handel, Verkehr, private und öffentliche Dienstleistungen)



Konjunkturbereinigter Verlauf: Entwicklung des Anteils der Beschäftigung Schleswig-Holstein an der Beschäftigung im Bundesgebiet (West)

Bundesgebiet (West): Index der Beschäftigungsentwicklung 1989 bis 1997 auf 100 normiert.

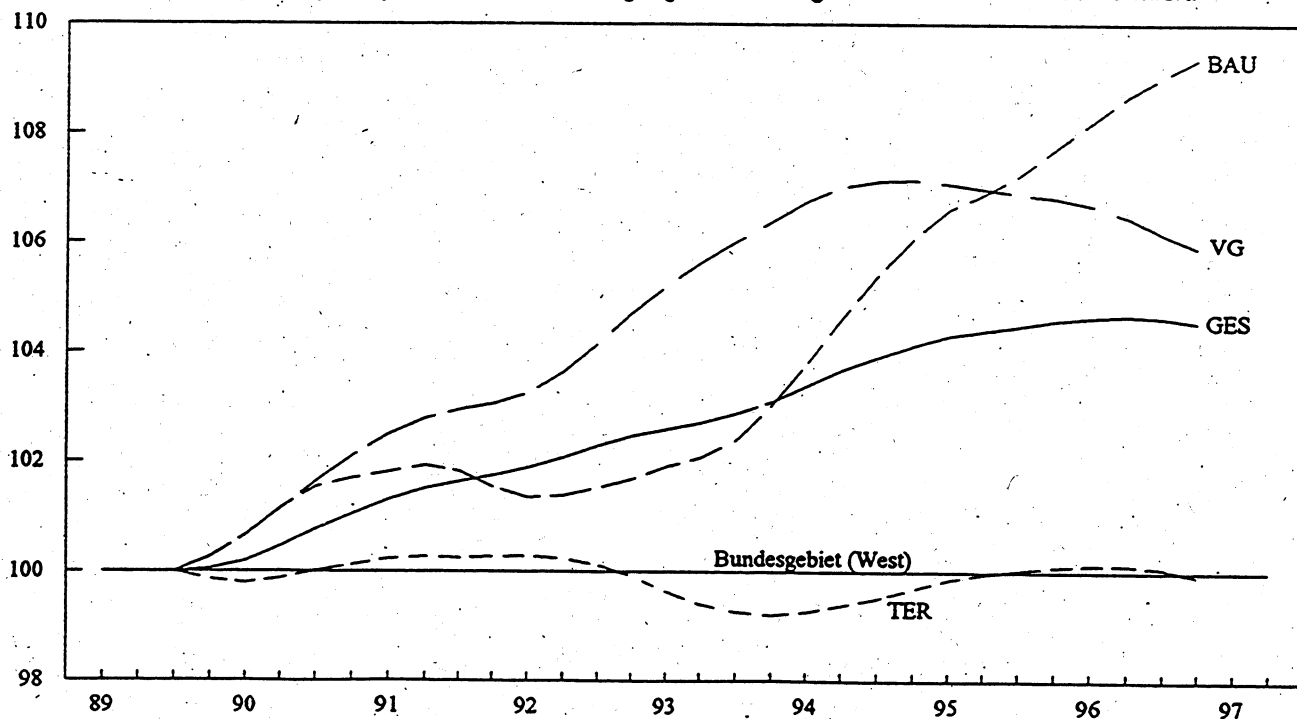


Tabelle 6:**Arbeitsplatzentwicklung in den Regionen Schleswig-Holsteins
Juni 1994, 1995, 1996 und 1997**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6. 1994, 1995, 1996 und 1997
in den Kreisen und Planungsräumen und in ausgewählten Landesteilen

Kreis Region	Arbeitsplätze in Tsd.		Differenz in Tsd.			Veränderungsraten (%)		
	Juni 1994	Juni 1997	1994/97	1995/96	1996/97	1994/97	1995/96	1996/97
Flensburg	38,46	37,55	-0,92	-0,32	-0,26	-2,38	-0,84	-0,70
Kiel	107,39	102,16	-5,23	-1,09	-2,75	-4,87	-1,02	-2,62
Lübeck	84,49	80,39	-4,10	-1,55	-2,52	-4,86	-1,83	-3,04
Neumünster	33,43	31,79	-1,65	-0,64	-1,12	-4,92	-1,90	-3,40
Dithmarschen	36,16	35,37	-0,79	-0,14	-0,45	-2,18	-0,39	-1,25
Lauenburg	38,50	38,50	-0,00	-0,46	-0,54	-0,01	-1,17	-1,39
Nordfriesland	47,73	46,96	-0,77	0,02	-0,79	-1,60	0,05	-1,65
Ostholstein	53,57	52,38	-1,19	0,13	-0,89	-2,22	0,24	-1,66
Pinneberg	75,32	74,72	-0,59	0,61	-0,71	-0,79	0,81	-0,94
Plön	22,84	23,38	0,53	-0,04	-0,00	2,34	-0,18	-0,00
Rendsb.-Eckernf.	65,00	63,77	-1,23	0,07	-1,27	-1,89	0,11	-1,95
Schleswig-Flensb.	41,92	42,47	0,55	-0,16	0,26	1,31	-0,38	0,60
Segeberg	75,34	74,76	-0,58	-0,54	-0,47	-0,77	-0,71	-0,63
Steinburg	34,94	34,05	-0,88	-0,61	-0,28	-2,53	-1,75	-0,80
Stormarn	63,20	62,76	-0,44	-1,07	-0,52	-0,70	-1,66	-0,82
Schlesw.-Holstein	818,29	801,00	-17,29	-5,78	-12,30	-2,11	-0,71	-1,51
Planungsräume:								
Schleswig	128,11	126,98	-1,13	-0,46	-0,80	-0,88	-0,36	-0,62
Mittelholstein	228,66	221,09	-7,57	-1,69	-5,14	-3,31	-0,74	-2,27
Dithmarschen	71,09	69,42	-1,67	-0,75	-0,72	-2,35	-1,06	-1,03
Ostholstein	138,06	132,77	-5,29	-1,42	-3,41	-3,83	-1,03	-2,50
Hamburger Rand	252,36	250,74	-1,62	-1,46	-2,24	-0,64	-0,57	-0,88
Schleswig-Holstein (ohne Hamburger Rand)	565,93	550,26	-15,67	-4,32	-10,06	-2,77	-0,76	-1,80
kreisfreie Städte	263,78	251,88	-11,90	-3,59	-6,65	-4,51	-1,37	-2,57
Landkreise (ohne Hamburger Rand)	302,15	298,38	-3,77	-0,73	-3,41	-1,25	-0,24	-1,13

Quelle:

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten: Berichte des Statistischen Landesamtes
Regionale Daten für Juni 1997 lagen im April 1998 beim Statistischen Landesamt noch nicht vor.
Die Daten wurden uns freundlicherweise von Franz-Josef Bade, Universität Dortmund, aus seiner
Datenbank zur Bundesraumordnungsprognose zur Verfügung gestellt.

Abbildung 7:
Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein und ausgewählten Landesteilen
Entwicklungspfade 1978 bis 1997

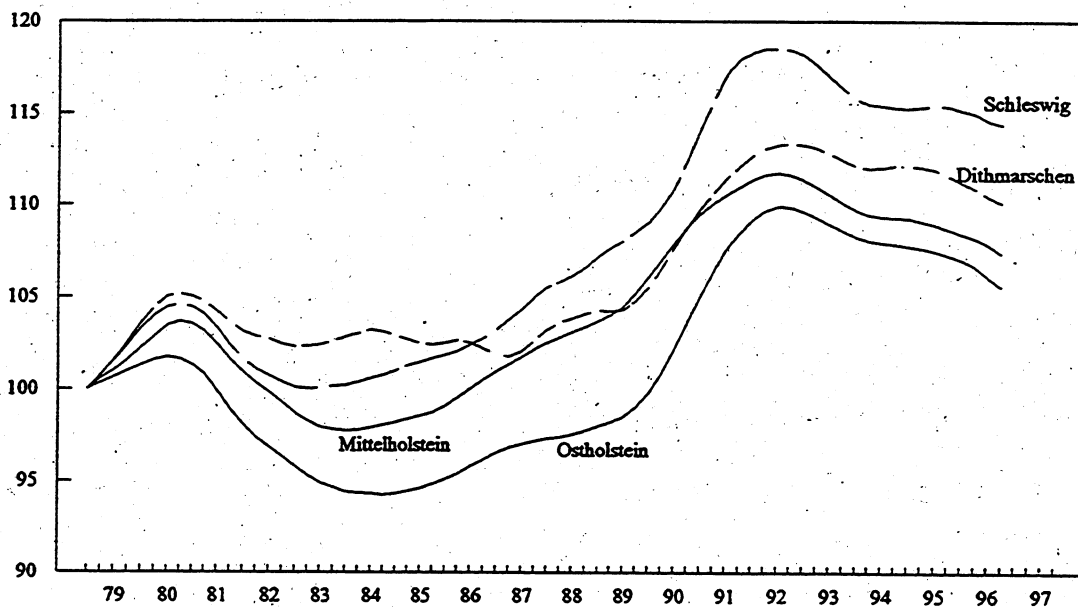
(a) Die Raumordnungsregionen bzw. Planungsräume des Landes

Konjunkturverlauf:

Indexreihe der Quartalsdaten der Beschäftigten (1978=100)

gleitender 4-Quartalsdurchschnitt

Datenbasis: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten



Entwicklungspfade im Vergleich zum Bundesgebiet (West):

Entwicklung des Anteils der Beschäftigung der Landesteile an der Beschäftigung des Bundesgebietes (West)

gleitender 4-Quartalsdurchschnitt (1978=100)

Bundesgebiet (West): Index der Beschäftigungsentwicklung auf 100 normiert.

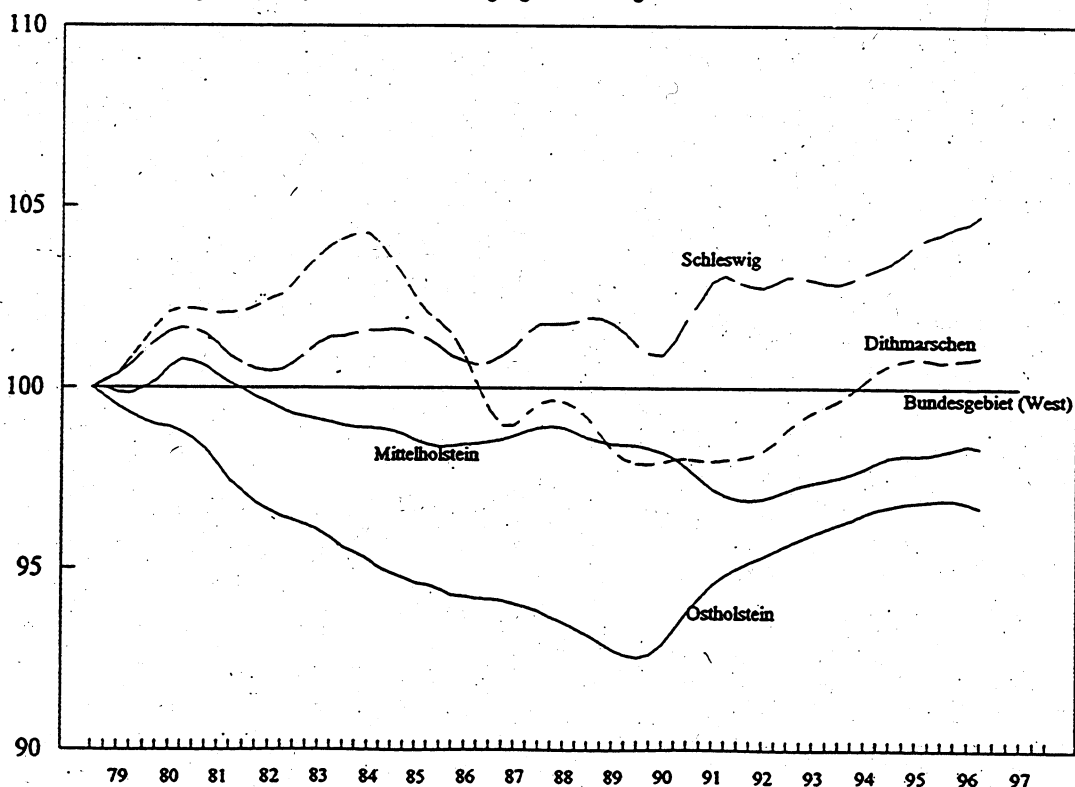


Abbildung 7:
Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein und ausgewählten Landesteilen
Entwicklungspfade 1978 bis 1997

(b) Östliches Schleswig-Holstein und übrige Landesteile im Vergleich

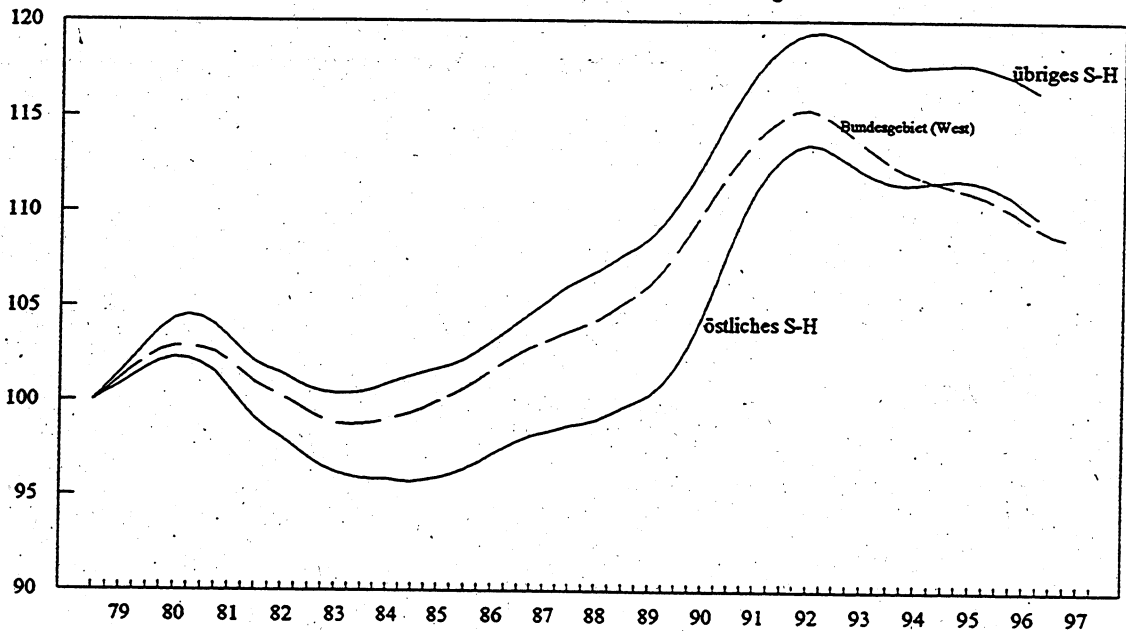
Konjunkturverlauf:

Indexreihe der Quartalsdaten der Beschäftigten (1978=100)

gleitender 4-Quartalsdurchschnitt

Datenbasis: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

östliches Schleswig-Holstein: Lübeck, Kreise Ostholstein und Lauenburg



Entwicklungspfade im Vergleich zum Bundesgebiet (West):

Entwicklung des Anteils der Beschäftigung der Landesteile an der Beschäftigung des Bundesgebietes (West)

gleitender 4-Quartalsdurchschnitt (1978=100)

Bundesgebiet (West): Index der Beschäftigungsentwicklung auf 100 normiert.

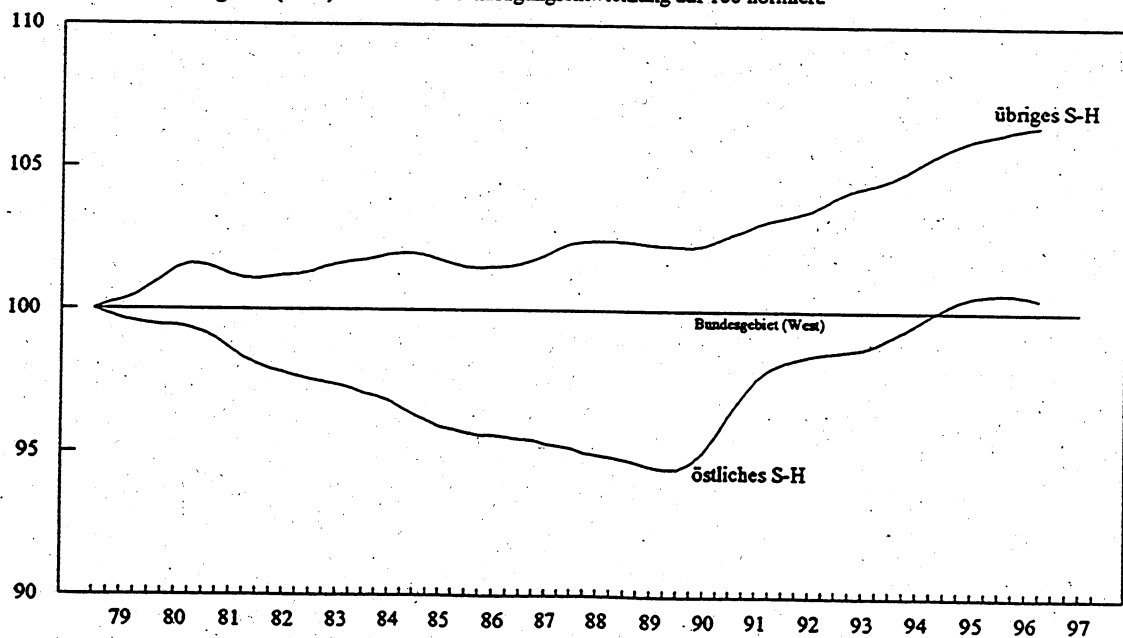


Abbildung 7:
Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein und ausgewählten Landesteilen
Entwicklungspfade 1978 bis 1997

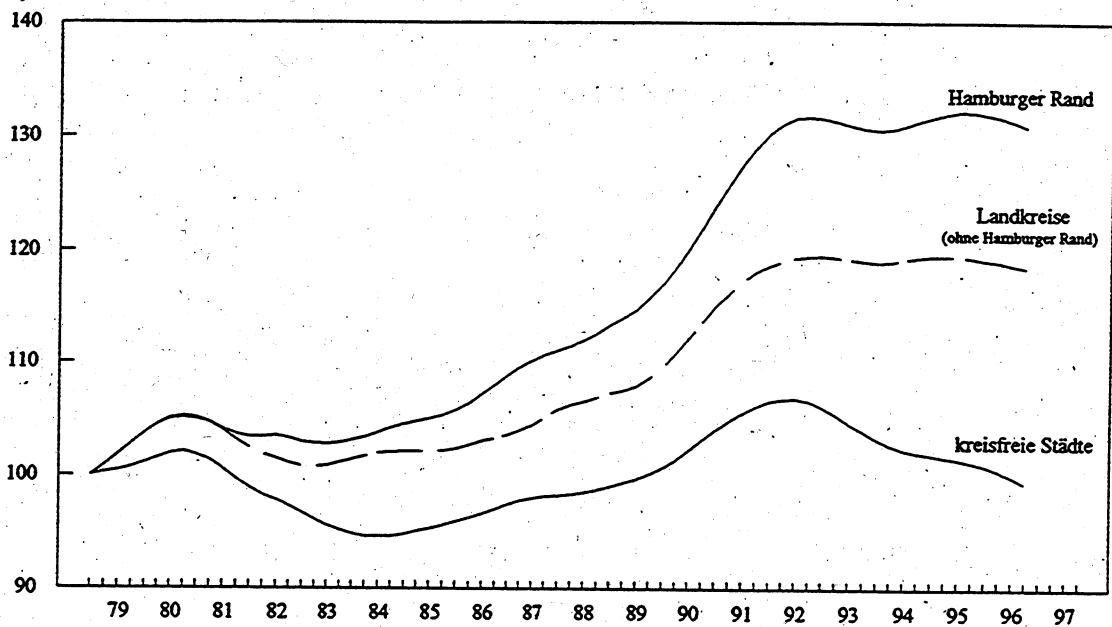
(c) Kreisfreie Städte, Hamburger Randgebiet und Landkreise (ohne Hamburger Rand)

Konjunkturverlauf:

Indexreihe der Quartalsdaten der Beschäftigten (1978=100)

gleitender 4-Quartalsdurchschnitt

Datenbasis: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten



Entwicklungspfade im Vergleich zum Bundesgebiet (West):

Entwicklung des Anteils der Beschäftigung der Landesteile an der Beschäftigung des Bundesgebietes (West)
 gleitender 4-Quartalsdurchschnitt (1978=100)

Bundesgebiet (West): Index der Beschäftigungsentwicklung auf 100 normiert.

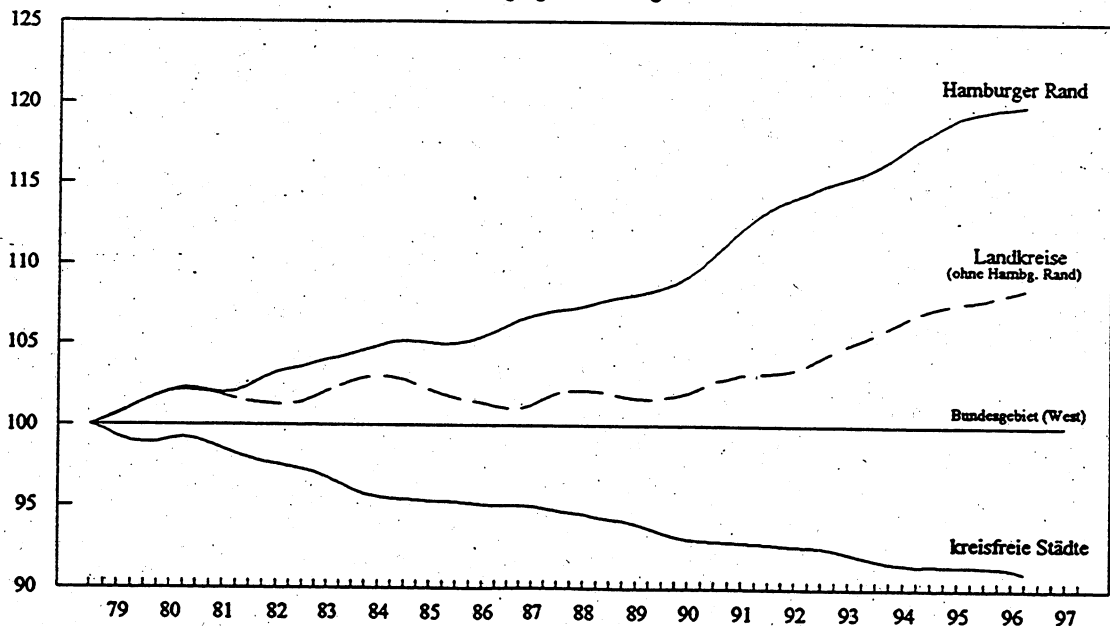


Tabelle 7:

Beschäftigte Frauen und Teilzeitarbeit in Schleswig-Holstein 1995-1997

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen und Männer, Voll- und Teilzeit, am 31. 3. 1995, 1996 und 1997

	Beschäftigtenstand			Anteil an allen Beschäftigten des jeweiligen Wirtschaftsbereichs		Beschäftigungsentwicklung	
	Anzahl der Beschäftigten (in Tsd.)			Teilzeitanteil in %		Indexzahlen für 1997 (1995=100)	
	1995	1996	1997	1995	1997	Teilzeit- beschäftigte	Vollzeit- beschäftigte
Teilzeitbeschäftigte							
- Insgesamt	121,08	125,54	128,59	14,94	16,23	106,2	96,3
- im Verarbeitenden Gewerbe	9,97	9,72	9,54	4,73	4,85	95,7	93,2
- im Baugewerbe	2,13	2,10	2,09	3,21	3,55	98,3	88,7
- im Handel und Verkehr	31,43	32,56	32,70	19,83	18,73	104,0	98,8
- im Dienstleistungsbereich	60,39	63,69	66,67	23,27	25,00	110,4	100,5
- im öffentlichen Sektor	15,70	16,07	16,08	21,79	22,93	102,4	95,9
Beschäftigte Frauen							
- Insgesamt	367,88	368,82	366,04	45,38	46,19	99,5	96,3
- im Verarbeitenden Gewerbe	58,46	56,74	54,02	27,72	27,45	92,4	93,7
- im Baugewerbe	6,73	6,65	6,41	10,16	10,88	95,3	88,3
- im Handel und Verkehr	85,41	84,71	85,01	48,78	48,70	99,5	99,9
- im Dienstleistungsbereich	175,83	179,69	179,99	67,78	67,48	102,4	103,7
- im öffentlichen Sektor	35,11	35,20	34,73	48,73	49,53	98,9	95,8
Teilzeitbeschäftigte Frauen							
- Insgesamt	112,34	115,83	117,74	92,78	91,56	30,54	32,17
- im Verarbeitenden Gewerbe	9,08	8,85	8,42	91,00	88,34	15,52	15,59
- im Baugewerbe	1,85	1,85	1,81	87,17	86,49	27,56	28,24
- im Handel und Verkehr	29,76	30,20	30,51	94,68	93,31	34,85	35,88
- im Dienstleistungsbereich	55,50	58,43	60,45	91,91	90,68	31,56	33,59
- im öffentlichen Sektor	14,80	15,22	15,19	94,27	94,45	42,15	43,73

Quelle: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Anmerkungen zu den Wirtschaftsbereichen: Der Dienstleistungsbereich umfaßt Banken, Versicherungen, private Dienstleistungen und Organisationen & private Haushalte

Tabelle 8:

Beschäftigte in Schleswig-Holstein nach Berufsgruppen, 1994-1997

(a) Landwirtschaftliche und Fertigungsberufe

Berufsgruppe (Kurzbezeichnung)	Kennz.	Zahl der Beschäftigten			Beschäftigungsentwicklung				
		insgesamt	31. 3. 1997		absolute Veränderung	1995 - 1994	1996 - 1995	1997 - 1996	Indexwerte (1994=100)
			Frauen	Frauen- anteil (%)					
Landwirtschaftliche Berufe	01-06	18.950	4.510	23,8	58	-1051	360	96,8	
Steinbearbeitung, Baustoffherstellung	10-11	1.154	26	2,3	23	-127	59	96,2	
Keramik- und Glasmacherberufe	12-13	1.421	334	23,5	-2	-78	-177	84,7	
Chemie und Kunststoffverarbeitung	14-15	10.089	3.081	30,5	47	-416	-685	90,5	
Papierherstellung, -verarbeitung	16	4.208	1.157	27,5	-190	-221	-108	89,0	
Druckereiberufe	17	7.043	1.208	17,2	-372	-180	-224	90,1	
Holzaufbereitung und -fertigung	18	986	163	16,5	12	-45	-67	90,8	
Metallerzeugung und -bearbeitung	19-24	9.547	773	8,1	-60	-303	-463	92,0	
Schlosser- und Mechanikerberufe	25-30	56.868	3.586	6,3	-428	-1434	-1568	94,3	
sonstige Montier- und Metallberufe	32	7.762	3.362	43,3	673	-600	-538	94,3	
Elektrikerberufe	31	21.368	1.047	4,9	-263	-935	-742	91,7	
Textil- und Bekleidungsberufe	33-36	2.820	2.194	77,8	-440	-341	-153	75,1	
Lederherstellung und -verarbeitung	37	560	201	35,9	-42	-71	3	83,6	
Ernährungsberufe	39-43	28.084	11.884	42,3	-1484	-865	-435	91,0	
Bauberufe	44-47	32.192	315	1,0	1827	-3878	-1923	89,0	
Bau- und Raumausstattung	48-49	4.722	428	9,1	169	-161	-101	98,1	
Tischlerberufe	50	8.900	324	3,6	32	-487	-381	91,4	
Maler- und Lackiererberufe	51	8.186	379	4,6	375	-200	-253	99,1	
Warenaufbereitung, Versand	52	10.146	4.700	46,3	-179	-237	-386	92,7	
Maschinenberufe	54	5.711	117	2,0	-35	-255	-169	92,6	
Hilfsarbeiter/-innen	53	3.789	1.150	30,4	585	264	104	133,6	
Fertigungsberufe insgesamt	10-54	225.556	36.429	16,2	248	-10570	-8207	92,4	

Tabelle 8:

Beschäftigte in Schleswig-Holstein nach Berufsgruppen, 1994-1997

(b) Technische und Dienstleistungsberufe

Berufsgruppe (Kurzbezeichnung)	Kennz.	Zahl der Beschäftigten			Beschäftigungsentwicklung				
		insgesamt	31. 3. 1997		absolute Veränderung	1995 - 1994	1996 - 1995	1997-1996	Indexwerte (1994=100)
			Frauen	Frauen- anteil (%)					
Ingenieur-, Chemiker-, Physikerberufe	60-61	14.423	1.356	9,4	160	152	-222	100,6	
Technikerberufe	62-63	30.900	8.160	26,4	300	354	-1187	98,3	
Warenkaufleute	68	76.013	50.736	66,7	-1376	-751	-389	96,8	
Dienstleistungskaufleute	69-70	29.004	15.228	52,5	-8	-116	-115	99,2	
Verkehrsberufe, Lagerverwaltung	71-74	62.373	7.963	12,8	-341	-1149	-482	96,9	
Verwaltungs- und Büroberufe	75-78	157.643	109.099	69,2	445	1207	-755	100,6	
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	79-81	12.209	2.226	18,2	-50	-67	-160	97,8	
Publizisten, Künstlerberufe	82-83	5.708	2.889	50,6	-63	51	-44	99,0	
Gesundheitsberufe	84-85	62.915	52.854	84,0	1875	1770	357	106,8	
Sozial-, Erziehungsberufe	86-89	41.073	29.870	72,7	1854	2429	1749	117,2	
Reinigungsberufe	93	28.879	22.819	79,0	-436	-297	-1282	93,5	
allgemeine Dienstleistungsberufe	90-92	25.194	21.267	84,4	-585	-306	86	96,9	
Dienstleistungsberufe insgesamt	68-93	501.011	314.951	62,9	1315	2771	-1035	100,6	
Insgesamt		792.552	366.043	46,2	2081	-8344	-10291	98,0	

Quelle:

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Berichte des Statistischen Landesamtes und des Landesarbeitsamtes Nord)

Tabelle 9 (a):
Soldaten in Schleswig-Holstein 1990, 1996 und 1997

Soldaten:

Berufs- und Zeitsoldaten sowie Grundwehrdienstleistende, stationiert in Schleswig-Holstein

Angaben jeweils im Frühsommer (Mai) 1990 bis 1997

Quelle: Bundeswehrstatistik der Abt. Landesplanung der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein

Region (Planungsraum)	Berufs- und Zeitsoldaten (in Tsd.)			Veränderung 1990/97		Veränd. 96/97
	1990	1996	1997	Differenz (in Tsd.)	Index: 1997 (1990=100)	Differenz (in Tsd.)
Schleswig	14,44	9,59	9,41	-5,03	65,2	-0,17
Mittelholstein	12,14	8,92	8,58	-3,56	70,7	-0,34
Dithmarschen	3,52	2,25	2,27	-1,25	64,5	0,02
Ostholstein	2,66	0,88	0,96	-1,70	35,9	0,08
Hamburger Rand	3,62	1,37	1,61	-2,01	44,6	0,25
Schleswig-Holstein						
Berufs- und Zeitsoldaten	36,38	23,00	22,83	-13,55	62,8	-0,17
Grundwehrdienstleistende	21,63	13,62	11,55	-10,08	53,4	-2,07
Soldaten insgesamt	58,01	36,63	34,38	-23,63	59,3	-2,25

Anmerkung:

Die Zahl der Zivilbeschäftigten der Bundeswehr ging in Schleswig-Holstein von 1996 auf 1997 (jeweils Jahresmitte) nochmals um 800 Beschäftigte zurück (1996: 17,4 Tsd., 1997: 16,6 Tsd.). Im Rahmen der Ermittlung der Gesamtzahl der Arbeitsplätze werden die Zivilbediensteten allerdings nicht separat aufgeführt, da sie bereits im Rahmen der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfaßt worden sind.

Tabelle 9 (b):
Beamten und Beamte in Schleswig-Holstein

Beamten und Beamte:

Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, LIII2, Personal im öffentlichen Dienst

Unmittelbarer und mittelbarer Bundes- und Landesdienst, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie kommunale Zweckverbände, jedoch ohne Post - Angaben für Jahresmitte

Daten für 1997 liegen noch nicht vor.

Beamten und Beamte sowie Zeit- und Berufssoldaten
Entwicklung in Schleswig-Holstein 1993 - 1996

	Beamten und Beamte	Berufs- und Zeitsoldaten	Beamte und Soldaten
Bestand in Tsd.			
1993	59,8	29,7	89,5
1994	61,7	26,8	88,5
1995	61,4	24,4	85,8
1996	62,2	23,0	85,2
Entwicklung 1993-1996 (Veränderung in Tsd.)			
1990/94	2,0	-2,9	-1,0
1994/95	-0,3	-2,4	-2,7
1995/96	0,7	-1,4	-0,6

Tabelle 10:**Arbeitskräfteangebot: Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein****Schätzung für die Jahre 1994, 1995 und 1996, Prognose für 1997, 1998 und 1999****Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein (Inländerkonzept)**

Erwerbspersonen sind alle Personen, die erwerbstätig sind oder eine Erwerbstätigkeit anstreben.

Personen im Alter von 15 bis zu 65 Jahren, gemessen zur Jahresmitte

Jahresmitte	Erwerbspersonen (in Tsd.)			Frauenanteil (in %)
	insgesamt	Männer	Frauen	
1994	1309,2	793,9	515,4	39,4
1995	1311,3	792,9	518,3	39,5
1996	1314,3	792,4	521,9	39,7
1997	1317,6	792,0	525,6	39,9
1998	1320,8	791,8	529,0	40,1
1999	1321,8	790,2	531,6	40,2

Veränderung der Erwerbspersonenzahl (in Tsd.)

1994/95	+ 2,1	- 1,0	+ 2,9
1995/96	+ 3,0	+ 0,5	+ 3,6
1996/97	+ 3,3	- 0,4	+ 3,7
1997/98	+ 3,2	- 0,2	+ 3,4
1998/99	+ 1,0	- 1,6	+ 2,6
1994/99	+ 12,6	- 3,7	+ 16,2

Anmerkungen:

Schätzung des Instituts für Regionalforschung: Erwerbspersonen zur Jahresmitte (Mittelwert aus Jahresanfangs- und -endbestand) 1994, 95, 96 auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamtes (Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, 31. 12. 1993, 1994, 1995 und 1996) und den zugehörigen geschätzten alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten

Ab 1997 Schätzung bzw. Prognose auf Basis der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes in Zusammenarbeit mit der Abt. Landesplanung der Landesregierung Schleswig-Holstein (Prognose auf der Basis 1995), korrigiert um die für den 31. 12. 1995 und 1996 beobachteten Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Bevölkerungszahlen; geschätzte alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten

Zur Schätzung der Erwerbsquoten wurden die im Rahmen der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes bzw. der Landesplanung verwendeten Quoten für 1992 und 1995 (Prognose - Basis 1992) bzw. 1995 und 2000 (Prognose - Basis 1995) herangezogen und für die jeweiligen Jahre interpoliert.

Quellen:

Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, AI3-j: Die Bevölkerung in Schleswig-Holstein nach Alter und Geschlecht 1993 (bzw. 1994, 1995, 1996)

Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, AI8: Voraussichtliche Entwicklung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bis zum Jahre 2010 (Basis: 1995 bzw. 1992)

Tabelle 11: Veränderung der Arbeitsmarktbilanz Schleswig-Holsteins 1995-1997

Arbeitskräfteangebot:

Erwerbspersonen (15-65 Jahre) mit Wohnort in Schleswig-Holstein (Inländerkonzept)
(Angaben zur Jahresmitte, siehe Tabelle 10)

Arbeitsplätze:

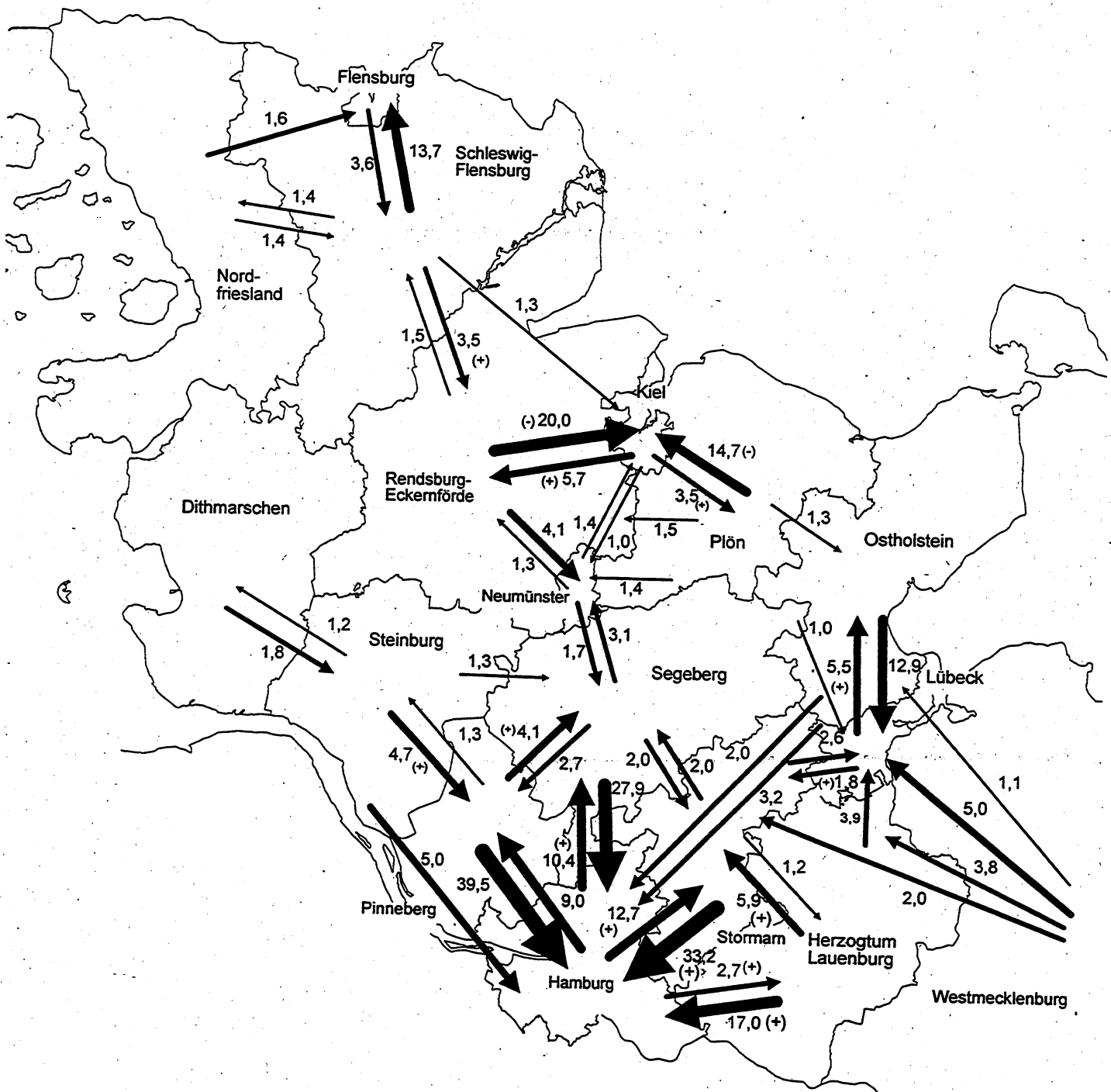
Erwerbstätige mit Arbeitsort in Schleswig-Holstein (Inlandskonzept)
(Angaben als Jahresdurchschnitt, siehe Tabelle 2)

Die Erwerbstätigen setzen sich zusammen aus...

- ETL Erwerbstätige in der Landwirtschaft**
(Angaben als Jahresdurchschnitt, Erwerbstätigenrechnung der Länder)
 - BSV Sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigte (außerhalb der Landwirtschaft)**
(Angaben als Jahresdurchschnitt, SV Statistik auf der Basis von Monatsdaten)
 - BEA Beamte und Richter, Beamtinnen und Richterinnen (ohne Post)**
(Angaben zur Jahresmitte, siehe Tabelle 9, für 1997 geschätzt aus der Erwerbstätigenrechnung der Länder)
 - ZBS Zeit- und Berufssoldaten**
(Angaben für das jeweilige Frühjahr, siehe Tabelle 9)
 - SST Selbständige (außerhalb der Landwirtschaft)**
(Angaben als Jahresdurchschnitt, Erwerbstätigenrechnung der Länder)
- nicht erfaßt: Grundwehrdienstleistende und geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer

	Veränderung in Tsd.	
	1995/96	1996/97
Erwerbspersonen	+ 3,0	+ 3,3
Erwerbstätige	- 5,6	- 8,7
darunter:		
ETL Erwerbstätige (Landwirtschaft)	- 2,6	- 1,0
BSV SV Beschäftigte (ohne Landw.)	- 4,4	-10,3
BEA Beamte (ohne Post)	+0,8	+0,8
ZBS Zeit- und Berufssoldaten	- 1,4	- 0,2
SST Selbständige (ohne Landw.)	+2,0	+2,0
Saldo der Bilanz	+ 8,6	+ 12,0
(vor Pendlerausgleich)		
Arbeitslose	+10,9	+ 13,7

Abbildung 8:



Die Pendlerströme werden dargestellt durch die Pfeile zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen. Die Zahlen an den Pfeilen geben die Stärke der Pendlerströme in Tausend Personen an. Dargestellt werden nur Pendlerströme mit mehr als 1.000 Personen bzw. ab 2.000 Personen von und nach Hamburg. Die Region Westmecklenburg umfaßt die kreisfreien Städte Wismar und Schwerin sowie die Landkreise Parchim, Nordwestmecklenburg und Ludwigslust.

Quelle: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 30.06.1996
(Sonderaufbereitung der Bundesanstalt für Arbeit)

Tabelle 12: Prognose der Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein 1998/1999

Prognose der Arbeitsplätze (hier: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte)

Regionale Prognose für die Planungsräume des Landes, für Juni 1998 und 1999

Prognosebasis:

(a) Prognose auf regionaler Ebene:

Prognose der regionalen Anteile an der Beschäftigung des Bundesgebietes West im Zeitraum 1994 bis 2002 (Beschäftigungsprognose im Rahmen der Bundesraumordnungsprognose)

Quelle: Franz-Josef Bade, Regionale Beschäftigungsprognose 2002 - Fortschreibung und Ex-post-Kontrolle der Prognose 2000. Arbeitspapier 147 des Instituts für Raumplanung der Universität Dortmund, Oktober 1996. Erscheint in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/1996.

(b) Prognose für Westdeutschland:

Prognose der BA, Nürnberg (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung), 1997/98, mittlere Variante IAB Kurzbericht Nr. 6 (März 1998), Autorengemeinschaft, "Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt 1998 - Alternativrechnungen des IAB für West- und Ostdeutschland

57. Kieler Konjunkturgespräch, 23./24. März 1998. Bericht: Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Thesen zum Kieler Konjunkturgespräch, Kiel, im März 1998: Prognose für 1998/99

(c) Informationsbasis sind die tatsächlichen Beschäftigtenzahlen bis Juni 1997 (für die Regionen des Landes) sowie bis November 1997 für Schleswig-Holstein und das Bundesgebiet West.

Das Prognoseverfahren entspricht im wesentlichen dem der vorangegangenen Arbeitsmarktberichte.

Für das Bundesgebiet West wird im Rahmen der oben genannten Konjunkturprognosen für 1997/98 von nahezu unveränderten Erwerbstätigenzahlen (minus 30 Tsd.) und für 1998/99 von einem leichten Anstieg um ca. 60 Tsd. Erwerbstätige ausgegangen. Diese Entwicklung wurde hier für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zur Jahresmitte 1997, 1998 und 1999 übernommen. Da die Schätzwerte für 1999 noch mit großen Unsicherheiten behaftet sind, werden sie hier in ganzen Tausend angegeben.

Region	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (in Tsd.)				Veränderung 1997/98 Differenz in Tsd.
	Juni 1996	Juni 1997	Juni 1998	Juni 1999	
Schleswig	127,8	127,0	127,3	128	0,3
Mittelholstein	226,3	221,1	219,0	219	-2,1
Dithmarschen	70,1	69,4	69,4	70	0,0
Ostholstein	136,2	132,8	131,4	131	-1,4
Hamburger Rand	253,0	250,7	251,5	254	0,7
Schleswig-Holstein	813,3	801,0	798,5	801	-2,5 (- 0,3 %)
Bundesgebiet West (Beschäftigte in Mill.)	22,34	22,10	22,07	22,13	(- 0,1 %)

Tabelle 13

Arbeitslosigkeit: Schleswig-Holstein 1996 und 1997 im Bundesländervergleich

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Bundesland	Arbeitslose insgesamt 1997	Arbeitslosenquote		Veränderung der Arbeitslosenzahlen (Index 1996 = 100)		Veränderung der Arbeitslosenzahlen (Index 1994 = 100)		Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen in %		
		1996	1997	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Schleswig-Holstein	126.844	10,0	11,2	112,2	99,9	110,6	124,0	42,3	41,3	40,9
Niedersachsen	413.832	12,1	12,9	107,1	101,8	113,3	121,4	44,5	43,0	43,2
Nordrhein-Westfalen	884.479	11,4	12,2	107,0	99,3	105,4	112,7	41,3	41,2	41,2
Hessen	260.796	9,3	10,4	111,4	102,2	112,2	125,0	42,7	42,1	42,0
Rheinland-Pfalz	163.768	9,4	10,3	109,3	101,0	112,7	123,2	42,8	41,9	42,0
Saarland	56.539	12,4	13,6	108,6	95,7	101,2	109,8	36,9	37,1	37,8
Baden-Württemberg	382.008	8,0	8,7	107,9	98,5	106,1	114,6	44,2	43,8	44,3
Bayern	442.283	7,9	8,7	110,0	98,6	111,4	122,6	45,4	44,0	44,3
Mecklenburg-Vorpomm	168.364	18,0	20,3	113,9	92,5	102,9	117,2	61,5	56,4	55,2
Brandenburg	218.148	16,2	18,9	116,6	92,0	104,6	122,0	63,7	58,2	57,0
Sachsen-Anhalt	270.444	18,8	21,7	115,4	92,3	104,0	120,0	61,8	57,1	56,0
Thüringen	217.675	16,7	19,1	114,0	90,4	100,3	114,3	63,5	57,7	56,6
Sachsen	374.139	15,9	18,4	116,1	90,8	99,7	115,7	66,8	60,2	57,6
nachrichtlich:										
Hamburg	92.520	11,7	13,0	110,2	109,2	117,9	129,9	39,1	39,3	39,6
Bremen	46.951	15,6	16,8	105,8	100,5	110,5	116,9	39,9	39,4	39,9
Berlin	265.665	15,2	17,3	112,6	101,5	112,3	126,4	45,6	42,9	44,9
Bundesgebiet West	3.020.900	10,1	11,0	108,0	100,3	109,4	118,2	42,8	42,2	42,4
Bundesgebiet Ost	1.363.556	16,7	19,5	116,7	91,7	102,3	119,4	63,1	57,6	55,9
Deutschland	4.384.456	11,5	12,7	110,6	97,7	107,2	118,6	48,8	46,7	46,6

Quellen:

LAA Nord, Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich 1950-1996, Übersicht 7

LAA Nord, Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Nord 1997 und Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich 1950-1997, Übersicht 8

Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Tabelle 14a

Arbeitslosigkeit: Kreise und Regionen in Schleswig-Holstein

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Kreis	Arbeitslose insgesamt 1997	Arbeitslosenquote		Veränderung der Arbeitslosenzahlen			
		1996	1997	(Index 1996 = 100) 1997	(Index 1994 = 100)		
					1995	1996	1997
Kreisfreie Städte	40.001	13,6	15,0	109,1	98,0	105,2	114,8
Flensburg	5.887	14,5	16,4	111,0	91,6	100,5	111,5
Kiel	15.074	13,4	14,7	108,2	97,7	101,1	109,4
Lübeck	13.960	13,7	15,2	109,1	100,3	108,8	118,7
Neumünster	5.080	12,8	14,1	109,7	100,7	115,1	126,3
Landkreise	86.843	8,9	10,0	113,6	100,9	113,3	128,8
Dithmarschen	6.171	10,9	12,2	113,9	102,8	115,6	131,7
Hzgt. Lauenburg	7.090	8,6	9,9	116,7	102,7	120,1	140,1
Nordfriesland	6.749	9,6	11,0	116,1	100,0	111,9	130,0
Ostholstein	8.679	9,7	11,0	114,1	99,5	111,0	126,6
Pinneberg	12.279	8,9	9,6	109,4	106,7	119,5	130,8
Plön	4.743	8,8	9,7	111,8	99,4	107,6	120,2
Rendsburg-Eckernförde	11.192	9,6	10,7	113,6	98,5	108,6	123,4
Schleswig-Flensburg	7.282	9,2	10,3	113,1	94,8	103,7	117,3
Segeberg	9.641	7,8	8,9	115,2	102,0	118,8	136,8
Steinburg	5.747	9,3	10,6	114,1	98,1	109,2	124,7
Stormarn	7.270	6,9	7,8	114,7	103,1	118,1	135,4
Planungsräume							
Schleswig	19.918	10,5	11,9	113,5	95,4	105,2	119,4
Mittelholstein	36.089	11,2	12,4	110,5	98,5	106,0	117,1
Dithmarschen	11.918	10,1	11,4	114,0	100,5	112,4	128,2
Ostholstein	22.639	11,9	13,3	111,0	100,0	109,6	121,6
Hamburger Randgebiet	36.280	8,1	9,0	113,3	104,0	119,2	135,1
Schleswig-Holstein	126.844	10,0	11,2	112,2	99,9	110,6	124,0

Quellen: LAA Nord, Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich 1950-1996, Übersicht 22
 LAA Nord, Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Nord 1997 und
 Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich 1950-1997, Übersicht 23

Tabelle 14b

Arbeitslosigkeit: Kreise und Regionen in Schleswig-Holstein, Frauen und Männer

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote*: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Kreis	Arbeitslose Frauen		Frauenanteil an allen Arbeitslosen in %		Arbeitslosenquote*			
	Insgesamt		Arbeitslosen in %		1995			
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996
				Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Kreisfreie Städte	13.208	13.875	15.065	38,7	37,8	37,7	10,7	14,2
Flensburg	1.787	1.907	2.118	36,9	35,9	36,0	10,7	15,4
Kiel	5.061	5.163	5.569	37,6	37,1	36,9	10,5	14,9
Lübeck	4.565	4.891	5.244	38,7	38,2	37,6	10,8	14,1
Neumünster	1.795	1.913	2.134	44,3	41,3	42,0	11,1	11,2
Landkreise	30.215	32.791	36.828	44,4	42,9	42,4	8,0	7,9
Dithmarschen	2.029	2.145	2.351	42,1	39,6	38,1	10,2	9,5
Hzgt. Lauenburg	2.353	2.643	3.043	45,3	43,5	42,9	7,8	7,2
Nordfriesland	2.282	2.429	2.816	43,9	41,8	41,7	8,6	8,8
Ostholstein	2.960	3.213	3.638	43,4	42,2	41,9	8,4	8,9
Pinneberg	4.531	4.970	5.387	45,2	44,3	43,9	8,1	7,9
Plön	1.766	1.846	2.023	45,0	43,5	42,7	8,5	8,0
Rendsburg-Eckernförde	4.041	4.283	4.785	45,2	43,5	42,8	9,1	8,5
Schleswig-Flensburg	2.542	2.702	2.956	43,2	42,0	40,6	8,3	8,7
Segeberg	3.255	3.715	4.341	45,3	44,4	45,0	6,7	6,7
Steinburg	1.940	2.065	2.296	42,9	41,0	40,0	8,7	8,2
Stormarn	2.519	2.779	3.192	45,5	43,8	43,9	6,2	6,1
Schleswig-Holstein	43.424	46.666	51.893	42,5	41,3	40,9	8,7	9,4
							8,7	10,6
							10,2	11,9

Quellen: LAA Nord, Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Nord 1997 und Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich 1950-1997, Übersicht 24f.

Abbildung 9

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West 1992 bis 1998

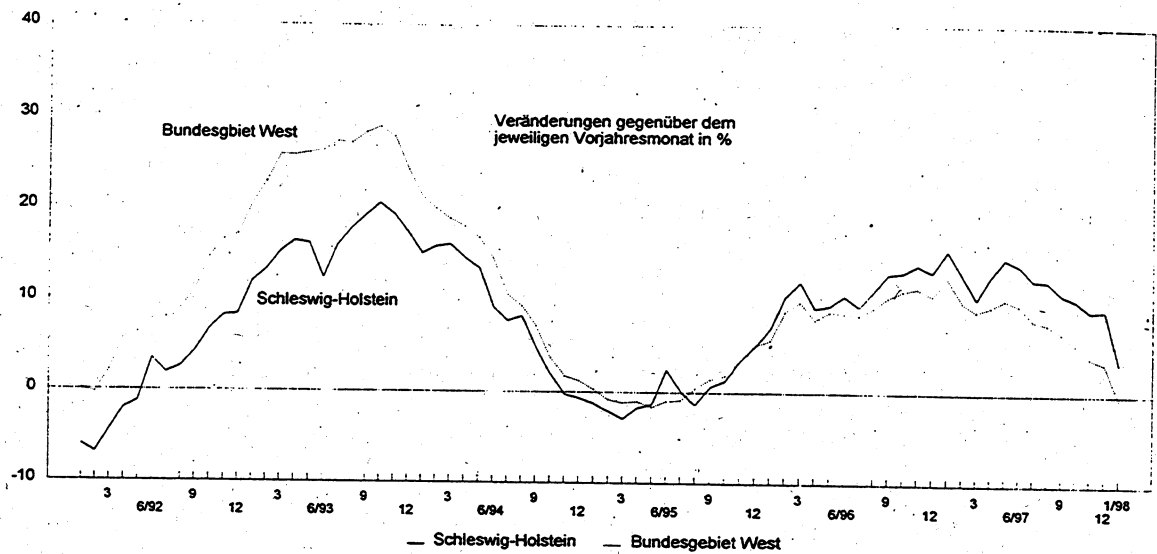


Abbildung 10

Konvergenz der Arbeitslosigkeit in den norddeutschen Arbeitsamtsbezirken 1994 bis 1997

Entwicklung der Arbeitslosigkeit: Änderung der Zahl der Arbeitslosen von Sept. 1994 bis Sept. 1997

Die Abbildung beschränkt sich auf die Arbeitsamtsbezirke der norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen. Für die Arbeitsamtsbezirke in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern läßt sich das dargestellte Entwicklungsmuster ebenfalls nachweisen.

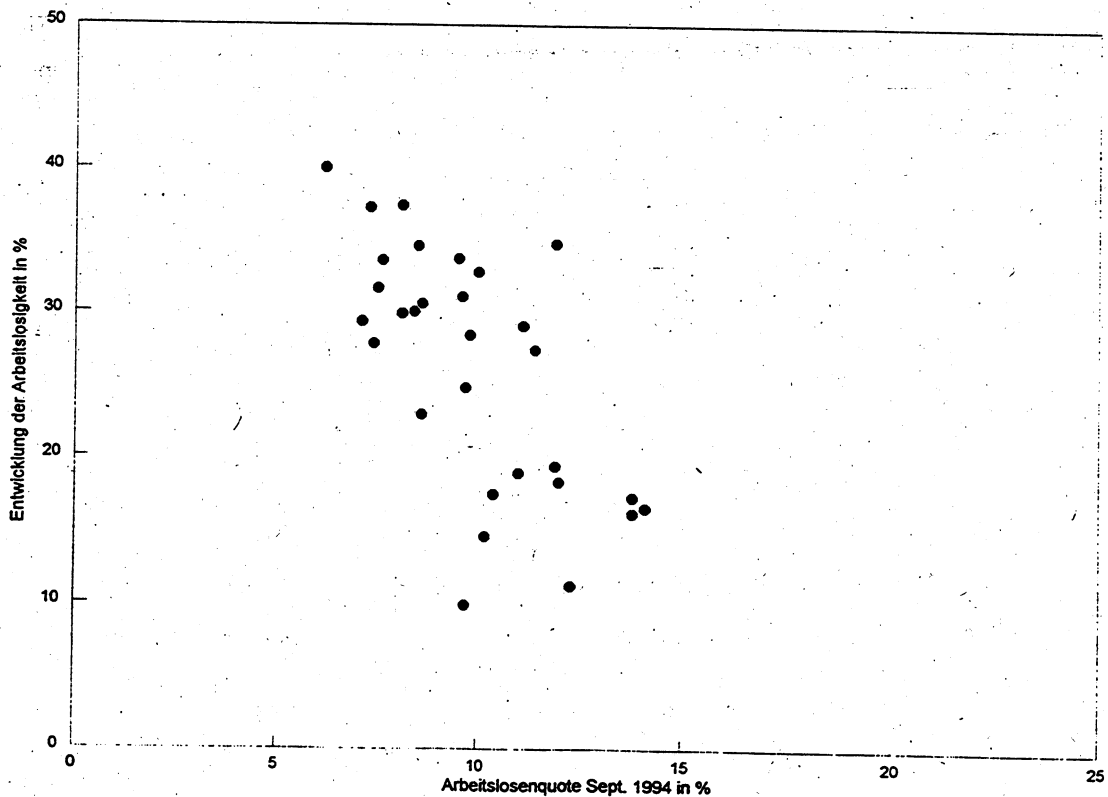


Abbildung 11 Konvergenz der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein 1994 - 1997

Entwicklung der Arbeitslosigkeit: Änderung der jahresdurchschnittlichen Zahl der Arbeitslosen von 1994 bis 1997

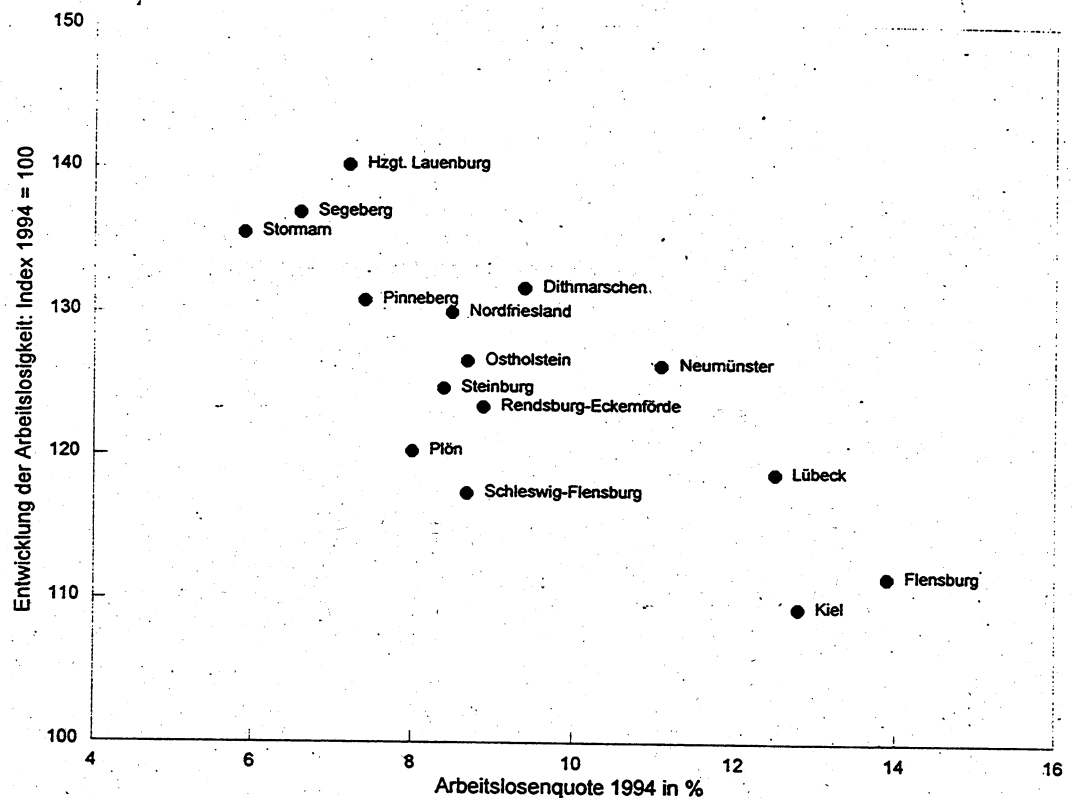


Tabelle 15 Dynamik auf dem Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins 1994 bis 1996

Arbeitslose: Bestandsveränderung, Zugang und Abgang von Januar bis Dezember

Merkmal	Arbeitslose insgesamt Schleswig-Holstein			Arbeitslose Frauen Schleswig-Holstein			Arbeitslose insgesamt Bundesgebiet West		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Arbeitslose zum Jahresbeginn (in Tsd.)	104,2	109,5	123,9	44,2	46,3	50,9	2.545,1	2.677,5	2.961,3
Zugang an Arbeitslosen (in Tsd.)	215,4	230,3	231,9	89,6	91,9	92,8	4.654,7	4.967,5	4.926,3
darunter vorher erwerbstätig in %	54,2	57,2	53,1	52,8	51,7	49,5	50,7	50,5	49,1
Abgang an Arbeitslosen (in Tsd.)	210,1	215,9	220,5	87,5	87,2	88,0	4.522,3	4.683,6	4.822,9
darunter Vermittlungen in %	18,2	18,0	18,0	15,7	16,8	14,8	19,7	19,6	19,6
Arbeitslose zum Jahresende (in Tsd.)	109,5	123,9	135,4	46,3	50,9	55,8	2.677,5	2.961,3	3.064,8
Maßzahl für die Arbeitsmarktdynamik	1,99	1,91	1,74	1,96	1,84	1,69	1,76	1,71	1,62

Arbeitsmarktdynamik: Quotient aus der Summe aller Zu- und Abgänge eines Jahres (Zähler) und der Summe aus Jahresanfangs- und Endbestand der Arbeitslosen (Nenner)

Quelle: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte
LAA Nord, Arbeitsmarktinformationen, Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Nord 1997 und Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950 - 1997, Übersicht 6

Abbildung 12 Entwicklung der Arbeitsmarktdynamik in Schleswig-Holstein ab 1995

absolute Arbeitsmarktdynamik: Zugänge in die Arbeitslosigkeit plus Abgänge aus der Arbeitslosigkeit (Männer und Frauen)

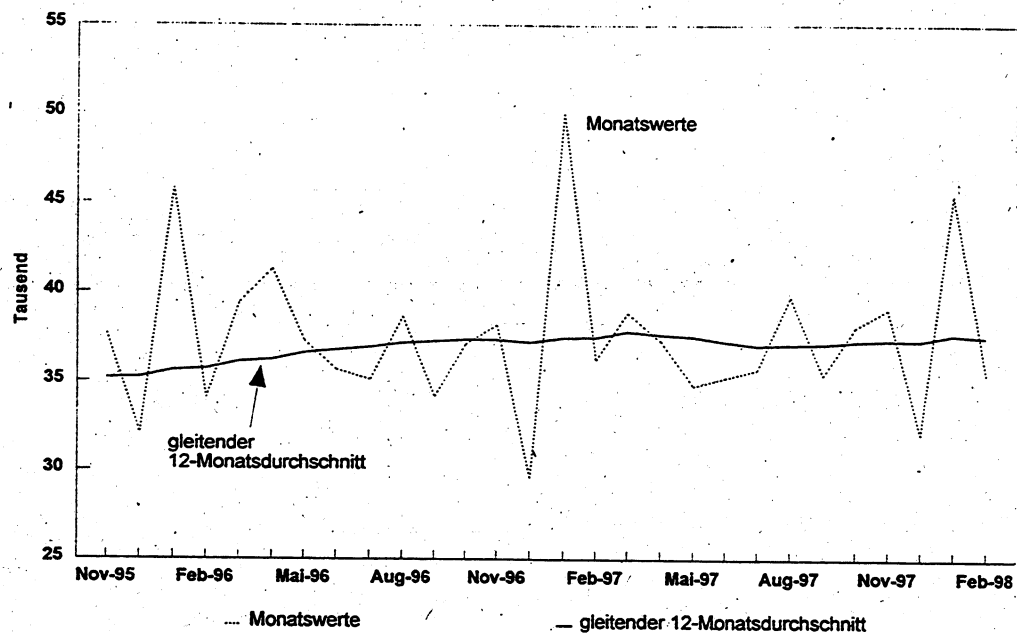


Abbildung 13 Arbeitsmarktdynamik und Änderung der Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein ab 1995

absolute Arbeitsmarktdynamik: Zugänge in die Arbeitslosigkeit plus Abgänge aus der Arbeitslosigkeit (Männer und Frauen) - Monatswerte
 Änderung der Arbeitslosigkeit: Zugänge in die Arbeitslosigkeit minus Abgänge aus der Arbeitslosigkeit

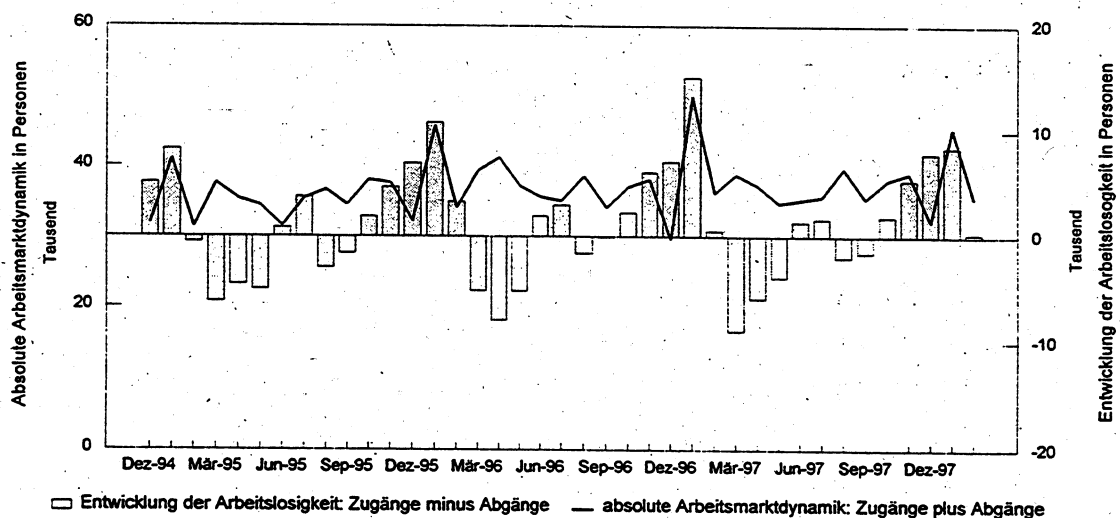


Tabelle 16

Arbeitsmarktdynamik innerhalb Schleswig-Holsteins 1997

relative Arbeitsmarktdynamik: Zugänge in die Arbeitslosigkeit plus Abgänge aus der Arbeitslosigkeit
bezogen auf den
Anfangsbestand an Arbeitslosen plus Endbestand an Arbeitslosen

relative Arbeitsmarktdynamik		
Schleswig-Holstein	1,74	(SH=100)
Westküste	1,94	111,4
Ostseeküste	1,88	107,8
südliche Ostseeküste	1,57	89,9
Hamburger Umland	1,87	107,3
größere Städte	1,60	91,9
Dienststellenbezirke:		
Bad Oldesloe	2,02	115,9
Ahrensburg	1,76	101,0
Geesthacht	1,85	106,2
Mölln	1,75	100,5
Reinbeck	2,03	116,1
Elmshorn	1,70	97,2
Glückstadt	1,77	101,6
Itzehoe	1,76	101,1
Norderstedt	2,01	114,9
Pinneberg	1,85	106,0
Uetersen	1,75	100,4
Wedel	1,63	93,6
Flensburg	1,73	99,1
Husum	1,86	106,5
Kappeln	2,17	124,6
Niebüll	1,96	112,2
Schleswig	1,69	96,8
Westerland	2,58	147,7
Wyk	2,47	141,5
		0,0
Heide	1,84	105,2
Brunsbüttel	1,88	107,6
Meldorf	1,84	105,6
Tönning	1,85	105,9
Kiel	1,46	83,8
Eckernförde	1,84	105,7
Plön	1,76	101,2
Lübeck	1,63	93,4
Eutin	1,83	105,0
Neustadt	1,42	81,2
Oldenburg	1,93	110,8
Timmendorfer Strand	1,73	99,0
Neumünster	1,74	99,9
Bad Segeberg	1,96	112,4
Hohenwestedt	2,08	119,3
Kaltenkirchen	1,95	111,8
Rendsburg	1,56	89,6

Erläuterung

Region	Dienststellenbezirke
Westküste:	Westerland, Wyk, Niebüll, Husum, Tönning, Heide, Meldorf, Brunsbüttel
Ostseeküste:	Oldenburg, Eutin, Kappeln, Eckernförde, Plön
südliche Ostseeküste:	Neustadt, Timmendorfer Strand
Hamburger Umland:	Geesthacht, Reinbeck, Ahrensburg, Norderstedt, Pinneberg, Wedel, Uetersen, Elmshorn, Bad Segeberg, Kaltenkirchen, Bad Oldesloe
größere Städte:	Flensburg, Kiel, Lübeck, Neumünster, Rendsburg, Schleswig

Tabelle 17:

Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in Schleswig-Holstein 1995 - 1997

Vergleichszahlen für Schleswig-Holstein, das Bundesgebiet West und das Bundesgebiet Ost (Jahresdurchschnittswerte)

Merkmal	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Arbeitslose									
- Insgesamt	102.193	113.083	126.844	2.564.906	2.796.243	3.020.900	1.047.015	1.168.821	1.363.556
- Frauen	43.424	46.666	51.893	1.101.233	1.179.742	1.280.183	660.079	673.776	761.890
Frauenanteil in %	42,5	41,3	40,9	42,9	42,2	42,4	63,0	57,6	55,9
Arbeitslosenquote* in % (Männer)	9,4	10,6	11,9	9,3	10,4	11,2	10,7	13,7	16,6
Arbeitslosenquote* in % (Frauen)	8,7	9,2	10,2	9,2	9,9	10,7	19,3	19,9	22,5
Langzeitarbeitslose									
- Insgesamt	28.207	29.671	36.991	837.577	889.655	1.027.285	305.000	300.700	379.536
- Frauen	12.107	12.829	15.388	370.142	391.908	449.354	235.000	219.800	259.441
Frauenanteil in %	42,9	43,2	41,6	44,2	44,1	43,7	77,0	73,1	68,4
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (in %)									
- Frauen und Männer	27,6	26,2	29,2	32,7	31,8	34,0	29,1	25,7	27,8
- Frauen	27,9	27,5	29,7	33,6	33,2	35,1	35,6	32,6	34,1

* Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Quelle:

Statistische Monatshefte des Landesarbeitsamtes Nord, Presseinformationen des Landesarbeitsamtes Nord und der Bundesanstalt für Arbeit
Der Arbeitsmarkt 1995, Statistische Ergebnisse, Landesarbeitsamt Nord

Tabelle 18:

Arbeitslosigkeit nach Personenkreisen 1995 - 1997

Vergleichszahlen für Schleswig-Holstein, das Bundesgebiet West und das Bundesgebiet Ost (Jahresdurchschnittswerte)

Merkmal	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Arbeitslose									
- Insgesamt	102.193	113.083	126.844	2.564.906	2.796.243	3.020.900	1.047.015	1.168.821	1.363.556
- Jüngere unter 25	10.852	12.185	13.264	245.697	272.375	280.838	90.185	95.915	107.029
Anteil in %	10,6	10,8	10,5	9,6	9,7	9,3	8,6	8,2	7,8
- Jugendliche unter 20**	3.389	3.600	3.835	75.436	82.551	81.541	19.785	24.746	31.996
Anteil in %	3,3	3,2	3,0	2,9	3,0	2,7	1,9	2,1	2,3
- 55 Jahre und älter	19.173	21.616	24.183	576.947	629.121	669.046	157.807	219.652	267.412
Anteil in %	18,8	19,1	19,1	22,5	22,5	22,1	15,1	18,8	19,6
- Schwerbehinderte	5.154	5.298	5.732	155.528	156.894	163.856	20.590	23.862	31.305
Anteil in %	5,0	4,7	4,5	6,1	5,6	5,4	2,0	2,0	2,3
- Ausländer	8.487	10.140	11.634	424.461	481.715	521.597	11.800	14.241	26.219
Anteil in %	8,3	9,0	9,2	16,5	17,2	17,3	1,1	1,2	1,9
Arbeitslosenquote**									
- Insgesamt	9,1	10,0	11,2	9,3	10,1	11,0	14,9	16,7	19,5
- Jüngere unter 25	9,7	11,3	12,9	8,8	10,3	11,1	12,3	13,8	16,2
- Ausländer	18,9	22,1	24,8	16,6	18,9	20,4	*	*	45,3

* Keine Angaben verfügbar; Für das Bundesgebiet Ost werden Arbeitslosenquoten für Ausländer ab 1997 ausgewiesen.

** Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Nord 1997 und ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktsstatistik 1950 - 1997, Landesarbeitsamt Nord

Tabelle 19:
Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen

Absolute Veränderung zum jeweiligen Vorjahresmonat

Berufsgruppe (Kurzbezeichnung)	Kennziffer	1997			1998	
		März	September	Dezember	Januar	Februar
Landwirtschaftliche Berufe	01-06	-365	480	557	240	218
Fertigungsberufe insgesamt	10-54	3.763	3.885	3.846	-468	10
davon:						
Steinbearbeitung, Baustoffherstellung	10-11	-50	7	11	-104	-70
Keramik- und Glasmacherberufe	12-13	52	66	53	34	40
Chemie und Kunststoffverarbeitung	14-15	128	48	7	-16	-18
Papierherstellung, -verarbeitung	16	26	-10	6	-1	0
Druckereiberufe	17	75	6	9	-5	17
Holzaufbereitung und -fertigung	18	-4	-10	-23	-15	-6
Metallerzeugung und -bearbeitung	19-24	265	96	42	34	-11
Schlosser- und Mechanikerberufe	25-30	755	738	683	308	315
Elektrikerberufe	31	224	247	157	-16	-105
sonstige Montierer- und Metallberufe	32	177	-2	-25	-76	-99
Textil- und Bekleidungsberufe	33-36	-55	-40	-27	-31	-10
Lederherstellung und -verarbeitung	37	-15	10	11	4	9
Ernährungsberufe	39-43	223	381	385	278	363
Bauberufe	44-47	1.177	1.335	1.563	-1085	-681
Bau- und Raumausstattung	48-49	139	125	221	109	134
Tischlerberufe	50	219	261	285	175	75
Maler- und Lackiererberufe	51	329	271	275	74	125
Warenaufbereitung, Versand	52	493	470	401	367	235
Maschinenberufe	54	-7	80	113	-216	-177
Hilfsarbeiter/-innen	53	-388	-194	-301	-286	-126
Technische Berufe insgesamt	60-63	922	365	325	154	-1
davon:						
Ingenieur-, Chemiker-, Physikerberufe	60-61	392	43	14	-69	-90
Technikerberufe	62-63	530	322	311	223	89
Dienstleistungsberufe insgesamt	68-93	6.919	7.419	6.801	4.976	4.322
davon:						
Warenkaufleute	68	843	1.036	1.055	1.021	971
Dienstleistungskaufleute	69-70	218	155	74	16	-31
Verkehrsberufe, Lagerverwaltung	71-74	930	1.194	1.164	478	477
Verwaltungs- und Büroberufe	75-78	2.244	1.622	1.354	1.079	991
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	79-81	510	570	492	396	290
Publizisten, Künstlerberufe	82-83	22	32	72	46	39
Gesundheitsberufe	84-85	879	1.042	1.101	849	633
Sozial-, Erziehungsberufe	86-89	883	736	572	289	300
Körperpflegeberufe	90	-1	25	11	46	69
Gästebetreuung	91	-62	272	241	96	25
Hauswirtschaftliche Berufe	92	22	186	191	155	171
Reinigungsberufe	93	431	549	474	505	387
Insgesamt		12.164	11.777	11.405	4.745	4.549

Quelle: Statistische Monatshefte des Landesarbeitsamts Nord

Tabelle 20 Aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit 1995-1996
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Fortbildung/Umschulung/Einarbeitung

Beschäftigte in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) nach § 91 AFG Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflicher Fortbildung/Umschulung und Einarbeitung Jahresdurchschnittswerte

ABM		Schleswig-Holstein		Bundesgebiet West	
		1995	1996	1995	1996
Beschäftigte	insgesamt	2.513	2.352	70.110	69.535
	Frauen	896	899	26.255	26.896
ABM-Beschäftigte auf Tsd. Arbeitslose	insgesamt	24,6	20,8	27,3	24,9
	Frauen	20,6	19,5	23,8	22,8
FuU					
Teilnehmende	insgesamt	14.813	14.037	304.323	306.607
	Frauen	6.165	6.504	130.803	134.860
FuU-Teilnehmende auf Tsd. Arbeitslose	insgesamt	145,0	124,1	118,6	109,6
	Frauen	142,0	140,8	118,8	114,3

**Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Amtliche Nachrichten der BA, Nr. 1/1998, S. 32 und 37
LAA Nord, Arbeitsmarktinformationen, Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im LAA Nord 1997
und Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950 - 1997
Mittelungen des LAA-Nord**

Tabelle 21

ASH/ESF-Statistik 1997												
Zielgruppenstatistik												
	geförderte Personen					Maßnahmefelder						
	Männer			Frauen								
	gesamt	absolut	in v. H.	absolut	in v. H.	Grün	Infra	Büro	Soziales	Kultur	Umwelt	Sonst.
ASH III.1	2.759	1.840	66,7	919	33,3	723	275	223	472	36	766	264
ASH III.2	484	267	55,2	217	44,8	75	12	28	147	122	80	20
ASH III.3	87	72	82,8	15	17,2	0	23	0	34	11	0	19
ASH III.4	845	532	63,0	313	37,0	164	93	47	161	13	25	342
ASH III.5	5.294	3.316	62,6	1.978	37,4	50	611	207	65	3	-5	4.363
ASH III.6	428	235	54,9	193	45,1	0	0	0	0	0	0	428
ASH III.7	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0	0	0	0	0
8 Zwischensumme (Summe 1-7)	9.897	6.262	63,3	3.635	36,7	1.012	1.014	505	879	185	866	5.436
9 ASH III.8	75	50	66,7	25	33,3	0	0	0	0	0	0	75
Arbeitslosenberatung	14	3	21,4	11	78,6	0	0	0	0	0	0	14
Arbeit Plus	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0	0	0	0	0
§ 242 s AFG	510	300	58,8	210	41,2	84	10	10	219	30	125	32
Zwischensumme (Summe 9-12)	599	353	58,9	246	41,1	84	10	10	219	30	125	121
Summe (8+13)	10.496	6.615	63,0	3.881	37,0	1.096	1.024	515	1.098	215	991	5.557
Ziel 2	244	228	93,4	16	6,6	6	175	20	2	0	4	37
Ziel 4	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0	0	0	0	0
Ziel 5b	1.179	688	58,4	491	41,6	250	122	104	196	36	66	405
Zwischensumme (Summe 15-17)	1.423	916	64,4	507	35,6	256	297	124	198	36	70	442
GI Beschäftigung	374	213	57,0	161	43,0	0	113	32	136	0	0	93
ADAPT	7	-10	•	17	•	0	16	-70	0	0	15	46
LEADER	100	80	80,0	20	20,0	0	0	0	100	0	0	0
KONVER	214	175	81,8	39	18,2	0	0	0	0	0	0	214
URBAN	336	218	64,9	118	35,1	50	50	20	15	11	40	150
Zwischensumme	1.031	676	65,6	355	34,4	50	179	-18	251	11	55	503
Sonstiges	37	13	35,1	24	64,9	-5	18	0	0	0	-10	34
Gesamt (14+18+24+25)	12.987	8.220	63,3	4.767	36,7	1.397	1.518	621	1.547	262	1.106	6.536

ASH/ESF-Statistik 1997 (Geförderte Personen nach Regionen)																
	kreisfreie Städte					Kreise										
	Gesamt	Kiel	Lübeck	Neu- münster	Flens- burg	Dith- marsch.	Laueh- burg	Nord- friesl.	Ost- holst.	Pinne- berg	Plön	Rd.- Eck.	Schl.- Flensb.	Sege- berg	Stein- burg	Stor- marn
ASH III.1	2.759	245	255	330	331	34	30	67	245	231	313	275	152	41	167	43
ASH III.2	484	70	79	14	46	3	31	13	38	29	3	69	14	21	43	11
ASH III.3	87	0	0	0	13	0	0	0	0	0	10	0	40	0	24	0
ASH III.4	845	114	178	38	116	15	29	27	43	125	58	15	8	9	19	51
ASH III.5	5.294	857	4047	88	20	46	0	60	0	226	0	-120	16	0	0	54
ASH III.6	428	118	45	0	80	14	0	8	16	0	52	6	46	19	0	24
ASH III.7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme (Summe 1-7)	9.897	1.404	4.604	470	606	112	90	175	342	611	436	245	276	90	253	183
ASH III.8	75	6	13	5	1	6	1	3	8	11	4	4	4	2	6	1
Arbeitslosenberatung	14	4	2	0	2	1	0	0	0	1	0	3	0	1	0	0
Arbeit Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
§ 242 s AFG	510	126	11	42	37	69	7	26	39	14	18	38	29	6	30	15
Zwischensumme (Summe 9-12)	599	136	26	47	40	76	8	29	47	26	22	45	33	9	36	16
Summe (8+13)	10.496	1.540	4.630	517	646	188	98	204	389	637	458	290	309	99	289	199
Ziel 2	244	226	0	0	0	0	0	0	0	0	11	6	1	0	0	0
Ziel 4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ziel 5b	1.178	11	0	10	10	224	0	392	0	0	0	336	195	0	0	0
Zwischensumme (Summe 15-17)	1.422	237	0	10	10	224	0	392	0	0	11	342	196	0	0	0
GI Beschäftigung	374	112	81	0	0	0	22	30	50	10	0	45	0	0	0	24
ADAPT	7	38	15	-41	-15	0	15	0	0	20	0	0	0	-25	0	0
LEADER	100	0	0	0	0	50	0	50	0	0	0	0	0	0	0	0
KONVER	214	72	43	0	26	0	0	26	1	0	0	2	44	0	0	0
URBAN	336	336	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	1.031	558	139	-41	11	50	37	106	51	30	0	47	44	-25	0	24
Sonstiges	37	1	0	32	0	0	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Gesamt (14+18+24+25)	12.986	2.336	4.769	518	667	462	137	702	440	669	469	679	549	74	289	223

